

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 2. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inskripte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Streichband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat.

Ersteilung täglich außer Montags.

### Rösegelber für Wallin!

Von Zeit zu Zeit liest man, daß in wilden Ländern Räuber Reifende gefangen nehmen und nur gegen ein hohes Lösegeld wieder freilassen. Solche Geschichten erinnern angenehm an die Vorküre unserer Jugend. Aber auch in den wildesten Ländern fangen die Räuber immer nur Millionäre ab. Kein Räuber ist so verrückt, daß er die Armen aufgreift und von ihnen ihre letzten Heller erprecht.

Was in wilden Ländern die Räuber nicht thun, ist in dem heutigen Preußen-Deutschland organisiertes System, das zwar nicht auf Geiseln beruht, dennoch aber mit staatlichen Privilegien geübt wird. Es ist ein System, das zum Ziel hat, privaten Erwerbsschäften unter Ausbeutung der schlimmsten Notlage arbeitsfähiger Flüchtlinge die letzten Ersparnisse abzuhemmen.

Auf Grund unserer Artikel über die Wallinwirtschaft gegenüber den russischen Auswanderern gingen uns von allen Seiten Mitteilungen zu, die so ruchlos abenteuerlich klangen, daß wir an Mythisationen oder doch an Phantasien gehegter Angst glaubten.

Aber die Mitteilungen glichen sich verdächtig und sie traten mit solcher Bestimmtheit auf, daß wir nicht mehr ihrer Nachprüfung aus dem Wege gehen konnten. Wir beschloßen, mit eigenen Augen zu sehen, mit eigenen Ohren zu hören.

Was wir sahen und hörten, hat die ausschweifendsten Vermutungen übertrifft: Der preussische Staat giebt sich dazu her, arme Russen, die Deutschland passieren wollen, um ins Ausland zu reisen, gleichsam gefangen nehmen zu lassen und sie bei Androhung der Auslieferung an Rußland so lange festzuhalten, bis sie an zwei deutsche Erwerbsgesellschaften in Gestalt von Zwischendeckelplätzen nach Amerika, auch wenn sie gar nicht nach Amerika wollen, bis sie an die Wallinsche Hamburg-Amerikanische Passagier-Gesellschaft und an den Wigandschen Norddeutschen Lloyd ihr Lösegeld entrichtet haben!

Wir erheben vor der Deffentlichkeit der zivilisierten Welt Anklage gegen diese Politik der Erpressung, die die schlimmste Notlage arbeitsfähiger Flüchtlinge schamlos ausbeutet!

Es ist nicht etwa nur an der deutsch-russischen Grenze, daß die russischen Auswanderer in die Wallinschen „Vogelkisten“ gelockt werden. In Berlin selbst spielt sich täglich auf dem Lehrter Bahnhof beim Abgang Hamburger Personenzüge das gleiche Schauspiel ab. Nicht nur auf der Grenze werden Russen aufgehalten, sondern Personen, die bereits in Berlin ihren Aufenthalt hatten, werden festgehalten, sofern sie dem spähdenden Auge der Wallin-Pächser als „russische Auswanderer“ verdächtig erscheinen.

Zu diesem Zwecke ist der Lehrter Bahnhof in eine Art Menschenfalle verwandelt. Alle Beamten, Portiers, Schutzeleute vigilieren auf Russen. Glauben sie einen erpapt zu haben, so teilen sie ihre Wahrnehmung einem der den ganzen Tag kontrollierenden Reeder-Agenten mit. Der tritt an die verdächtige Person heran, aus der Unterhaltung ermittelt er schnell, daß der Anschein nicht getrogen. Von diesem Augenblick an ist der arme, sofern er nicht auf die Reise verzichtet, der Gefangene Wallin. Es giebt keine Möglichkeit für ihn, abzureisen. Ob er nach Hamburg oder London oder sonst wohin will, er wird festgehalten, darf nicht abreisen, wird in die Ruhlebensch Wallin-Station verschleppt und dort zur Entnahme einer Fahrkarte nach Amerika gepreßt.

Jeder Durchbruchversuch durch die Gänge der Willenskontrolleure ist vergebens, welche rechtmäßig erdundene Fahrkarte der Russe immer haben mag. Der Wallinpächser tritt an den Willenskontrolleur heran und gebietet Falt. Und der Eisenbahnbeamte führt den Befehl aus. Kein Widerspruch nützt, und fragt man nach dem Rechtsgrund seines Verhaltens, so hört man die Antwort: Das ist von oben herab befohlen! Daß es unter diesen Umständen zu skandalösen Austritten kommen muß, ist begreiflich.

Wir hören bereits den Entwurf der Reederpresse: Aber die gesundheitliche Kontrolle ist doch notwendig und nützlich!

Wir sind in der Lage, diesen nichtsnutzigen Sanitätschwandel in seiner ganzen Verlogenheit aufzuzeigen zu können. Und zwar verdanken wir unsere Information der denkbar besten Quelle, nämlich einer der beteiligten Reeder-gesellschaften selbst.

Die Sachlage ist die folgende: Auf Grund einer Verordnung des preussischen Polizeiministers sind die Agenten der beiden deutschen Reederereien bevollmächtigt, in der angegebenen Art abreisende Russen aufzugreifen und nach der von den Reederereien eingerichteten Kontrollstation Ruhleben zu bringen. Diese, doch demutlich mit Provision angeestellten, Beamten einer Privatfirma haben also das Recht erhalten, das reisende Publikum nach ihrem Belieben zu belästigen. Ja, sie haben sogar eine Art polizeiliche Befugnis erhalten, die Exekutivbeamten für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen. Bahnbeamte und Polizisten sind zu ausführenden Organen von Privatagenten degradiert!

In Ruhleben wird nun allerdings auch die „Gesundheit“ geprüft. Aber das ist nur Pöffe. Hier werden die Reisenden gezwungen, Karten nach Amerika zu kaufen, auch wenn sie nach Hamburg oder London wollen. Fremde Gesellschaften werden in Ruhleben nicht „honoriert“. Das heißt: Mit den dreifach billigeren englischen Zinsen werden die Gefangenen nicht herausgelassen, sie müssen Wallin Lösegeld entrichten.

Und auch das ist noch nicht der Gipfel des Niederträchtigen. Wenn nämlich die Russen einen ordnungsmäßigen Paß haben, das heißt, wenn sie ohne Gefahr nach Rußland zurückkehren können, also den Wallin-Agenten nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind, dann können sie schließlich auch Schiffskarten nach London lösen. Sind sie aber an gedrigten Paß, würde also die

Rückkehr nach Rußland für sie schwere Strafe bedeuten, so müssen sie — gleichgültig, wohin sie eigentlich wollen — Karten nach Amerika, deutsche Karten natürlich, lösen. Wollen sie das nicht, oder haben sie nicht das nötige Geld, so werden sie nach Rußland ausgeliefert. Daß die Wirkung eines solchen Verfahrens — bei den vielen russischen Deserturen — gegenwärtig auch eine Verletzung der Neutralität ist, bedarf keiner weiteren Darlegung!

Wir haben es also so weit gebracht, daß man im Interesse privater Erwerbsgesellschaften Ausländern einen Tribut abzwängt, indem man die furchtbarste Zwangslage armer russischer Flüchtlinge ausbeutet.

Wir würden es nicht glauben, wenn wir es nicht selbst erlebt hätten, wenn uns nicht andre Fälle aus der Praxis mitgeteilt worden wären, und wenn nicht der Vertreter einer der beteiligten Reederereien ganz naiv diese erschreckende Auskunft, als wäre es etwas Selbstverständliches, gegeben hätte, eine Auskunft, die ja alle die ungläublichen Erfahrungen völlig erklärte.

Und alles dies lnerhörte soll auf einer ministeriellen Anordnung beruhen?

Wir fragen heute: Ist eine ministerielle Anweisung in einem Kulturstaate denkbar, die derlei Thaten „legitimiert“. Oder handelt es sich nur um eine private Freibeuterei einer großkapitalistischen Gesellschaft?

Die Regierung wird antworten müssen!

### Furchtbare Enthüllungen aus Südwestafrika

veröffentlicht die neueste Nummer der „Kolonialen Zeitschrift“. Wir wollen uns für heute damit begnügen, die entsetzlichen Thatfachen, die Herr Herfurth mittelst resp. wieder ausgräbt, ihre eigne erschütternde Sprache reden zu lassen.

Zum Fall Groeneveld resp. zu der „Verurteilung“ des Kossal bemerkt Herr Herfurth, daß von dieser Verurteilung zu einer Geldstrafe (!) in Keetmanshoop nichts bekannt geworden sei, wohl aber habe man erfahren, daß Kossal in seiner bisherigen Charge nach wie vor Dienst geleistet habe. Was das ärztliche Gutachten, das das Gericht in Windhuk zu dem so erstaunlich milden Urteil veranlaßt habe, anlangt, so komme es durchaus darauf an, wie lange Zeit nach dem Tode des Schwarzen die ärztliche Autopsie stattgefunden habe. Kossal selbst behauptete ja bekanntlich, daß eine ärztliche Feststellung der Todesursache durch Sektion überhaupt nicht stattgefunden habe. Danach hätte also das medizinische Gutachten nur in einer Keuherung dazu bestehen können, ob die Behandlung des Schwarzen geeignet gewesen sei, den Tod herbeizuführen. Ein solches Gutachten hätte aber natürlich nur minimalen Wert gehabt.

Sobiel für heute über den Fall Groeneveld-Kossal. Die weiteren Anklagen, die heute Herr Herfurth erhebt — wie er erklärt, um denjenigen Blättern, die bereits nach dem Staatsanwalt gegen ihn geschrieben hätten, möglichst viel Material zu liefern — übertreffen an Furchtbarkeit bei weitem die Barbaren des Kossal und die damit zusammenhängenden Beschuldigungen gegen die südwestafrikanischen Justiz- und Militärbehörden.

Ueber die Zustände in dem von einem Herrn v. Stempel verwalteten Gefängnis in Bethanien schrieb im Juli 1903 Herr F. Gehlert an Herrn Herfurth:

Der letzte Jahresbericht führt für den Bezirk Keetmanshoop 68 Gefängnisstrafen gegen Eingeborene und nur eine Todesstrafe an. Das klingt ja ganz günstig. Wir wollen aber sehen, wie etwa die Steinstränge liegen, wenn man sie nicht durch das bürokratische Kaleidoskop betrachtet. In Bethanien liegt eins der drei größeren Gefängnisse des Bezirks, und ich will annehmen, daß dort der dritte Teil der Gefangenen gehalten wird, also 21. Erkundigt man sich bei der Behörde nach der Zahl der Todesfälle im Gefängnis, so wird das als unfeindliche Handlung betrachtet. Der Jahresbericht giebt natürlich erst recht keine Auskunft. Seit etwa drei Jahren wird für die verstorbenen Gefangenen ein besonderer Friedhof benutzt. Die Steinstränge um die Grabhügel reden in einer Sprache im Lapidarstil, und beweisen eine Wirtschaft, für die ein eindringlicheres meno tekel kaum gegeben werden kann. Bei meiner letzten Anwesenheit in Bethanien zählte ich 33 Gräber. Man sagte mir aber, daß in mehreren zwei Tote liegen. Die Gefangenen, die draußen im Felde umlamen, ließ man dort. Es ergeben sich also mindestens 36 Todesfälle, für ein Jahr 12; 60 Proz. aller Gefangenen kamen nicht lebend aus diesem Loche des Grauens heraus. Wie viele vom Rest bald nach der Entlassung starben, wie viele dauernden Schaden davon getragen haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Das Gouvernement hat nicht die Entschuldigung, daß ihm diese Verhältnisse fremd seien; es ist wiederholt von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden.

Als ich im Jahre 1899 in einem Besuch an das Gouvernement die grauenvolle Sterblichkeit im Bethanischen Gefängnis erwähnte, wurde ich dringend ersucht, solche Bemerkungen in Eingaben zu unterlassen mit der seltsamen Begründung, daß in Windhuk in einem halben Jahre von 60 Köpfen nur ein wesaugener gestorben sei. Ebenso fruchtlos sind mündliche Vorstellungen. Es kann mir deshalb nicht der Vorwurf gemacht werden, daß ich unnützlich diese häßliche Sache an die große Glocke bringe. Wenn jahrelange Vernachlässigung der vorgefetzten Behörde vergebens ist, so bleibt die Deffentlichkeit eben die Instanz, die zu entscheiden hat, ob dieser Frevel eine dauernde Institution werden soll. Wenn in Deutschland in einem Gefängnis eine decartige Sterblichkeit vorkäme, so würde der Gefängnisdirektor wegen fahrlässiger Tötung unter erschwerenden Umständen vor Gericht gezogen werden. Anders hier! Das Gouvernement hielt unsern letzten Distriktschef trotz der Unsicherheit im Lande, besonders der Räubereien auf Ausid, trotz der furcht-

baren Sterblichkeit im Gefängnis für einen so vorzüglichen Beamten, daß er zum Adjutanten des Gouverneurs ernannt wurde. Nun komme ich zur Hauptsache:

Diese Auszeichnung für die genannten allerdings gar wunderbaren Leistungen ist eine völlige Bankrotterklärung des hier herrschenden Militärsystems.

Das angeführte Beispiel, daß in Windhuk einmal in einem halben Jahre von 60 Sträflingen nur einer starb, schließt den Mund den kolonialen Phrasenhelden, die cynisch behaupten zu wollen, daß eine hohe Sterblichkeit im Gefängnis unvermeidlich sei, der Stellensticht könne die Arbeit nicht vertragen, oder was dergleichen Unfug als Entschuldigung mehr vorgebracht werden könnte. Ich habe nun acht Jahre hindurch auf meiner Farm meine Eingeborenen stramm arbeiten lassen, manches zu Wege gebracht, und die Anstrengung hat keinen geschadet. Der Hottentott ist aberaus zäh; bevor er stirbt, muß schlimmes vorausgegangen sein. Ich will hier die unläufigen Gerüchte über die Todesarten nicht erwähnen. Auch der Chinese sucht sein Geschäft zu wahren. Da wird es verzeihlich sein, wenn ein Deutscher den Schmutz, der hier seines Volkes Namen befleckt, nicht von Grund auf aufzuwählen mag. Manche unser biederer Soldaten, die auf der Station dienen, werden naturgemäß von diesem Treiben aufs höchste angetwidert. Sie werden aber in der Furcht erhalten, daß, wenn sie Anzeige erstatten, sie diskantiert werden, wenn sie einem Privatmann Mitteilung machen, sie wegen Verrats von Dienstgeheimnissen schwer bestraft werden.

Solch ein Gefängnis verliert ganz seinen Zweck, denn welcher Farmer könnte es, von Ausnahmefällen abgesehen, über sein Gewissen bringen, in solch eine Anstalt Diebe einzuliefern? Man ist hier wieder auf Bestrafung auf eigne Faust angewiesen.“

Aus der Zuschrift eines Anstiedlers aus Keetmanshoop, für dessen Glaubwürdigkeit sich vier andre Anstiedler durch Namensunterschrift verbürgten, veröffentlicht ferner Herr Herfurth folgenden Passus, den er seiner Zeit unterdrückt hatte:

„Während dieser Debatte erschien auf einmal ein Zug von zehn Eingeborenen-Gefangenen unter Leitung dreier Eingeborenen-Polizisten (es war ca. 10 Uhr nachts und kein Mondschein), welche nahe bei uns vorbeimarschierten. Sie gingen vom Gefängnis in der Richtung auf die Wohnung des Bezirksamtmanues Dr. Kerensky (und kaiserlichen Richter) zu. Da alle Widen und Spaten trugen, waren wir höchst begierig zu erfahren, was schon wieder los sei. Daß die Sterblichkeit unter den Eingeborenen-Gefangenen so groß geworden sein sollte, daß die Leichen nachts eingezarrt werden müßten, konnten wir nicht glauben. Es hatte allerdings wohl schon manchmal keine Scheue, aber viele Tote unter den farbigen Gefangenen gegeben. Wäher hatte aber immer noch der Tag ausgereicht, um die Leichen der Mutter Erde anzuvertrauen. Mancher von uns kann sich sehr gut entsinnen (es ist erst im letzten Jahre geschehen), daß ein eingeborener Gefangener am öffentlichen Wege, wo er entkräftet niedergefunken und gestorben war, dort gelassen wurde, wo er, weil „brand“mager, ohne zu verweisen von Sonne und Wind im Laufe der Tage und Wochen zur Mumie eintrocknete. Ob auch andre Leute über ähnliche Fälle als „Augenzeugen“ berichtet können, weiß ich augenblicklich nicht. Als wir um 11 Uhr uns trennten, um unser Nachlager aufzusuchen, waren die Eingeborenen-Gefangenen noch nicht zurückgeführt. Am nächsten Morgen, Sonntag, hörten wir von Augenzeugen, daß die Bestimmung getroffen worden sei, daß die Russifkapelle der 3. Feldcompagnie — diese letztere ist zur Zeit ungefähr in der Stärke von circa vierzig Mann hier garnisoniert — jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr vormittags vor der Wohnung des Herrn Bezirksamtmanues Dr. Kerensky spielen solle, und hatten die Eingeborenen-Gefangenen, nachdem sie am Sonnabend ihre Tagesarbeit bis Sonnenuntergang mit Lehmlarven usw. verrichtet, von ca. 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends bis 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> nachts die Büsche vor der Wohnung des Bezirksamtmanues androden müssen. Schon um 5 Uhr früh seien dieselben wiederum von ihren Wärtern (Eingeborenen-Polizisten) an die Rudungen geföhrt worden, um die gradierten Büsche wegzuschleppen und die ungleichen Stellen zu planieren. Wir sahen, wie diese Tag- und Nachtarbeiter dann um 9 Uhr vormittags während der Kirchzeit in das Gefängnis zurückgeführt wurden. Welch eine Freude mußte es sein, sehen zu können, daß um 11 Uhr, als die Musik antrat, der tags vorher noch unebene und von Büschen bestandene Platz für unsere Herren Beamten schön planiert und gereinigt war! Die reine Heimgemämnchenarbeit.“

Des weitern zieht Herr Herfurth einen Artikel wieder aus Tageslicht, der am 16. August 1903 in den „Hamburger Neueste Nachrichten“ erschienen war und in dem die Ergebnisse eines unschuldig Verhafteten in dem Gefängnis von Keetmanshoop geschildert wurden. Aus der Darstellung dieses Anstiedlers war folgende Stelle wiedergegeben:

„In der Zeit nun, welche ich hier unschuldig im Gefängnis zubringen mußte, sind mir Zustände aufgefallen, wie ich sie bis jetzt noch in keinem Lande gesehen habe, selbst in China nicht, und das will schon viel sagen. Ich habe vieler Herren Länder auf meinen Reisen gesehen, auch ziemlich alle deutschen Kolonien bereist. Aber nirgends dürfte es solche Zustände geben, wie sie Keetmanshoop mit seinem Gefängnis bietet.“

Das genannte Hamburger Blatt fügte dieser wörtlichen Reproduktion des Berichtes folgende Bemerkungen an:

„Unser Abonnent schickt uns einen Grundriß des Gefängnisses mit. Wir ersehen aus demselben, daß das Gefängnis einen Flächenraum von 22 x 18,10 Meter einnimmt. In diesem Gefängnis befindet sich nach der Zeichnung u. a. eine Zelle von 4,8 x 4 Meter, bei 3 Meter Höhe, die durchschnittlich 20 eingeborenen Gefangenen (es sollen sogar schon 30 gewesen sein) als Aufenthaltsraum dient. Eine noch kleinere Zelle ist für zehn geschlechtskrante eingeborene Prostituierte bestimmt. Infolge der baulichen Einrichtung sei die Hitze in den Zellen, namentlich in den dicht besetzten, so groß, daß die meisten gefangenen Eingeborenen mehr Steletien ähnlich sahen als Menschen.“

Mer zu Zeiten kann auch, so erklärt unser Gewächsmann, dieser traurige Ort für einzelne Insassen ein „fidèles Gefängnis“ werden. Nicht umsonst seien Freudenmädchen in demselben untergebracht und es gebe Mittel und Wege (die den weissen Gefangenen gegen bestimmte Entschädigungen angeboten würden), mittels deren sich Gefangene mit Freudenmädchen die Nächte kurzweiliger machen könnten. Unser Gewächsmann geht in der Schilderung dieser Zustände noch weiter und beruft sich dabei auf Zeugen. Wir wollen aus verschiedenen Gründen dieses Thema nicht ausführlicher behandeln, zumal auch die Zustände, wie es nachher heißt, in der letzten Zeit besser geworden seien, nachdem ein weißer Soldat zur Nachtwache kommandiert sei. . . .

Kaum glaubhaft will uns dagegen die Behauptung erscheinen, auch Kinder würden in Keimanshoop mit den schwarzen Strafen belegt. Es heißt da: „Schon öfter wurden Kinder von vier bis sechs Jahren in Keimanshoop mit Gefängnis bestraft und auf diese kleinen Geschöpfe scheinen die eingeborenen Polizisten es besonders abgesehen zu haben, denn sie werden mit ganz besonderer Niederträchtigkeit von ihren Fronvogeln gefoltert und maltrotiert. Noch immer ist im Keimanshoop Gefängnis ein kleines Mädchen, nicht älter als höchstens fünf Jahre (?), welches eine längere Freiheitsstrafe verbrühen muß, weil es von einer fremden Fiege etwa 2 1/2 Milch entwendet haben soll.“ Wir halten diese Dinge für unmöglich. Der Einsender schreibt zwar selbst: „Viele der geehrten Leser werden vielleicht fragen, daß so etwas unmöglich ist, da es sich hier doch um eine deutsche Kolonie handelt und daselbst Gesez hier gültig ist wie in Deutschland.“ Trotz dieser Versicherung müssen wir die Wichtigkeit der Behauptung bezweifeln, es sei denn, daß dort Zustände herrschten, die allem Recht und der Gesezlichkeit Hohn sprächen. Der Einsender schließt allerdings dieses Kapitel auch mit einem Stimbruch auf die Beamten, den wir, um bei Staatsanwälten kein Kergernis und keinen Drang nach Strafanträgen zu erregen, nicht wiedergeben wollen.

Zum Schluß wendet sich unser Gewächsmann gegen die inhumane Behandlung der Schwarzen. Das Schreiben klingt wie folgt aus: „Es wäre dringend zu wünschen, daß diesen Deutschland herabwürdigenden Zuständen ein dauerndes Ende bereitet würde und wahre Kultur und Humanität ihren Einzug in Deutsch-Südwestafrika hielten.“

Diese Darstellungen enthalten so schauerliche Zustände, daß jede Kritik hinter den Anklagen der Thatfachen, die hier gemeldet werden — und von der Regierung im leichtgefährten Falle nicht widerlegt wurden! — weit zurückbleiben müßte! So haarsträubende Grauel hätte selbst der argwöhnischste Sozialdemokrat niemals für möglich gehalten! Dagegen verblaffen selbst die Schenkelgelenke des Kongofrautes!

Und gegen die Eingeborenen, die eine solche Wirtschaft sich nicht länger gefallen lassen wollten, wird der Vertilgungsfeldzug unentwegt fortgesetzt! Wen das Blei verschont, der muß am Strick hängen!

So verbreitet Deutschland Kultur und Christentum! —

## Politische Uebersicht.

Verkuft, den 1. September.

### Russische Polizeispindel auf dem Amsterdamer Kongress.

Wie unsere preisliche, so hat es auch die Amsterdamer Polizei nicht verschmäht, dem russischen Despotismus Schergen Dienste zu leisten, wenn auch nur, wie es scheint, gelegentlich und versuchsweise. Hierüber teilte unser Vennerorgan „Der Volk“ vor einigen Tagen folgenden Vorkall mit, der sich während des Internationalen Sozialistenkongresses abspielte. Im Kongreßgebäude, wo der Kongress tagte, war ein Photograph, ein Parteigenosse, damit beschäftigt, einige Aufnahmen zu machen, und zwar mit Vorwissen der Kongreßkommission. An ihn wandte sich der Chef der Amsterdamer Detektivpolizei Watelt mit dem Ersuchen, die russischen Delegierten für ihn zu photographieren; was es koste, wollte er bezahlen. Selbstverständlich lehnte unser Genosse es rundweg ab, der Polizei diesen Dienst zu erweisen; und damit war die Sache erledigt. — Die Mitteilung über diesen Vorkall hat großes und teilweise peinliches Aufsehen erregt, denn es giebt auch in der holländischen Bourgeoisie noch Leute, die etwas auf nationale Ehre halten und es nicht gerne sehen, daß die Polizei, die von holländischem Geld bezahlt wird, zur Aufrechterhaltung der russischen Schandwirtschaft mißbraucht wird. Die liberalen Zeitungen haben freilich kein christliches Mitgefühl mit dem zum Opfer ausersehenen Russen und meinen, daß sie wohl was auf dem Kerchholz haben mähten. Anders urteilten jedoch die großen liberalen Blätter. Das „Amsterdamer Handelsblad“ hat sich nun durch seinen Haager Korrespondenten Informationen verschafft, durch die die oben erwähnte Thatsache veranschaulicht und abgeleugnet, und folgendes berichtet wird:

In dem Kongreßgebäude wurden während der Dauer des Kongresses Photographien von der Versammlung verlost, und die Polizei wünschte sich auch eine zu verschaffen. Der Inspektor der Polizei, nicht der Herr Watelt, der solche Photographie kaufte, bemerkte, daß darauf die russischen Delegierten feststünden. Er fragte den Photographen, ob keine kompletten Aufnahmen zu haben seien mit den Porträts der Russen, erhielt aber die Antwort, daß die Russen darum ersucht hätten, nicht photographiert zu werden, und daß, wenn sie zufällig auf einer Aufnahme zu sehen seien, ihre Gesichter unkenntlich gemacht werden sollten; worauf der Inspektor, sich gleich bei der Thatsache beruhigend, sagte: „O, das würde ich nicht; dann will ich nicht gefragt haben.“ — Von irgend einem Handeln im Dienste irgend einer ausländischen Polizei ist weder direkt noch indirekt die Rede gewesen. . . . Was die Polizei zu Amsterdam gethan hat, ist glücklicherweise ganz frei geblieben von ausländischer Aufsehung. Daß sie nicht doch etwas zu weit gegangen ist, wollen wir nicht behaupten.“

Demgegenüber schreibt der Photograph, unser Parteigenosse, an „Der Volk“:

„In der That hat der Haager Korrespondent des „Handelsblad“ ein Stück der Geschichte gut berichtet. Der Fehler ist, daß er das Zwischenstück für das Ganze ansieht und darauf seine Schlüsse baut. Die ursprüngliche Darstellung in „Der Volk“ ist aber gerade in der Hauptsache zutreffend. — Des Morgens kam, nicht nach dem Kongreßgebäude, sondern nach dem Atelier, ein Inspektor, der im Namen des Herrn Watelt eine Photographie zu kaufen wünschte, mit den Russen darauf. Von meinem Bruder wurde ihm gesagt, daß wir damit nicht dienen könnten. Im Laufe des Tages wurde dann am Kongreßgebäude bei der von uns mit dem Verkauf betrauten Person der Versuch gemacht, wie ihn der Korrespondent des „Handelsblad“ mitgeteilt hat. Des Abends aber kam von neuem ein Inspektor in das Atelier, wieder im Namen des Herrn Watelt, mit demselben Aufsuchen. Als ich antwortete, daß die Russen unkenntlich gemacht seien, fragte der Inspektor, ob denn eine neue Aufnahme möglich wäre, hinzuzufügen, daß die Kosten berechnet werden könnten. Darauf erklärte ich, selbst Sozialdemokrat zu sein und nicht die Ursache sein zu wollen, daß meinen russischen Parteigenossen Unannehmlichkeiten bereitet würden. Der Inspektor erklärte darauf, nicht weiter drängen zu wollen und verabschiedete sich sofort höflich.“ — Die Redaktion von „Der Volk“ be-

merkt hierzu noch, daß die russischen Parteigenossen getreu von Fremden begleitet worden sind und daß der Inspektor der Recherche rechts vor der Galerie so dicht wie möglich bei den Russen den öffentlichen Sitzungen beizuhäute. Daselbst Spiel machte am Freitag der Verhandlungswoche der Hauptkommissar der Polizei mit.

### Herr v. Koerber auf Reisen.

In Lemberg fand am Mittwochabend zu Ehren des Ministerpräsidenten v. Koerber bei dem Landmarschall Raden ein Festmahl statt, bei welchem der Ministerpräsident auf einen Trinkspruch des Landmarschalls mit einer längeren Rede erwiderte. Er erklärte darin, er bedaure sehr, daß er der Sprache des Landes nicht mächtig sei; während seiner Reise sei er immer mehr zu der Erkenntnis gekommen, daß gerade die Beamten bei aller Wahrung der Rationalität mehrere landesübliche Sprachen verstehen sollten. Niemand brauche seinem Volke untreu zu werden, wenn er eine zweite und dritte Sprache erlerne. Für den Frieden des Reiches wäre jedoch von der glücklichsten Vorbedeutung, wenn der Staat über eine große Schar von Beamten verfügen könnte, die in der Lage seien, mit den Angehörigen anderer Völkern durch das lebendige Wort zu verkehren. Wenn gegen die Regierung jüngst schwere Vorwürfe erhoben worden seien, weil sie österreichisch-ungarischen Studenten der Agraruniversität nach vorheriger Prüfung den Eintritt in den österreichischen Staatsdienst ermöglicht habe, so sei die Regierung durch den Beamtenmangel in Dalmatien dazu gezwungen worden. Die Sprachenfrage sei zu einer großen Frage des Reiches geworden und müßte sei befallender, als daß sie noch übertrieben werde. Lassen Sie mich einmal, erklärte der Ministerpräsident, ganz frei über diese Angelegenheit sprechen. Auch das Herz eines Ministerpräsidenten kann voll und überfüllt werden. Die gegenwärtige Regierung ist sich bewußt, keiner der in Oesterreich lebenden Nationalitäten irgendwie zu nahe getreten zu sein. Weil man uns in Ernste keine positiven Sünden vorhalten kann, beschuldigt man uns um so heftiger der negativen angeblichen Unterlassungen. Wie sollen wir rechtfertigen, was wir nicht gethan? Wenn man uns aber fragt, warum wir dies und das nicht thun, so antworte ich mit der Wiederholung meines Programms, dem wir unerschütterlich treu bleiben werden: Wir wollen jederzeit unser ganzes beschcheidenes Können für das Werk der Verständigung einsetzen, wenn sich die streitenden Nationalitäten wirklich verständigen wollen. Wir werden aber unter keinen Umständen einseitige nationale Konzeptionen machen. Für dieses Programm haben wir uns niemand als uns selbst verpflichtet und wir werden unser Wort halten. Für die Völker Oesterreichs wäre es eine Erlösung, wenn sich die Schar der entschlossenen Patrioten erhebe mit dem festen Willen, den so verhängnisvollen Uebeltrübungen ein Ende zu machen. Das Reich hat jedem Volke verbürgt, daß es gehört wird. Da soll der mächtige nationale Gedanke, der in seiner Kraft ein Vollwerk der Eintracht werden könnte, in Paroxysmus umgeschmiebelt werden, der das Reich zerföhrt? Das Ende ist leicht abzusehen. Uebermaß muß zu dem Zustande zurückführen, welcher der nationalen politischen Freiheit nicht günstig ist. Ich schreibe unter das düstere Bild der Gegenwart wieder die Regierungsdevise: Leidenschaftlose Beharrlichkeit. Man wird uns zu keinem Unrecht und zu keinem Gewaltsat bereiten. Macht und das Parlament zu Kuratoren des Reiches, so wissen wir, daß wir allein für dessen Wohl zu sorgen haben, bis die Parteien sich wieder finden, bis sie das Labyrinth der nationalen Feindseligkeit verlassen. Oesterreich kann allerdings bis dahin nicht warten. Dem Zwang, der sich daraus ergibt, werden wir wie bisher auch bei dem ganzen weiteren Vorgehen mit gutem Gewissen folgen. Der Ministerpräsident schloß unter Würdigung der Verdienste des Landmarschalls seine Rede mit einem Hoch auf Galizien und dessen Landmarschall. —

### Deutsches Reich.

**Diebere Wahlrechtsfreunde.** Es ist heiter, wie sich Konservative und Nationalliberale gegenseitig bezichtigen, einen Wahlrechtsraub am lebhaftesten zu propagieren.

Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ hatte kürzlich eine Aenderung des Reichstags-Wahlrechts als absolute Notwendigkeit bezeichnet, falls neue Reichstagswahlen ein abermaliges Wachstum der Sozialdemokratie bewiesen. Diese Offenherzigkeit ging der gleichfalls nationalliberalen „Dresdener Zeitung“ wieder den Strich, sie polemisierte daher gegen das Leipziger Bruderorgan:

„Wenn das „Leipziger Tageblatt“ eine Politik treibe, die von der offiziellen nationalliberalen Korrespondenz und von der größten bundesstaatlichen Fraktion desabonniert sei, wenn es lauser-vative Politik treibe, dann allerdings brauche es nicht mehr für das Recht einzutreten, denn dann sei ja der Nationalliberalismus, den das „Leipziger Tageblatt“ vertritt, offenbar zu Grunde und im Konservatismus aufgegangen.“

Die „Konservative Korrespondenz“ ihrerseits lehnt nun die Ehre, an der Spitze der Wählereger-Wahlrechtsänderer zu marschieren, bescheiden ab. Sie glaubt den Nationalliberalen den Vorrang überlassen zu müssen:

„Die „Dresdener Zeitung“ scheint über Parteipolitik recht mangelhaft unterrichtet zu sein, sonst müßte sie wissen, daß die konservative Partei es rundweg ablehnt, in Sachen der Aenderung des Reichstags-Wahlrechts die Initiative zu ergreifen. Aber das Dresdener nationalliberale Organ müßte auch darüber informiert sein, daß gerade auf einer Anzahl nationalliberaler Abgeordneter das Odium lastet, eine Aktion behufs der erwähnten Wahlrechtsänderung unternommen bezw. unterstützt zu haben.“

Die „Konservative Korrespondenz“ weist also den Wahlrechtsraub nicht etwa von der Hand, sondern sie erklärt nur, daß sie die Initiative dazu den Nationalliberalen überlassen möchte, die ja denn auch bereits die einleitenden Schritte zu der Aktion unternommen hätten! —

**Landarbeiters. Bei dem Vesiger Schlicht in Pregelwalle bei Tapiau (Dipreusen) diente ein 17-jähriger Arbeiter schon mehrere Jahre. In diesem Sommer wurde er von dem Vesiger auf barbarische Weise gemißhandelt. In dieser Mißhandlung muß noch eine andre Krankheit hinzugekommen sein, denn der Arbeiter mußte, da er schwer krank wurde, nach dem Krankenhaus gebracht werden. Hier lag er acht Wochen; da der Vesiger den Arbeiter aber zur Erntezeit notwendig brauchte, holte er ihn aus dem Krankenhaus und trieb ihn zur Arbeit an. Die Aerzte im Tapiauer Krankenhaus erklärten auch, daß der Arbeiter arbeitsfähig sei. Doch es ging mit dem Arbeiten absolut nicht. Nach einigen Tagen schleppte er sich zu seinen Eltern und erklärte hier tränenden Auges, daß er nicht mal gehen, geschweige noch arbeiten könne. Die Eltern sind arme Leute, auch sind noch eine Anzahl Kinder zu Hause. Sie beschloffen nun, mit dem Sohn nach Tapiau zu fahren, um ihn hier von einem andern Arzt untersuchen zu lassen. Doch niemand wollte einen Wagen stellen, denn keiner wollte sich mit dem Vesiger Schlicht verfeinden, und dieser selbst stellte natürlich keinen Wagen. Endlich, nachdem die Frau zwei Tage lang nach einem Fuhrwerk herumgelaufen war, gelang es ihr, eins zu bekommen. In Tapiau aber erklärte der Arzt Korn, daß der Arbeiter arbeitsfähig sei. Nun fuhrten die Eltern nach Königsberg und liehen hier den jungen Menschen von einem Arzt untersuchen. Dieser gab folgendes Zeugnis:**

Der Landarbeiter . . . erschien heute bei mir mit einer eiternden Wunde an der linken Hüftbeuge. Von der Wunde gelangt man mit einer Sonde in einen über 12 Centimeter tiefen Fistselgang. . . . Der . . . leidet an Knochenkrebs (tuberkulöse Knochenveränderung des Kreuzbeins resp. der Beckenhöhle). Daneben besteht Schwellung des linken Hüfes. Es ist selbstverständlich, daß der Kranke dadurch zu jeglicher Art von Landarbeiten außer-

stande das heißt arbeits- und erwerbsunfähig ist. Und doch ein kranker Mensch wird zur Arbeit getrieben! Natürlich giebt es auch Aerzte, die ihn für gesund ansehen. Der Arbeiter konnte jaft gar nicht gehen. Seine Eltern erklärten, daß sie ihn in Tapiau liegen lassen müßten, ganz gleich, ob ihn das Krankenhaus aufnimmt oder nicht, denn es dürfte ihnen wohl kaum gelingen, ein Fuhrwerk aufzutreiben, das ihn nach der Heimat bringt. Unter solchen Verhältnissen lebt und stirbt der Landarbeiter in Dipreusen. —

**Wegen angeblicher Preßvergehen in Untersuchungshaft genommen worden.** Die Königsberger Justiz, die durch den Russenprozeß weltberühmt geworden ist, hat sich mit neuen Ehren bedeckt. In Königsberg existiert ein humoristisch-satirisches Lokalblattchen. Der verantwortliche Redakteur Herr Julius Beselin, gegen den gegenwärtig fünf Anklagen wegen angeblicher Preßvergehen vorliegen, ist gestrichen in Untersuchungshaft genommen worden. Zwei bis drei neue Anklagen schweben schon wieder gegen ihn. Das Blatt scheint in Königsberg gewissen Leuten wirklich unangenehm zu werden. Er wußte nette Sächelchen aus einem Chembre garnie unter dem Titel „Der Remusberg auf dem Paradeplatz“ von Leuten zu erzählen, die sonst im öffentlichen Leben streng auf Sitte und Moral sehen und besonders die Sozialdemokratie zu vernichten suchen. Trotzdem das Blatt keine Namen genannt, fühlte sich kein geringerer als der Polizeipräsident von Königsberg selbst veranlaßt, Strafantrag wegen dieser Artikel zu stellen. Der Mann ist bekannt durch seinen geheimen Erlaß betreffs des Verbots des Streikpostens, auch hat er schon zu wiederholten Malen Strafandrohung gegen unser dortiges Parteiorgan gestellt. Man darf eigentlich gespannt sein auf die Gerichtsverhandlungen. Hoffentlich fährt man dann auch, wer sich eigentlich getroffen fühlte. Ferner haben noch mehrere Strafanträge der Erste Staatsanwalt Herr Geheimrat Schüge, der rühmlichst bekannte Ankläger im Russenprozeß, und der Gerichtsarzt Professor Dr. Puppe gestellt. Letztere fühlte sich durch einige Notizen beleidigt, in denen Zustände aus dem Königsberger Gefängnis aufgedeckt wurden. So wurde in einer Notiz erzählt, daß man einen Gefangenen, der an Tuberkulose litt, sieben Tage strengen Arrest habe abbüßen lassen.

### Eine neue Meldung Trothas.

General v. Trotha meldet: Compagnie Well überraschte am 28. August eine Herzerbande bei Diamuru und erbeutete 400 Stück Vieh. Die Herzer hatten 16 Tote, diesseits keine Verluste. Der Feind hat Djelongo geräumt und soll nach Nordosten, Osten und Südosten abziehen. Die Hauptkräfte sind anscheinend im Südosten; Djomojo, Dsovindombo, Dparalane noch besetzt gemeldet.

Heydebred mit 5. Compagnie Regiment 2 und zwei Maschinengewehranlagen am 27. August von Bindhal über Djahaena—Epuliro abmarschiert. Dainling marschierte mit Kolonne Wahlen (1. und 3. Compagnie Regiment 2, 7 und halben 1. Batterie) am 27. August von Dwoiforeco über Djiskura—Dajajinja—Karidona auf Dparalane, erreichte mit Kolonne Meister (4. und 6. Compagnie Regiment 2, 5. Batterie und mit bisherigem Detachement Winkler, der krank Djofonda, geht über Dne—Dajelonde vor. Reigenstein (Wühlentelns erkrankt) ist mit 9, 10, 11. Compagnie Regiment 1 und vorläufig 2. Compagnie Regiment 2, 6. Batterie, Maschinengewehrabteilung Dürer und Bischofs im Vorkampf über Drajona auf Djelongo und Djabandja. Storf ist mit 1., 2., 4. und 7. Compagnie Regiment 1, 3. und 4. batterie Maschinengewehrabteilung Saurma und Bastards von Dmbujo—Katanga im Vorkampf über Djofondusu—Djomojo—Dwoindombo, hat eine Seitenabteilung (2. Compagnie und Bastards) über Djofondou auf Epata entsendet zur Aufklärung und Besetzung leerer Posten. Volkman meldet, daß Bezirk Drajowimin, Grootfontein und unterer Omurambasch frei vom Feinde ist, und hofft am 30. August Djondema zu erreichen. Fiedler bleibt, die Gegend säubert und die Lazarett dedend, bei Waterberg. 7. Compagnie Regiment 3 rückt von Bindhal nach Gohabis und besetzt Das. Das Hauptquartier begiebt sich nach Djofonda.

Wie man sieht, zerkleuen sich die Herzer immer mehr, wodurch der Verfolgung immer größere Schwierigkeiten erwachsen. Man weiß nicht einmal bestimmt, wo man die Hauptkräfte des Feindes zu suchen hat!

### Husland.

#### Saren-Schurken.

Ueber das neue blutige Drama, das wir neulich aus Jaskut meldeten, erfahren wir von der Redaktion der „Iskra“ noch folgende Einzelheiten, die ein großes Licht auf das Martyrium der russischen Freiheitskämpfer unter dem Regime der Kruke werfen. Der traurige Held des ganzen Vorkalls, der begleitende Offizier, der die politische Verbannte Weinermann auf dem Transport vergegenwärtigen wollte und nur durch den tödlichen Schuß eines herbeieilenden Genossen, des gewesenen Studenten Marcus Rinski an der Verübung dieser Schurkerei verhindert wurde, heißt mit Namen Sikorski. Das Individuum erkrankte sich in den Offizierskreisen von Jaskut des schlechtesten Rufes und war allgemein als Trunkenbold und Wüstling bekannt. Bereits vor Jahren auf Urteil des Offiziersgerichts aus dem Regiment ausgeschieden, ist er nun, bei der Mobilisierung des sibirischen Oeres, als Reservist wieder zum aktiven Dienst herangezogen worden. Die Offizierschaft von Jaskut hat ihm jedoch wiederum die Aufnahme in ihre Mitte verweigert.

Diesem berüchtigten Menschen ist nun von der Jaskuter Behörde die Beaufsichtigung und die Begleitung des Transportes der Sträflinge, der zu einem Teil aus politischen Verbannten, zum andern aus schwereren Verbrechern bestand, übertragen worden — eine Mission, die nicht nur eine genaue Kenntnis der für den Transport geltenden Vorschriften, sondern angeht die gerechtfertigten Erbitterung unter den Gefangenen des Absolutismus, nicht minder eine bestimmte Dosis von Fairgefühlt und Gewissenhaftigkeit seitens des leitenden Offiziers voraussetzt. Die Kanäle des Generalgouverneurs in Jaskut, die den Gefangenentransport besorgt, hat große Routine in bezuglichen Sachen und kennt ganz genau das Menschenmaterial, das ihr zur Verfügung steht. Daher deutet schon allein die Ernennung eines Subjektes, wie Sikorski, zum Transportchef unverkennbar auf die verbrecherische Absicht hin, wieder einmal eine jener furchtbaren Katastrophen heraufzubeschwören, bei denen die russische Beamtenamorra von Zeit zu Zeit an den politischen Verbannten ihr Rächen zu fühlen pflegt.

Der Plan ist auch wirklich in Erfüllung gegangen, und wenn dabei nicht noch mehr Menschenopfer zu verzeichnen sind, als der von den Soldaten erschossene Genosse Schah aus Wilna, so war dies sicherlich am wenigsten das Verdienst der Sarensherren. Sikorski hat sich als der Aufgabe vollkommen gewachsen gezeigt. Während der ganzen Dauer der Reise, die wochenlang in Pawlosk (gebirge Aufschne), dem Strom der Lena folgend, vor sich geht, war er stets betrunken und verlangte von den Soldaten, sobald man für die Nacht Halt machte, daß sie ihm Frauen vom Transport zuführten. Außer den „politischen“ und den Sträflingen war nämlich auf den Pausen auch eine größere Anzahl von Nudoboren mit ihren Familien. Das für die Ernährung der Gefangenen bestimmte Geld ließ er ruhig in die eigene Tasche gleiten. Was aber die Hauptsache, vom ersten Tage an hatten die politischen Verbannten ungläubliche Chikanen, Beleidigungen und schwere Mißhandlungen auf Schritt und Tritt von dem Schurken auszuhalten.

Das weitere ist bereits gemeldet worden. Es ist nur noch nachzutragen, daß der blutige Vorgang sich im Dorfe Kockujel (Gouvernement Jaskut) in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni abspielte, und daß die Gefangenen dabei alleamt nur mit knapper Not dem Tode entgingen sind. Als der von den Waffen krodende Sikorski mit einer Kogaska in der Hand in die Frauenabteilung des Pawlosk eindringen wollte, um die Weinermann fortzuführen, und die tödliche Angel ihn zu Boden streckte, verloren die Transportsoldaten im ersten Augenblick den Kopf. Es fielen zwei, drei Schüsse

Hierfür, durch die der Gefangene Schach geübt und Minzki am Ohr verknüpft wurden. Der Unteroffizier, der sich den Gelüsten des Sizoroff auf der Reise wiederholt widersetzt, war von ihm am Vorabend vorsorglich mit irgend einem Auftrage ins Dorf abkommandiert worden und im kritischen Moment auch nicht anwesend. Die Wache blieb nun sich selbst überlassen und schickte sich aus Furcht vor angeblicher Verantwortung, wie auch um ihren Eifer den Vorgesetzten zu zeigen, an, alle Inzassen des Pausol, sowohl die „politischen“ wie die andern, wegen „Meuterei“ auf der Stelle niederzuschießen. Es fehlte nicht viel und das Entschlossene wäre geschehen. Es erschallten bereits Rufe: „Schießen wir sie alle tot! Niemand soll mit dem Leben davonkommen!“ Die Duschoboren wollten sich in Todesangst ans Ufer retten, wurden aber daran verhindert. Vergeblich suchte Minzki die Soldaten zu überreden, indem er ihnen sagte, er allein hätte den Offizier getötet, er allein werde dies auch zu verantworten haben; sie dürfen nicht auf unfaulbilde, unbeteiligte Menschen, Frauen und Kinder schießen. Der inzwischen herbeigekommene Unteroffizier wählte in seinem Schreck auch keinen besseren Rat, um sich reinzuwaschen, als ein Weinbad anzurichten. Im letzten Augenblick, als die Wache sich bereits in Schieflage am Ufer aufgestellt hatte, blieb jedoch das Kommando: „Feuer!“ aus. Wie ein in Nachtjuch lebender Genosse mittelst, soll es der den Transport begleitende Heilgehülfe gewesen sein, der den Unteroffizier beruhigt und von der Ausführung seiner Absicht abgehalten hat.

Nach zwei Tagen mußte darauf der Transport in Erwartung der Gerichtsbeamten in Kuchujst liegen. Schließlich kamen aus Olesimsk der Untersuchungsrichter, der Gerichtsarzt, der Bezirkshauptmann und ein neuer Transportoffizier aus Kirensk. Am Abend des zweiten Tages befanden sich die Verbannten bereits wieder auf der Reise, den Wüsteneien von Jakutsk langsam zustrebend.

Die „gerichtliche“ Untersuchung des Vorfalles ist nunmehr im Gange. Was wird sie für die beteiligten Personen zeitigen? Wer kann das in Russland voraussetzen! Und vielleicht vergehen sogar wieder Wochen und Monate, bevor die Kunde vom letzten Abschluß dieses neuen sibirischen Dramas zu uns dringt.

### Schweiz.

Ein Protest gegen die Militärangabe bei Streiks. Aus Bern wird berichtet, daß das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes auf die Eingabe des Vorstandes der Arbeiterunion Zürich hin beschlossen habe, mit dem Parteikomitee der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei in Biel sofort über ein gemeinsam zu erlassendes Protest-Massenflugblatt zu verhandeln und gleichzeitig eine Kundgebung durch Massen-Protestversammlungen an ein und demselben Tage in der zweiten Hälfte September einzuleiten.

### Frankreich.

#### Die sozialistischen Differenzen in Frankreich.

Der bedauerliche Mangel eines Tagesblattes verhindert Jules Guesde, Zug um Zug auf die Darlegungen von Jaurès zu antworten. Bisher hat er noch gar keine Gelegenheit genommen, sich kritisch über die Resultate des Parteitages der revolutionären sozialistischen Partei in Lille und des Amsterdamer internationalen Kongresses zu äußern; die neueste Doppelnummer des guesdistischen Organs („Der Sozialist“) ist lediglich mit dem Bericht über die beiden Kongresse gefüllt. Wir werden deshalb zunächst noch acht Tage auf das warten müssen, was Guesde auf Jaurès zu antworten hat.

Inzwischen hat dieser, wie wir zur Information der deutschen Genossen noch anführen müssen, in einem zweiten Artikel seine Angriffe auf die Guesdisten ergänzt und besonders dem Genossen Bailliant die Frage vorgelegt, warum er widerspruchslos die Äußerungen Guesdes in Amsterdam habe durchgehen lassen. Wenn Guesde sagt, daß seine Partei keinen Wert auf die Erhaltung der Republik und die Trennung von Staat und Kirche lege, so sei das nicht überraschend, habe er doch schon 1900 am Vorabend des Pariser internationalen Kongresses gesprochen: „Uns macht es wenig aus, ob wir einen Wilhelm II. oder einen Loubet haben.“ Auch Lafargue, ein unbedingter Anhänger guesdistischer Anschauungen, habe in seiner ersten Parlamentsrede als Abgeordneter von Lille gesagt, er fühle sich dem Grafen de Lun — einem kirchlich-konserverativen Reformier im Sinne des patriarchalischen Systems — näherstehend als der republikanischen Majorität. Wenn demnach die Worte Guesdes in Amsterdam nicht den Reiz der Neuheit hätten, so seien sie darum nicht minder bedeutungsvoll: vor dem Sozialismus der ganzen Welt habe Guesde die ganze republikanische und antikirchliche Tradition des französischen Proletariats verleugnet. Dazu hätte Bailliant nicht schweigen dürfen. Denn Bailliant und seine Freunde hätten sich jahrelang gerade gegen Guesde auf die Politik Blanquis berufen, der den Sozialismus in enge Beziehungen zur großen französischen Revolution setzte und immer ausgesprochener Republikaner war; ebenso hätten sie im Sinne Blanquis für Volksaufklärung gewirkt und in der Unwissenheit das entscheidende Hindernis für eine Revolution erledigt: erst müsse man, so hätten sie immer erklärt, das Volk auflären, erziehen, durch die vernünftige Schule an Nachdenken, an Geistesfreiheit und Selbstzucht gewöhnen. Nach vor wenigen Jahren habe Bailliant in der „Petite République“ einen zornigen Artikel gegen Guesde geschrieben und darin alle heftig getadelt, die den Kampf gegen den Klerikalismus bis zum Tage nach der Revolution aufschieben wollten. Endlich hätten Bailliant und seine Freunde alle diejenigen mit ihrem ähnelnden Spott verfolgt, die sich in der ewigen Wiederholung der Redensarten von der vollständigen Befreiung geistigen und die Schwierigkeiten des Kampfes übersahen; Bailliant habe ernsthaft an einem Bund aller Demokraten, an einer Liga der Revision, gearbeitet, in dem auch nichtsozialistische Elemente ihre Stätte finden sollten.

In Amsterdam aber habe derselbe Bailliant diese seine langjährige Politik durch Guesde widerspruchslos desavouieren lassen! Warum diese Kapitulation? Er könne doch nicht ernsthaft behaupten wollen, die jaurèsistische Politik bilde für die Arbeiterklasse eine so große Gefahr, daß ihm nur der bedingungslose Anschluß an Guesde würdig erschienen sei. Am Grunde genommen sei er ja — Jaurèsist. Er sei so ministeriell wie nur irgend ein Jaurèsist; und wenn er jetzt, nach Amsterdam, das Kabinett durch seine Zustimmung oder Stimmenthaltung stürze, so würde er sich das selbst niemals verzeihen; er sei leidenschaftlicher Ministerieller, leidenschaftlicher Parteigänger der jetzigen Majorität, nur daß er — die Verantwortung für diese Politik den Jaurèsisten überlasse.

Durch Formelstreit ließen Bailliant und seine Freunde ihr Urteil keineswegs trüben. Sie deklarieren zwar tapfer gegen jede Annäherung an die bürgerliche Demokratie, gegen jedes Kompromiß — aber der revolutionäre Sozialist (Guesdiste) Landrin übernehme nichts desto weniger den Vorschlag im Generalkongress des Departements der Seine, und zwar dank einem Kompromiß zwischen Sozialisten und Radikalen, das auf vier Jahre den Vorschlag, die Ehrenstellen und die Referate zwischen Revolutionären und Bourgeois aufzuteilen. Das hindere natürlich den Bürger Landrin nicht, in einem Interview des „Cein“ („Mit“) den Jaurèsisten die Eigenschaft als Sozialisten abzusprechen, weil sie für Kompromisse seien. In Amsterdam hätten die Guesdisten für die Dresdener Resolution gestimmt, die jede Unterstützung der politischen und ökonomischen Herrschaft der heute herrschenden Klassen verweigert, zu allererst natürlich die Bewilligung des Budgets. Dabei sei aber ihr bedeutendster parlamentarischer Redner, Marcel Sembat, seit Jahren Referent für den Etat der Post und Telegraphie in der Kammer. Und die Guesdisten hätten niemals daran gedacht, ihm diese „Teilnahme“ zu verweigern. Ihre Bannflüche sparten sie sich für die Jaurèsisten auf; bei denen würden sie aber nicht ernst genommen. Denn im Grunde genommen wünschten sie ja alle dieselbe Politik zu treiben, sie wagten es nur nicht zu sagen. Sie würden unglücklich sein, wenn die Jaurèsisten das Ministerium fallen ließen. Die Abstimmungen der Jaurèsisten leisteten ihnen einen doppelten Dienst: das Ministerium bleibe am Ruder, und ihnen sei Gelegenheit gegeben, die Kompromißpolitik den revolutionären Gruppen zu denunzieren.

Durch die Furcht vor dem offenen Bekenntnis zu dieser Politik verfehlten Bailliant und seine Freunde ihre geschichtliche Aufgabe. Sie könnten heute noch die Verjüngung unter den französischen Sozialisten herbeiführen; sie seien die natürlichen Vermittler zwischen Guesdisten und Jaurèsisten: auf der einen Seite energische Revolutionäre, zeigten sie auf der andern auch Verständnis für die Aufgaben des täglichen politischen Kampfes. Aber sie hätten nicht den nötigen politischen Mut gehabt, den Mut der Verantwortlichkeit, deshalb begänne jetzt ihre Strafe; sie seien die Gefangenen von Guesde und seinen reaktionären Paradoxien, die sie zwar verabscheuten, aber nicht desavouieren konnten.

### Italien.

Die französischen Kongregationen in Italien. Nachdem das Ministerium Combes mit der Anwendung der Vereinsgesetze ernst machte, zogen es bekanntlich viele Kongregationen vor, Frankreich zu verlassen und sich anderswo anzusiedeln. Die meisten der Kongregationen, die sich dem Geetze nicht fügen wollten, sind wohl nach Belgien, Spanien und auch Amerika ausgewandert, andre gingen nach Oesterreich, der Schweiz und Italien. Um festzustellen, in welchem Maße Italien von der Einwanderung französischer Mönche und Nonnen betroffen wurde, hat die Regierung amtliche Erhebungen anstellen lassen. Dabei ist festgestellt worden, daß bis jetzt 4800 Personen, davon 800 Frauen, von Frankreich nach Italien eingewandert sind. Die Kongregationen haben Besitzungen im Werte von insgesamt 7 Millionen Frank angekauft, einige Kongregationen haben sich auch hier auf die Ausbeutung industrieller Unternehmungen geworfen. Alle diese Anläufe sind, wie dies das italienische Gesetz verlangt, durch Zivilpersonen erfolgt, so daß die Regierung gegen die Ansiedlung zunächst machtlos ist.

Wie sehr so schon Italien von Waffen und Mönchen aller Grade und Sekten beplagt ist und was diese dem italienischen Volke kosten, geht aus einer andern Statistik hervor, die soeben erschienen ist. Danach zählt Italien 20 183 Kirchengemeinden, zu denen der Staat einen Zuschuß von 27 Millionen Frank leistet. Es giebt Geistliche, die ein Einkommen von 5—10 000 Frank pro Jahr haben; daneben giebt es arme Schlicher in den Kreisen des niederen Klerus, die auf nur 900 Frank kommen. Außerdem sind in Italien nicht weniger denn 258 Bischöfe vorhanden, die vom Staate allein über 5 Millionen Frank beziehen, und einige dieser Herren haben ein Einkommen von über 100 000 Frank; einer davon hat ein solches von 800 000 Frank. Hierzu kommen aber die Nebeneinnahmen aus den geistlichen Handlungen, so daß das arme italienische Volk ca. 150 Millionen Frank pro Jahr für seine Geistlichkeit aufbringt.

Trotzdem wird der italienische Klerus nicht müde, sich über die italienische Regierung zu beschweren und über die Bedrückung zu beklagen.

#### Die Forderungen der italienischen Eisenbahner.

Rom, den 27. August. Am 1. September wird das Organ der organisierten Eisenbahner, „Il Treno“, die Forderungen des Personals veröffentlichen, die der Regierung in einem Memorandum unterbreitet werden. Als im Frühjahr 1902 der allgemeine Ausstand der italienischen Eisenbahner verhängt wurde, verpflichtete sich die Regierung, im Jahre 1905, nach dem Ablauf der Eisenbahnkonventionen, die Stellung des Personals definitiv zu regeln. Die Eisenbahner vertrauen auf die Stärke und Festigkeit ihrer Organisation; der Verein „Riscatto ferroviario“ umfaßt 30 000 Eisenbahner aller Kategorien, die „Federazione“ etwa 10 000, die dem Beschäftigungszweige nach — als Maschinenführer, Schaffner etc. in Gruppen zusammengefaßt sind. Beide Organisationen haben sich über die Forderungen geeinigt, deren Durchführung sie mit allen Mitteln bei der Regierung durchsetzen werden.

Die allgemeinen Forderungen beziehen sich auf die Gehaltszahlungen in dienstfreien Zeiten und auf die Zulagen. Es wird gefordert: im Krankheitsfalle sechs Monate volles Gehalt; für die zur Disposition Gestellten das halbe Gehalt, wenn sie weniger als 15 Dienstjahre haben,  $\frac{2}{3}$  Gehalt bei 15 bis 25 Dienstjahren,  $\frac{1}{2}$  bei mehr als 25 Dienstjahren; während des ordentlichen Urlaubs 20—30 Tage volles Gehalt, je nach dem Dienstalter; während des außerordentlichen Urlaubs die ersten 30 Tage halbes Gehalt. Zulagen sind zu gewähren: in den Malariagegenden 1,20 Lire bis 0,30 Lire täglich je nach der Jahreszeit und Verlesung; für Ueberstunden ( $\frac{1}{2}$  des Tagelohns für eine Ueberstunde am Tage,  $\frac{1}{3}$  für eine Ueberstunde bei Nacht). Ueber die Arbeitsdauer wird festgesetzt ein Maximum von acht Stunden für die anstrengenden Arbeiten, von zehn Stunden für alle übrigen. Die Ueberstunden dürfen den Arbeitstag im Höchsthall auf 14 Stunden bringen. Auf je 24 Stunden müssen zehn Stunden ununterbrochene Ruhe dem Angestellten gewährt werden; jede Woche hat er Anrecht auf 36 Stunden Ruhe hintereinander. Nachdienst darf nur sechs Tage hintereinander von demselben Angestellten gefordert werden. Uebertragungen gegen die Bestimmungen über die Arbeitszeit werden mit 1000—15 000 Lire Buße für die Bahnverwaltung, mit 20 bis 100 Lire für den Angestellten geahndet. Unfälle, die infolge von ungebührlicher Ausdehnung der Arbeitszeit eintreten, sind civil- und strafrechtlich den Vorgesetzten zur Last zu legen, die an der Ueberbürdung Schuld tragen. Schließlich wird unter den allgemeinen Bestimmungen die Anerkennung der Organisation und die Gewährung eines permanenten Freibilletts an deren Vertreter gefordert.

Es werden darauf die besonderen Fälle festgesetzt, die Recht auf Extrazuschuß geben, sowie die Höhe dieses Zuschusses. Ferner werden die Gehaltsverhältnisse und des Avancement geregelt.

So zum Beispiel erhalten die Hilfsarbeiter jährlich 780 Lire, die bis 1200 Lire steigen, außerdem alle voreweghätten Zulagen.

Der Maschinenführer steigt von einem Anfangsgehalt von 1500 Lire in 18 Jahren gradweise auf 3000 Lire. Außerdem hat er 50 Cents Zuschuß für jede Stunde Fahrt.

Die Heizer bekommen 1140 Lire jährlich und steigen in zehn Jahren auf 1650 Lire und 35 Cents Zuschuß für jede Stunde Fahrt. Die Schaffner steigen von 1200 Lire auf 1650 Lire in zehn Jahren.

Die Weichensteller fangen mit 900 Lire an und verbessern sich im Laufe von 17 Jahren auf 1500 Lire.

Die Streckenwächter beziehen anfänglich 780 Lire jährlich und steigen bis auf 1200 in 16 Jahren.

Im ganzen sind für einige 60 verschiedene Gruppen die Gehälter festgesetzt und auch das Aufsteigen in andre Gruppen (so z. B. vom Heizer zum Lokomotivführer) geregelt.

Wie hoch die Mehrforderungen des Staatsbudgets belastet werden, läßt sich noch nicht übersehen. Ein konservatives Mailänder Blatt, das aus dritter Hand einiges von den Forderungen erfahren hat, erklärt entrüstet, die italienischen Eisenbahner verdienen mehr als unsere Volksschullehrer! Traurig genug, wenn das richtig ist. Das spricht aber nur gegen die Schaffigkeit der italienischen Gemeinden und die Schaffigkeit der Lehrer, die sich nicht organisieren, um bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

### Amerika.

Ueber den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten Parker urteilt der „Social Democratic Herald“ von Milwaukee: Parker würde vor 50 Jahren ein idealer Kandidat für die Präsidentschaft gewesen sein. Heute ist er ein Anachronismus. Ihm fehlt jedes Verständnis für die ökonomische Entwicklung, er weiß nichts vom Klassenkampf, der das Land in seiner ganzen Länge und Breite durchwogt. Die Interessen der Arbeiterschaft betrachtet Herr Parker nur vom Standpunkte des Juristen, der es als seine oberste Pflicht ansieht, dem Geseh Gehorsam zu verschaffen. — Unser Bruderorgan kommt zu dem Schluß, daß die Arbeiterschaft weder für den republikanischen, noch den demokratischen Kandidaten zu stimmen hat, sondern für den sozialistischen Kandidaten Eugen Debs einzutreten hat. Dieser ist zur Zeit unaufrichtig beflissen, für seine Kandidatur und damit für die Ausbreitung des Sozialismus thätig zu sein.

Bis zum Wahltag hat er noch in unzähligen Versammlungen zu sprechen. An demselben Sonntag, wo in Amsterdam der internationale Sozialistenkongress zusammentrat, sprach Debs in Chestersfield (Indiana) in einer großen Halle vor ca. 4000 Personen. Ist auch an einen Sieg des sozialistischen Kandidaten nicht zu denken, so wird die gegenwärtige Wahlkampagne doch die Ausbreitung der sozialistischen Ideen in den Vereinigten Staaten in hohem Maße befördern.

### Die Schlacht bei Liaungang

hat auch am 31. August unentschieden weiter gelobt. Der Kampf muß nach den vorliegenden Meldungen mit äußerster Erbitterung geführt worden sein. Eine Meldung Sacharows spricht von den ungeheuren Verlusten der Japaner, verhehlt aber doch auch gleichzeitig nicht, daß auch die russischen Verluste gewaltige waren.

Das offizielle Telegramm lautet:

Petersburg, 1. September. Ein Telegramm Sacharows vom 1. September meldet: Heute sahen Teile der Armee Kuroki auf das rechte Ufer des Taitiho in der Gegend von Salan, Kaufmantan, über, wo der Fluß eine Biegung macht. Um 5 Uhr früh stellten unsere Streifwachen fest, daß eine Division Infanterie mit Artillerie und Kavallerie die Furt passiert hatte. Flußabwärts haben sie sich noch nicht gezeigt. Die Japaner gingen in zwei Richtungen vor, nach Westen und in der Richtung auf Jantai. Die übergesetzten Truppen begannen ein Gefecht, um den weiteren Uebergang zu verhindern.

Auf unserer vordersten Abteilung wurde der Kampf am 31. August außerordentlich heftig geführt von 8 Uhr abends bis 12 Uhr nachts, wo er vollständig unterbrochen wurde.

Wie der gestrige, so endigte auch der heutige Kampf für uns durchaus erfolgreich. Wie haben ausnahmslos alle unsere vordersten Stellungen behauptet. Einen besonders heftigen Kampf hatte die Division des Generalmajors Kondratowitsch auszuhalten. Das Artilleriefeuer der Japaner war sehr heftig. Unsere Truppen, die den ganzen Tag mit Schrapnells überschüttet wurden, behaupteten die ihnen anvertrauten Stellungen mit erstaunlicher Ausdauer. Nach Vorbereitung des Angriffs durch Artilleriefeuer gingen die Japaner mehrere Male zum Sturm gegen unsere Stellung vor. Einige unserer vordersten Befestigungen gingen nach hartnäckiger Gegenwehr in die Hände der Feinde über, wurden aber von uns immer wieder durch Bajonettangriffe zurückerobert. Bei diesen Angriffen ließen die Japaner eine große Menge Toten zurück. Vor einem Teil der Befestigungen war es gelungen, eine große Anzahl von Woffsgruben auszuheben, die zum Teil bis zum Rande mit Leichen des Feindes gefüllt waren. Die Verluste der Japaner müssen ungeheuer groß sein. Aber auch unsere Verluste, die auch noch nicht annähernd festgestellt werden konnten, sind bedeutend. Verwundet ist der Generalmajor Baron Stadelberg erhalten, der aber an der Front bleiben konnte. Viele Waffen der Japaner sind in unsere Hände gefallen.

Diese Meldung Sacharows, so optimistisch sie erscheinen mag, enthält doch eine für die Russen sehr bedenkliche Thatsache. Die Meldung nämlich, daß die Japaner östlich von Liaungang den Taitiho überschritten haben und damit den Russen den Rückzug nach Norden abzuschneiden drohen. Der Taitiho fließt von Osten im Bogen 3—4 Kilometer nördlich von Liaungang vorbei und biegt sich dann 30 Kilometer westlich von dieser Stadt nach Süden. Die japanischen Divisionen, die den Taitiho östlich von Liaungang überschritten haben, bedrohen die russische Rückzugslinie. Ein Teil von ihnen drang gegen die russischen Stellungen am Fluß vor, während ein anderer Teil die Eisenbahnstation Jantai bedrohte, die vermutlich durch das fünfte russische Corps gedeckt wird. Gelingt es den Japanern, die nördlich von Liaungang stehenden Russen zu werfen und die Station Jantai in ihren Besitz zu bringen, so ist die russische Verbindung mit Ruden abzgeschnitten!

Die Russen sind unbegreiflicherweise so unvorsichtig gewesen, sich gegen diese nordwestliche Umfassung nicht genügend vorzusehen. Vielleicht waren sie dazu auch nicht im Stande.

Daß die Japaner immer mehr Truppen auf die nördliche Seite des Taitiho werfen, um den Russen den Rückzug zu vereiteln, beweist auch folgende spätere Meldung Sacharows an den Generalkstab unter dem heutigen Datum:

Die Nacht auf den 1. September ist ruhig verlaufen. Bis 6 Uhr früh ist weder auf feindlicher, noch auf unserer Seite geschossen worden. Wie gemeldet wird, läßt Kuroki eine Pontonbrücke an der Uebergangsstelle schlagen.

Es kommt für die Russen nun alles darauf an, ihre Hauptpositionen im Süden von Taitiho und von Liaungang gegen den japanischen Ansturm zu behaupten. Wenn es den Japanern gelingt, die hier stehende Hauptmacht der Russen zu werfen und nördlich gegen den Taitiho hin zu drängen, so würde das für die russische Armee die Katastrophe bedeuten.

Nun haben zwar nach der Meldung Sacharows die Russen ihre südlichen Hauptstellungen bis jetzt behauptet, allein ein „Meuter“-Telegramm meldet bereits:

Tosio, 1. September. Der rechte Flügel und das Centrum der die Stellungen südlich von Liaungang verteidigenden russischen Linien haben heute nachmittag den Rückzug angetreten; die Japaner verfolgen sie.

Sollte sich diese Meldung bestätigen, so stände es bereits recht bedenklich um die russische Hauptarmee!

#### Ueber die Kämpfe um Port Arthur

wird gemeldet:

Tschifu, 31. August. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Ein Chinese, der Port Arthur am Abend des 29. August verlassen hat, meldet, daß am 27. August ein heftiger Kampf gewartet habe; die Japaner hätten verurteilt, das Fort Peluntjhan zu nehmen, aber zwei schwere Angriffe wären zurückgeschlagen und die Japaner hätten dabei 1045 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Am 28. August hätten die Japaner das neue starke Fort No. 6 angegriffen, obgleich sie einem heftigen Kreuzfeuer von den benachbarten Forts ausgesetzt gewesen waren. Nach dreistündigem ununterbrochenem Kampfe wäre es ihnen gelungen, in Fort 6 einzudringen; die Russen hätten sich in die benachbarten Forts zurückgezogen, von wo aus sie durch ein konzentrisches Feuer auf Fort 6 die Japaner gezwungen hätten, es wieder zu räumen.

London, 1. September. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Tschifu von gestern gemeldet, daß die Japaner um Port Arthur folgende Stellungen besetzt halten: im Osten die Höhe in der Nähe von Fort V, im Süden Palintscheng, im Westen Juliatou und Hongtowan. Fort V selbst ist nach Verichten von Chinesen, die am 28. August die Festung verließen, weder von den Russen, noch von den Japanern besetzt. Von Lungtatschian wurden die Japaner, die auf den benachbarten Höhen Geschütze aufzuführen beabsichtigten, abgewiesen. Es bestätigt sich, daß die Russen wieder Tschifu besetzten. Die Lebensmittel in Port Arthur sind knapp. Ein Sad Wehl kostet 11 Rubel.

# Gewerkschaftliches.

## Material für die „Germania“.

Die „Germania“ brachte dieser Tage wieder eine Anzahl Terrorismussfälle, die wir bis auf einige wenige gestern als „frommen Schwindler“ entlarven mußten. Die wenigen Fälle, in denen wir den hochhaft verlesenen Phantasten der „Germania“ nicht die tatsächlichen Tatsachen gegenüberstellen konnten, sind bekanntlich solche, bei denen für eine Unternehmung die notwendigen genauen Angaben fehlen oder der „Terrorismussfall“ sich an Orten ereignete, wo eine genaue Nachprüfung unversehens unmöglich ist.

Heute können wir nun aber der „Germania“ mit einem wirklichen und wahrhaftigen „Terrorismussfall“ und zwar aus Dortmund aufwarten, den die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ mitteilt.

Am Neubau des Konditors von der Heide am Westendweg zu Dortmund, der von dem Maurermeister Rudolf ausgeführt wird, war ein Bauarbeiter mit seinem Verbandsbeiträge sieben Wochen im Mafstande. Dies war der Anlaß, daß er von dem Baudelegierten zunächst im Guten aufgefordert wurde, seinen Verpflichtungen der Organisation gegenüber nachzukommen. Da er den Ermahnungen des Delegierten nicht folgte, wurde ihm bedeutet, daß die Kollegen nicht länger mit ihm gemeinschaftlich arbeiten würden. Der in Frage kommende Arbeiter geriet deswegen so in Wut, daß er sein Mitgliedsbuch mit den Worten: „Hier habt Ihr eure Brocken!“ in seinen Riß und es dem Baudelegierten vor die Füße warf. Die Arbeiter forderten darauf von der Firma die Entlassung des Arbeiters, auf welches Ansinnen jedoch die Firma mit der Entlassung aller Bauarbeiter antwortete.

Man sieht, ein typischer Terrorismussfall, ein Fall von denen, deren Schilderung die „Germania“ hämisch mit den Worten einzuleiten oder zu schließen pflegt: „Das sagt der „Vorwärts“ dazu?“ Nun: Was sagt die „Germania“ dazu?

Die rückständigen Verbandsbeiträge waren nämlich solche des Christlichen Verbandes, der Baudelegierte wie der größte Teil der beteiligten Arbeiter ist christlich organisiert; diese christlich organisierten Arbeiter forderten „terroristisch“ die Entlassung eines Kollegen, der nichts weiter that, als den freibestimmten Koalitionszwang von sich zu weisen, indem er das christliche Verbandsbuch zerriß.

Was sagt die „Germania“ dazu? Was die christliche Provinzpresse thut, wissen wir: sie läßt das Vorkommnis, dramatisch aufgeputzt, den freien Gewerkschaften auf den Hals. Bei dieser Presse hat die Erziehung durch das fromme Centralorgan die gewünschte Wirkung nicht verfehlt.

## Berlin und Umgegend.

Der Streik der Bildhauer bei der Firma J. C. Pfaff ist auf Grund stattgefundener Verhandlungen mit der freien Vereinigung der Holzindustriellen beendet. Die Streikenden treten am Montag in ihre alten Stellungen wieder ein. Bis auf weiteres bleibt die Sperre über die übrigen Verbstätten verhängt.

Die Lohnrückstellungen im Buchbindergewerbe. Als im vorigen Jahre der 1900 in den drei Hauptstädten der Buchbinderei: Stuttgart, Leipzig und Berlin abgeschlossene Tarifvertrag sein Ende erreichte, war es nach sehr langwierigen Verhandlungen gelungen, eine Verlängerung des Vertrages mit Erhöhungen der Stundenlöhne und einigen andern kleinen Verbesserungen auf weitere drei Jahre zu Stande zu bringen. In Stuttgart wurden die Stundenlöhne sofort auf die Höhe der Leipziger gebracht; in Leipzig aber sollte die Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. für Gehilfen und 1 Pf. für Arbeiterinnen, und in Berlin um 3 Pf. für Gehilfen und 2 Pf. für Arbeiterinnen erst am 1. September 1904 eintreten. Da dieser Zeitpunkt nun herangekommen ist, ist es Aufgabe der im Beruf tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, dafür zu sorgen, daß diese Lohnrückstellungen auch überall regelrecht durchgeführt werden. Um dafür zu wirken, fand am Mittwoch im Keller des großen Saal eine, namentlich auch von Arbeiterinnen, zahlreich besuchte öffentliche Buchbinderversammlung statt, in der A. Bergmann über die im vorigen Jahre mit dem Deutschen Buchbinder-Verein getroffenen Abmachungen sprach. Für die Mitglieder des genannten Arbeitgeberverbandes, dem auch die Berliner Buchbinderinnung angehört, sollte es eigentlich als selbstverständlich erscheinen, daß sie die Lohnrückstellungen, ohne ein Wort zu verlieren, durchzuführen. Nun ist es aber leider Thatsache, daß einige wichtige Nebenbestimmungen des Vertrags nicht wie es sein sollte beachtet worden sind. So hat z. B. das Tarifamt im ersten halben Jahre überhaupt nicht funktioniert. Nur in einem Fall hat diese höchste Instanz für Tarifangelegenheiten mit einem für alle Fälle wünschenswerten Eifer gearbeitet. Dabei handelte es sich um die Vermeidung eines Arbeitgebers gegen eine Entscheidung des Berliner Tarifgerichts. Die Laune, die die Arbeitgeber hinsichtlich dieser Nebenbestimmungen gezeigt haben, könnte vielleicht auch bei einigen hinsichtlich der Lohnrückstellungen vorhanden sein. Außer kommen eine Anzahl Arbeitgeber in Frage, die nicht dem Buchbinder-Verein angehören, die aber gleichwohl zur Durchführung des Tarifs verpflichtet sind; ferner eine Anzahl der Buchbinder in verwandter Betriebe, wie Buchdrucker und Steinbildner, und außerdem verschiedene andre Geschäfte, wo Buchbinder tätig sind, die wie ihre andern Kollegen die Lohnrückstellung verlangen und zu verlangen haben. Aus diesen Gründen ist von der Tarifkommission der hiesigen Buchbinder an alle in Betracht kommenden Arbeitgeber ein Circular versandt worden, worin sie auf die in Kraft tretenden Bestimmungen des Tarifvertrags aufmerksam gemacht, und um deren genaue Beachtung höflich ersucht wurden. Ein großer Teil der Arbeitgeber hat in zustimmendem Sinne geantwortet, einzelne mit einigen Einschränkungen, die die Arbeiter nicht billigen können, die aber wohl noch durch Verhandlungen beseitigt werden, ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kommt. Ein anderer Teil der Arbeitgeber hat jedoch nicht geantwortet, manche vermutlich deswegen, weil sie die Durchführung ihrer tariflichen Verpflichtungen für etwas ganz Selbstverständliches halten. Um nun eine möglichst schnelle allgemeine Anerkennung der neuen Bestimmungen auf so weit wie möglich friedlichem Wege zu erzielen, machte der Referent namens der Tarifkommission und der Leitung der hiesigen Jahrsstelle des Buchbinder-Vereins den Vorschlag, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen bei allen den Arbeitgebern, die nicht geantwortet haben, am 1. September vorstellig werden und um eine Erklärung ersuchen, von der sie dann der Tarifkommission Mitteilung machen sollen. Dieser Vorschlag nahm die Versammlung einstimmig an und zwar in folgender Resolution: „Die von ca. 1600 Personen besuchte öffentliche Versammlung der in Buchbinder- und verwandten Berufszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt von den eingelaufenen Erklärungen derjenigen Prinzipale, welche die im vorigen Jahre abgeschlossenen Vereinbarungen von Organisation zu Organisation anerkennen und vom 1. September 1904 ab durchführen wollen, Kenntnis. Sie verpflichtet hiermit alle Kollegen und Kolleginnen, deren Arbeitgeber Antwort nicht erteilt haben, unverzüglich bei diesen vorstellig zu werden, um sie zu bestimmten Erklärungen zu veranlassen. Von diesen Verhandlungen haben die Vertrauenspersonen am Sonnabend, 3. September, der Tarifkommission Mitteilung zu machen, die dann gemeinsam mit der Bezirksverwaltung die geeigneten Maßnahmen zu treffen hat. Die Versammlung verpflichtet sich, in allen Verbstätten für strikte Durchführung der am 1. September ab geltenden Lohnsätze mit aller Kraft einzutreten und auch in Zukunft die tariflichen Bestimmungen zu beachten.“ — Die Tarifkommission ist am Sonnabend und Montag von 5 Uhr an im Saal III des Gewerkschaftshauses anwesend.

Da die Organisation der Buchbinder in den letzten Jahren noch bedeutend an Ausdehnung und Leistungsfähigkeit gewachsen ist und fortwährend wächst, werden die Arbeitgeber wohl nichts Klügeres thun können, als die nun einmal festgesetzten neuen Bestimmungen ohne weiteres allgemein anzuerkennen.

Zur Schlächterbewegung. Zu den Forderungen, die der Gesellen-Ausschuh im Auftrage sämtlicher Berliner Fleischer-Gesellen-Vereinigungen der Berliner Fleischer-Zunft unterbreitet hat, nahm gestern Abend eine außerordentlich zahlreich besuchte Zunft-Versammlung Stellung. Die Forderungen lauten: 1. Einstellen des Tötens von Vieh an Sonn- und Feiertagen. 2. Einführung einer eiförmigen Ruhepause. 3. Durchführung der geschlossenen Sonntagsruhe. 4. Einführung eines lohnlosen Arbeitsnachweises. 5. Festsetzung eines Minimalwochenlohnes von 10 Mark. Zum Punkt 1 wird vom Gesellen-Ausschuh noch der folgende Antrag eingebracht: „Vom 1. Oktober d. J. ab werden die Sonntags-Schlachtungen eingestellt.“ Dieser Antrag wird von der Versammlung abgelehnt und folgender Antrag verlesen: „Es ist zugzugeben, daß die Schlachtungen an Sonn- und ersten Feiertagen sowie am Himmelfahrts-, Auf- und Karfreitage ohne Verletzung der Geschäftszwecke unterbleiben können. Die Durchführung der Nichtschlachtungen ist aber nur unter Berücksichtigung der maßgebenden Behörden zu erreichen, wenn diese die Schlachtungen verbieten. Ferner ist der Verkauf an den in Betracht kommenden Tagen in der Engros-Fleischerhalle behördlich zu unterlagen, auch darf nicht geduldet werden, daß in den Untersuchungsstationen gehandelt wird. Dagegen ist der Bau von Kühlanlagen, welche von den Engros-Schlächtermeistern benutzt werden, zu beschleunigen. Zur Vereinfachung der Sonntags-Schlachtungen ist die Zunft bereit, im Verein mit dem Gesellen-Ausschuh vorzugehen.“ Dieser Antrag gelangte charakteristischerweise nicht zur Annahme; es wurde vielmehr beschlossen, diese Frage den Engros-Schlächtermeister-Vereinigungen zur Erledigung zu überweisen. Den Punkt 2 genehmigte die Versammlung im Prinzip mit der Einschränkung, daß es jedem Metzger, je nach der Beschaffenheit seines Geschäfts, überlassen bleiben müsse, die den Gesellen zu gemäßen 66 Rubelstunden in der Woche auf die 6 Tage zu verteilen. Zum Punkt 3 hatte der Gesellen-Ausschuh noch den Zusatzantrag eingebracht: „Jeder Metzger darf seine Gesellen Sonntags nur drei Stunden beschäftigen.“ Dieser fand keine Annahme, es wurde vielmehr darauf hingewiesen, daß diese Frage gesetzlich geregelt sei und Hebertretungen des Gesetzes, wenn angezeigt, Bestrafung zur Folge hätten. Der 4. Punkt: Einführung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweises, wird von der Tagesordnung abgesetzt und vorläufig vertagt. Es verlaute nur, daß die Zunft noch bis zum 1. Juli 1905 durch Vertrag gebunden sei, und eventuell bereit sei, von diesem Zeitpunkte ab einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis zu errichten, aber verpflichten wolle man sich nicht jetzt dazu. Die letzte Forderung, Festsetzung eines Minimallohnes von 10 Mk. die Woche wird abgelehnt und u. a. ausgeführt, daß es im Interesse der Gesellen selber liege, wenn ein solcher nicht festgesetzt werde (1), da andernfalls der Zugang von auswärtigen derart zunehmen werde, daß die Arbeitslosigkeit, die so schon groß, noch vermehrt werde. Jeder arbeitende Geselle solle nach seiner Arbeitsleistung entlohnt werden. Der Gesellen-Ausschuh hielt die Forderungen betreffend Arbeitsnachweis und des Minimallohnes aufrecht.

Die Mitteilungen der Firma Bolle haben gestern zu einem großen Teile die Arbeit niedergelegt. Sie fordern eine Lohnrückstellung und Abschaffung der horrenden, von uns schon mehrfach kritisierten Strafen.

## Deutsches Reich.

Zu der Waggonfabrik von Linke in Breslau sind 150 Tischler in den Streik getreten. Sie fordern: 1. Einführung der neunstündigen täglichen Arbeitszeit. 2. 20 Proz. Lohnrückstellung. — Die Direction hatte keinerlei Entgegenkommen gezeigt, obwohl viermal ein Einigungsversuch gemacht wurde. Ja, man drohte mit der Aussperrung aller Arbeiter in dem Betriebe. So ist den Tischlern der Streik aufgezwungen worden. — In ganz Breslau hält sich der kleinste Tischlermeister verpflichtet, die neunstündige Arbeitszeit vertraglich hochzuhalten, nur eine Aktiengesellschaft verlangt von ihren Arbeitern, daß diese länger bei largem Lohn schuften sollen. — Die Tischler mögen Sorge tragen, daß in den Orten, wo Waggonfabriken zu verzeichnen sind, keine Streikarbeit angefertigt wird. — Die Stimmung unter den Kämpfenden ist gut.

## Depeschen-Censur.

Einige Postkuriositäten, durch welche aber diesmal gerade nicht die besondere Zündigkeit der Post illustriert wird, meldet die Königsberger „Volkszeitung“ aus Danzig. Als dort eine Anzahl Streikbrecher für die Leberkurser Farbenfabriken abgingen, begab sich ein Genosse auf das Hauptpostamt, um den Transport nach Berlin zu signalisieren. Weil aber in der Depesche das schredliche Wort Streikbrecher vorkam, wies der Telegraphenbeamte das Telegramm zurück. Erst nach längerer Auseinandersetzung und nach Eingreifen eines zweiten Beamten konnte die Depesche endgültig im Originalwortlaut abgehen. Eine ähnliche Differenz hatte der Genosse, der den Arbeitswilligentransport vor sorgfältig bis Dirschau begleitete, auf dem dortigen Telegraphenbeamten. Weniger günstige Erfahrungen machte jedoch der Genosse in Leberkurser, der ein Antwort-Telegramm nach Danzig schicken wollte. Die mehr wie harmlosen Worte: „Wilsdorf Streik. Zugang vor allem fernhalten“, wies der Beamte ab, weil in dem zweiten Teil eine Aufforderung zum Ungehorsam zu erblicken sei. In Danzig lautete denn auch das Telegramm nur: „Wilsdorf Streik!“

Eine solche postalische Depeschen-Censur ist nicht nur ungebührlich, sondern verfehlt zweifellos auch völlig den beabsichtigten Zweck, da die gedruckten Worte leicht durch irgend welche Stichworte zu ersetzen sind. Oder läßt es die postalische Kasse vielleicht ebenfalls nicht zu, wenn telegraphisch statt vor Streikbrechern vor „Ungeleser“ gewarnt wird?

Der hiesige Maurerkreis ist diese Woche durch Vermittelung des dortigen Beigeordneten Kirchner „beigelegt“ worden, d. h. die Streikenden haben kein beigegeben. Die Maurer nahmen die Arbeit wieder auf, und zwar zu den alten Lohnsätzen bis zum 17. September, dann erhalten sie einen Stundenlohn von 87 Pf. bis Ende Februar 1905. Von diesem Tage bis zum 31. März 1905 wird ein Stundenlohn von 88 Pf. bezahlt. Daß die Maurer noch nicht einmal für die nächsten Jahre den geforderten Lohnsatz von 40 Pf. durchzusetzen vermochten, zeigt die ganze Schwäche der christlichen Maurerorganisation, aber auch die Schabigheit des dortigen Unternehmertums.

Es geht auch ohne Zuchttausgesetz. Die Streikleitung der Zimmerer in Düsseldorf hat sich der Mihe unterzogen, die Bestrafungen einmal zusammenzustellen, die während und nach dem Zimmererstreik, aber infolge des Streiks erfolgt sind. Angeklagt waren 9 Zimmerer wegen Ehrverletzung, 4 wegen Verleumdung, 7 wegen Rötterung, 5 wegen Drohung und 2 wegen Mißhandlung, insgesamt also 27 Anklagen, von denen 11 durch Freispruch und 16 mit der Strafurteilung endeten. Außerdem waren noch über 10 Personen Strafmandate verhängt worden. Die Verurteilten haben insgesamt 22 Monate, 19 Wochen und 5 Tage Gefängnis zu verbüßen und 60 Mk. Geldstrafe zu zahlen. Es wäre aber durchaus verfehlt anzunehmen, daß die Zimmerer besonders roh mit den Streikbrechern umgegangen sind. Daß dieses nicht der Fall war, geht daraus hervor, daß nur zwei Angeklagte wegen Mißhandlung verurteilt werden konnten, in allen übrigen Fällen mußte die Streikbrecherreparatur werden. Aus welchem Grunde oft Anklagen erhoben wurden, aber auch Verurteilungen erfolgten, wollen wir kurz anführen. Ein Streikbrecher ging neben einigen Arbeitswilligen her und legte die Hand auf eine von denselben gehobene Fiehlarre. Das Verdict erblickte hierin eine Rötterung. Ein zweiter erhielt sechs Wochen Gefängnis, weil er zu einem Arbeitswilligen „Polack“ gesagt hatte.

Wieder ein anderer hätte die Streikbrecher ermahnt, die Arbeit niederzulegen, denn es könnte sein, daß andre Streikende nicht so gemüthlich mit ihnen sprechen würden. Das Urteil lautete wegen Bedrohung auf drei Monate Gefängnis.

Fünf Streikende erhielten je eine Woche Gefängnis, weil sie sich an einem Neubau aufgehalten hatten. Das bloße Erscheinen Streikender an einer Baustelle wird also schon als Drohung angesehen. — Ein Amtsanwalt machte es zu gut; er legte gegen die von ihm beantragte und auch erfolgte Freisprechung Streikender Berufung ein. — Man sieht an diesen Urteilen, daß es auch ohne Zuchttausgesetz geht. Ob sich aber die Zimmerer nach Anwendung dieser Justiz „gebessert“ haben, wagen wir doch zu bezweifeln.

Am der Unterweser sind die Arbeiter diverser Branchen ausgeperrt, weil sie einen sogenannten „Arbeitsnachweis“ der Unternehmer nicht anerkennen wollten. Sie behaupten nämlich, daß der Zweck dieser Institution nicht der ist, Arbeitslosen die Arbeit nachzuweisen, sondern die den Unternehmern unangenehmen Elemente unter der Arbeiterschaft brotlos zu machen. Wie recht die Arbeiter mit dieser Befürchtung haben, zeigt eine Mitteilung unfers Bremerhavener Bruderorgans. Ein Arbeiter, der im vorigen Jahre den Lohn des Unternehmertums aus bekannten Ursachen auf sich gezogen hatte, konnte seitdem in Bremerhaven keine Arbeit mehr finden. Er wandte sich schließlich nach dem jenseitigen Weserufer, wo er auch Beschäftigung erhielt. Vor kurzem kam er nach Bremerhaven zurück. Durch Vermittelung des Arbeitsnachweises der Westen bekam er eine Stellung im technischen Betriebe des Norddeutschen Lloyd zugewiesen. Dort angekommen, wurden ihm seine Papiere wieder ausgehändigt und ihm bedeutet, daß für ihn keine Arbeit vorhanden sei. So kann der Arbeiter also, wenn er nicht wieder außerhalb Beschäftigung findet, von Kapitalwegen verhungern, weil er sich weigert, nur ein blindes, seelenloses, dividenderzeugendes Werkzeug zu sein.

## Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften.

wird von deren Leitern fälschlich auf 203 000 angegeben, indem man sämtliche Eisenbahnhilfsarbeiter und Beamten-Verbände und noch eine Reihe anderer Unterstufungsverbände ganz led und vertweg mitzählt, obwohl diese Vereine durch ihren Nichtbeitritt zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ deutlich genug zu verstehen geben, wie sie selber über ihre Bezeichnung als „christliche Gewerkschaften“ denken. Mehr als der dritte Teil der obigen Zahl fällt auf den in Trier sitzenden Verband deutscher Eisenbahnhilfsarbeiter und Arbeiter. Dieser Tage hat um der Hauptvorsitzende dieses Verbandes, Herr Holz, in unzweideutiger Weise den Druck, Wiesbarts, Stegerwald und Konforten seine Meinung gesagt. In einer Verammlung in Rastatt (Weiler Trier) hat nach dem Bericht in Nr. 188 der „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ der katholische Arbeitersekretär Moos aus St. Johann ausgeführt, daß die christlichen Gewerkschaften nicht, wie behauptet wird, 203 000 Mitglieder zählen, sondern in Wirklichkeit 99 000, die übrigen hätten mit dem christlichen Verband absolut nichts zu thun, wie zum Beispiel der Holzische Eisenbahner-Verband mit seinen 54 000 Mitgliedern. Er sei von Herrn Holz, dem Hauptvorsitzenden dieses Verbandes, persönlich bevollmächtigt, öffentlich zu konstatieren, daß der Holzische Verband keine Gewerkschaft, sondern ein Unterstufungsverein sei, daß ferner Holz nicht zu den Christlichen gehöre und auch nicht dazu gerechnet sein wolle.

Die Wacker der christlichen Gewerkschaften können einem leid thun. Wenn sie nicht die Unterstufungsvereine fälschlicherweise mitzählen dürfen, sinken sie auch an Mitgliederzahl noch unter die Ditsch-Dunckerischen Gewerkschaften herunter, die ihnen auch bezüglich der Einrichtungen und des Vermögens weit überlegen sind.

## Weser.

Glaskarbeiter und Metallarbeiter. Warnung vor Kristiania (Norwegen). Die Arbeiter der Höviller Glaswerke und Lampenfabrik bei Kristiania haben zur Verteidigung ihres Koalitionsrechts die Arbeit niederlegen müssen. Die Firma sucht Ersatzkräfte in Deutschland. Der Vorstand des norwegischen Bundes der Arbeitsleute (Norsk Arbeidsmandsforbund, Kristian, Brogaden 7) warnt alle Glas- und Metallarbeiter, nach Höviller-Kristiania zu reisen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

## Aussperrung der Glaskarbeiter im Becken von Charleroi.

Seit gestern früh haben sämtliche Glashütten im Becken von Charleroi ihr Feuer ausgelöscht. Die Einstellung der Arbeit ist allgemein. Nur eine Glashütte in Marquines, bei der keine Aussperrung vorgenommen wurde, arbeitet.

Die Bewegung in Marseille gewinnt weiter an Umfang. So haben die Dampfmaschinenbesitzer beschlossen, ihre Mühlen zu sperren; dadurch werden 8000 Arbeiter beschäftigungslos. Der Präsident der Dandelskammer setzt seine auf Beendigung des Ausstandes abzielenden Schritte fort.

Aus Cetta meldet „Wolfs Bureau“ vom 1. September: Auf Anordnung von Marseille hat heute hier der allgemeine Ausstand der Dockarbeiter begonnen.

Der Ausstand in Chicago. „Reuters Bureau“ meldet aus Chicago: Alle Metzgergehilfen sind in den allgemeinen Ausstand eingetreten. Die Beamten der Great Union erklären, daß 15 000 Schlächter dem Ausstande der Packer beigetreten sind und der Fleischmarkt ernstlich gefährdet sei.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

## Reichstagswahl-Resultat.

Bei der heute im Reichstagswahlkreise Schaumburg-Lippe stattgefundenen Reichstagswahl wurden abgegeben: für den Kandidaten aller Liberalen, Gewerkschafts-Anwalt Dr. Hans Crüger-Charlottenburg (freisinnige Volkspartei), 1452, für den Kandidaten der Antisemiten, Konfessionslose und Agrarier, Amtsgerichtsrat Dr. Bransternann-Stadthagen, 858 und für den socialdemokratischen Kandidaten Klingenhagen-Gersford 2191 Stimmen. Somit findet Stichwahl zwischen Bransternann (Antif.) und Klingenhagen (Soc.) statt.

Die Neuwahl ist durch den Tod des bisherigen Vertreters, des nationalliberalen Reichstags-Abgeordneten Deppe, notwendig geworden. Bei der Hauptwahl am 16. Juni 1903 wurden abgegeben: für den nationalliberalen Kandidaten 3928, für den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei 1256 und für den socialdemokratischen Kandidaten 2310 Stimmen, außerdem wurden 375 antisemitische Stimmen gezählt.

In der Stichwahl siegte Deppe (nationalliberal) mit 4562 gegen 3241 socialdemokratische Stimmen.

## Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 1. September. (W. L. B.) Ein dem „Reuterschen Bureau“ aus Shanghai zugegangenes Telegramm besagt, die Japaner hätten heute nach viertägigem schweren Kampf Liaojang besetzt. Auf russischer Seite treffen zur Zeit beträchtliche Verstärkungen ein.

Tokio, 1. September. 5 Uhr abends. (Wendung des Reuterschen Bureaus.) Es heißt, die Japaner hätten heute Liaojang genommen. Eine Bestätigung der Nachricht liegt nicht vor.

Tokio, 1. September. (Wendung des Reuterschen Bureaus.) In der Frühe des heutigen Tages machte der linke Flügel der Japaner mit Erfolg einen wilden Angriff auf die Höhen von Hinikun, westlich von Saichanberg, und durchbrechen die russische Linie. Dieser Erfolg machte wahrscheinlich den darauf folgenden Rückzug des Centrums und des rechten Flügels der Russen notwendig. Hier glaubt man, Kuropatkin sei völlig geschlagen, seine Verluste bei den Stürmen auf Liaojang seien beträchtlich. Kuropatkin's Verluste an den Tagen vom 24. bis 28. August waren 2355 Mann.

Socialdemokratie und Staatsform.

Unter diesem Titel bringt K. E. im „Vorwärts“ vom 30. August eine Polemik gegen meine Ausführungen in der „Neuen Zeit“ über die Bedeutung der Republik für den proletarischen Klassenkampf.

Ich muß darauf hinweisen, daß ich nicht den Artikel vom vorigen Jahre, sondern die jüngste Rede Vebels zu interpretieren suchte.

Ich glaube kaum, dann aber ließe seine ganze Darlegung auf den Versuch hinaus, indirekt einen Widerspruch zwischen dem Vebel von heute und dem vom vorigen Jahre zu konstruieren.

Es ist ein großer Fehler, der sich aber immer wiederholt und der namentlich bei den Beweisen für angeblich vollzogene Wausierungen der Socialdemokratie eine bedeutende Rolle spielt.

So auch hier. Was als Widerspruch zwischen dem Vebel vom September 1903 und dem vom August 1904 erscheinen mag, ist in Wirklichkeit ein Widerspruch zwischen den Genossen, gegen die er seinen Standpunkt zu verteidigen hatte.

Sind aber seine Argumente in dem einen und dem andern Fall verschieden, so sind sie nicht mit einander unvereinbar; auch mit dem, was ich jetzt in der „Neuen Zeit“ entwickelt habe, ist der Standpunkt, den dort Vebel vor einem Jahre darlegte, sehr wohl zu vereinigen.

Wie Vebel damals, erkläre ich jetzt, daß die Republik für das kämpfende Proletariat von äußerster Wichtigkeit ist, daß es dort seiner Befreiung näher steht als in der Monarchie.

Man muß scharf unterscheiden zwischen republikanischer Bourgeoisie und republikanischer Staatsform. Die Anerkennung der Wichtigkeit der einen für den Befreiungskampf des Proletariats darf uns nicht blind machen gegen die große Tatsache, daß gerade weil die Republik diesen Befreiungskampf begünstigt, die Bourgeoisie in der Republik dem Proletariat gegenüber nervöser und strupelloser verfährt als in der Monarchie.

In der Republik entwickeln sich bei gleicher ökonomischer Höhe die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat früher und schärfer, als in der Monarchie. Nichts ist irriger, als die Behauptung K. E.'s:

„Es widerspricht den Tatsachen und stellt das wirkliche Verhältnis auf den Kopf, daß die reinere und schroffere Form des Klassenkampfes in den Republiken zur Geltung komme.“

Ein Blick auf die Geschichte genügt, diese Schablone aber den Haufen zu werfen. Es war die französische Republik, die Babeuf löpfe, die die Blutbäder vom Juni 1848 und Mai 1871 auf dem Gewissen hat.

Es war andererseits die Monarchie, die versuchte, die deutschen Arbeiter durch die Geschenke des allgemeinen Wahlrechts und der Arbeiterversicherung zu gewinnen.

Damit wollen wir natürlich nicht sagen, daß die Monarchie dort, wo sie sich bedroht fühlt, gegen ihre Widersacher weniger brutal vorgeht als die bürgerliche Republik gegen die Arbeiter.

Wenn aber der angebliche Widerspruch zwischen Vebel und mir oder zwischen dem Vebel, der Bollmar und Böhre kritisiert, und dem, der Jaurès kritisiert, sich in Wirklichkeit in einen Widerspruch zwischen Jaurès und seinen deutschen Gesinnungsgenossen auflöst.

Im übrigen erscheint uns die binnen Jahresfrist so seltsam veränderte Umschreibung revisionistischer Ziele — vom monarchischen zum republikanischen Aberglauben — die Einsicht dafür zu schärfen, ob es der tieferen Erkenntnis und der fruchtbaren Klärung parteigenössischer Streitfragen dient, mit dem Stempel fester Richtungsparole allzu eifrig zu arbeiten.

Diese „Einsicht“ wurde bei mir leider nicht „geschärft“, denn ich bin der Meinung, daß auch der Widerspruch zwischen dem „monarchischen“ und dem republikanischen Aberglauben — um diese Terminologie beizubehalten — nur ein äußerlicher ist und bei tieferer Einsicht sich in eine höhere Einheit auflöst.

der Widerspruch kein zeitlicher, sondern ein räumlicher. Wir haben nicht vor Jahresfrist den „monarchischen Aberglauben“ des Revisionismus und heute den republikanischen, sondern wir haben in monarchischen Ländern, so am auffallendsten in Italien und England, den monarchischen, in republikanischen den republikanischen „Aberglauben“ des Revisionismus, das heißt, wir finden überall bei ihm den gleichen „Aberglauben“, daß mit dem bestehenden Staatswesen sich ankommen lasse.

Derselbe Jaurès, der jetzt in seiner „Humanität“ die Einigungsaktion damit einleitet, daß er als ihre Vorbedingung verlangt, die sozialistische Partei Frankreichs solle die Ausführungen über die bürgerliche Republik desavouieren, die Guesde in Amsterdam gethan, er hat vor Jahresfrist die wärmsten Sympathien für die in Deutschland beantragte Hofjägererei an den Tag gelegt.

Löst sich also der anscheinende Gegensatz zwischen republikanischem und monarchischem Aberglauben im Revisionismus in die höhere Einheit auf, daß er trachtet, sich mit jeder jeweiligen Regierung abzufinden, so löst sich auf der andern Seite der anscheinende Gegensatz zwischen der Bekämpfung des monarchischen und des republikanischen Aberglaubens dahin auf, daß wir überall am schärfsten jene bürgerliche Regierung bekämpfen, die uns gerade gegenüber steht, daß wir daher in der bürgerlichen Republik dem republikanischen Aberglauben ebenso zu Leibe gehen müssen, wie in der Monarchie dem monarchischen.

Ich hätte mir gern diese Erneuerung einer Revisionistenrede erpart, nach der ich nicht das geringste Verlangen trage. Nachdem K. E. sie aber einmal aufs Tapet gebracht, war es notwendig, jedem möglichen Mißverständnis vorzubeugen.

R. Kautsky.

Kautsky stellt also eine „höhere Einheit“ her, welche die von ihm als scheinbar, als äußerlich zugegebenen Widersprüche zwischen der schroffen und unbedingten Verdrängung der Republik im Vorjahre und der neuerlichen seitdemigen Reigung, der Monarchie sogar einige Vorzüge gegenüber der Republik zuzugestehen, auflösen soll.

Eine „Einheit“ mag Kautsky zu Stande gebracht haben, eine „höhere“ aber ist sie sicher nicht. Denn wenn die Einheit lediglich darin bestehen soll, daß sowohl der republikanische wie der monarchische Aberglauben vom Vebel ist, so wäre das ein sehr mäßiger Ertrag dieser und der Amsterdamer Debatte.

Rum meint Kautsky, im Dienste der „höheren Einheit“ des scheinbaren Widerspruches, es sei ja selbstverständlich, daß man in der Polemik je nach dem Gegner die Argumente wähle und wechsele. In der That: selbstverständlich. Aber welche Argumente man auch immer vorträgt, das jeweilige Argument selbst muß richtig, eindeutig sein.

Ich habe nun behauptet und nachzuweisen versucht, daß Kautskys jegliche Argumente mit denen Vebels vom Vorjahre nicht zu reimen sind, daß die jeglichen falsch, die damaligen der alten richtigen socialdemokratischen Tradition entsprechen.

Ich gebe zu — weil ich das ehrlicher und offener Weise muß — daß einzelne Wendungen Vebels in Amsterdam befremdend klangen. Aber jedes Mißverständnis wurde durch die weiteren Ausführungen Vebels ausgeräumt, in denen er vollständig seine Ueberzeugungen vom Vorjahre vertrat.

Ich habe in meinem ersten Artikel den Unterschied zwischen der bürgerlich-republikanischen oder auch nur parlamentarischen Demokratie und der im Absolutismus steden gebliebenen Monarchie dahin präzisiert, daß in der bürgerlichen Demokratie aus ihren eigenen Existenzbedingungen heraus das Proletariat von den verschiedenen Gruppen der herrschenden Klassen weit intensiver umworben werden muß, als in der Monarchie, daß daher in ihr der Klassenkampf verschleierter erscheint.

Ich weiß nicht recht, ob Kautsky diese Anschauung nicht auch hat; aber einzelne Ausführungen über militärische Aufgebote gegen

Streiks usw. scheinen meiner Auffassung doch zu widersprechen. Man braucht aber nicht bis zur französischen Revolution, auch nicht bis zur Kommune zurückzuweisen, um die Thatsache zu erhärten, daß es keine borniertere und grausamere Klassenherrschaft giebt, als in der absolutistischen Monarchie.

Es ist immer dasselbe Argument der militärischen Streikbekämpfung und der preussischen Steuer-Gesetzgebung, welche gegen die französische Republik und für die preussische Monarchie angeführt werden. Es ist begreiflich, wenn solche dürftigen Schaustücke in dem französischen Parteistreit von französischen Genossen vorgetragen werden; aber es ist unverständlich, daß man in dem Deutschland des Socialistengesetzes, der Justizhausbudgets, der Gesunde-Ordnung, des Kontrahierungsgesetzes, in dem Deutschland von Löbau und Laurahütte solche Argumente ausspielt.

Man hört vom „guten Richter“. Diese blutrünstige französische Bourgeoisie hat ihre Richter so schlecht erzogen, daß sie ihr im Kampf gegen streikende Arbeiter nicht helfen und diese monarchistisch abgeschwächte deutsche Bourgeoisie hat ihre Richter so vorzüglich ausgebildet, daß jede Strafkammer ein Regiment ersetzt.

Man bedenke, daß die Grundsteuer außerordentlich hohe Beträge in Frankreich liefert, während in Preußen die Grundsteuer-Regulierung auf eine Liebesgabe für die Großgrundbesitzer hinausläuft.

Aber, so sagt Kautsky, die deutsche Monarchie versucht, die Arbeiter durch die Arbeiterversicherung zu gewinnen. Auch dieser Hinweis ist eine bedenkliche Revision unserer bisherigen Anschauung.

Die Monarchie „möchte als der patriarchalische Wohltäter aller Klassen erscheinen. Aber sie kann keiner geben, ohne der andern zu nehmen.“ Von den widersprechenden Forderungen ihrer Situation genötigt, zugleich wie ein Taschenspieler in der Notwendigkeit, durch beständige Ueberraschung die Augen des Publikums auf sich zu richten, zu halten, bringt sie die ganze bürgerliche Wirtschaft in Wirrwarr, toftet alles an, was der Revolution von 1848 unantastbar schien, macht die Einen revolutionärsgehudlig, die Andern revolutionärslustig und erzeugt die Anarchie selbst im Rahmen der Ordnung, während sie zugleich der ganzen Staatsmaschine den Heiligenschein abstreift, sie profaniert, sie zugleich ekelhaft und lächerlich macht.

Das ist ungefähr das Höchste, was die Monarchie, „die keine direkte Klassenherrschaft ist“ leisten kann. Karl Marx hat das Bild im 18. Brumaire gezeichnet. Ich ziehe mit Vebel auch die blaueste Monarchie diesem „Interferensgleich“ vor!

Ich glaube ja nicht, daß für Deutschland es sehr notwendig ist, über das Wesen der Monarchie und der Republik Diskussionen anzustellen. Die Monarchie der deutschen Gegenwart läßt eine Konfusion der Vorstellungen über die Staatsform nicht aufkommen, eine Konfusion, die entweder zu Raumam oder — Friedeberg führen müßte.

Die bürgerliche Republik ist eine unverhüllte Klassenherrschaft der Bourgeoisie; sie würde die Schandzustände, die heute der Berliner Kommunalparlament in der Residenz und die Sonnen-, Anarkie in Frankfurt a. M. geschaffen hat, zu deutschen Staatseinrichtungen erheben; sie würde in Deutschland ein Ministerium Richter-Sonnenmann-Spahn abwechseln lassen und die beispiellose Niedertracht des deutschen Unternehmertums bei Arbeitskämpfen mit blauen Hosen und Kartätschen bewaffnen.

Wenn die Dinge allerdings so stehen, wenn das der einzige Fortschritt einer deutschen Republik ist, daß sie zur bisherigen Niedertracht des Unternehmertums noch die blauen Hosen fügt, dann wäre es ja ein Frevel, auch nur republikanisch zu denken, geschweige eine Republik zu erstreben. Auch Kautskys Kunst der höheren Einheit würde es nicht fertig bringen, diese Wendung mit Vebels Meinung zu vereinigen, daß auch die blaueste Republik unendlich besser sei als die deutsche Monarchie.

# Partei-Nachrichten.

Lassalle als Diktator.

In der „Frankfurter Volksstimme“ veröffentlicht Genosse Quard einen bisher unbekannt gebliebenen Brief Lassalles, der ein wichtiges geschichtliches Dokument ist. Der Brief ist an den damals in Solingen lebenden Arbeiter Rösler, der, wie aus dem Briefe hervorgeht, Lassalle gegenüber Bedenken geäußert hatte über den Entwurf zu den Statuten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, insbesondere über die darin vorgesehene Diktatur des Präsidenten. Der Brief lautet mit allen durch die Eile der Abfassung erklärlichen Flüchtigkeiten — Lassalle stand im Begriffe, nach Frankfurt a. M. zu reisen, als er ihn schrieb —:

Lieber Rösler,  
auf Ihre Zuschrift diene zur Antwort

1.) daß die Statuten nicht von mir verfaßt sind, sondern hier vom Oberbürgerm. Hegler, ich sie vor dem Druck zwar genehmigt, hier und da abgeändert und vorläufig gebilligt habe, aber selbst am 23. manche Aenderungen noch beantragen werde

2.) daß der Punkt: Präsident u. Vorstand müssen entscheiden können, wer Arbeiter ist im Sinne des Vereins, absolut notwendig ist. Sonst wird der Verein sofort von Bourgeois überflutet u. es ist ein Bourgeois-Verein unter dem Namen eines Arbeitervereins. Dies muß durchaus vermieden werden, sonst unterbleibt der Verein besser ganz. Es giebt aber nicht leicht ein anderes Mittel es zu vermeiden, denn objectiv festlegen: wer Arbeiter ist u. wer nicht, wäre sehr schwierig und könnte überdies wieder sehr (Anfang der 2. Briefseite) tüchtige Elemente ausschließen. (Vielleicht kann man eine Classe außerordentl. Mitglieder, ohne Stimmrecht, anlegen. Aber in Bezug auf die ordentlichen muß es immer bei der Bestimmung bleiben) Darüber bin ich sowohl wie Rodbertus ganz fest entschlossen. Sonst arbeiten wir nur den Gegnern in die Hände.

3.) Die Dauer des Präsidiums betrachte ich als offene Frage, ebenso gut 5, wie 4 oder 3 Jahre. Obson ich nicht glaube, daß man zu 3 Jahren leicht einen sehr tüchtigen Mann finden wird. Denn es ist natürlich daß der Erste die meiste Qual hat um die ganze Sache einzurichten und es denkt nicht jeder so, daß er sich abarbeiten, um alle Resultate davon seinen Nachfolgern zu überlassen.

4.) Wer auch Präsident sei, die Präsidialgewalt muß so diktatorisch als möglich organisiert sein. Sonst ist nichts vorwärts (Anfang der 3. Briefseite) zu bringen. Die individuelle Vielschwärmerei wollen wir den Bourgeois überlassen. Wenn der Arbeiter, u. zwar sogar alte und gute Arbeiter wie Sie noch nicht so weit ist dies einzusehen u. zu begreifen, daß seine Angelegenheiten nur durch energische Diktatur vorwärts gebracht werden können, dann ist's noch zu früh.

5.) Sie würden sich erstaunlich irren, wenn Sie glaubten, daß ich mich danach sehne, Präsident des Vereins zu werden. Wenn ich die Wahl annehme, so würde ich glauben, den Arbeitern das allergrößte Opfer zu bringen, ein noch größeres sogar, als ich ihnen jetzt dadurch gebracht habe, daß ich das wüthige Schreien u. Beschimpfen der ganzen deutschen Presse auf mich genommen habe.

Ich bin vielmehr noch keineswegs entschlossen, wenn ich gewählt werde, anzunehmen, gedens das vielmehr von der Zahl der Arbeiter abhängen zu lassen. Ist diese nicht beträchtlich, so kann ich der Sache der Arbeiter viel besser (Anfang der 4. Briefseite) auf andere Weise nützen, als durch die Annahme der Präsidiums, durch welche meine ganze Zeit occupiert und jeder wissenschaftl. Thätigkeit fast entzogen wird.

Wenn aber auch die Zahl beträchtlich genug ist, um mich zur Annahme zu bestimmen, so würde ich es doch nur dann thun, wenn die Entscheidung, ob einer Arbeiter ist oder nicht, wo dies freitig wird, in meiner Hand liegt, die Wahl auf mindestens 3 Jahre geschieht und die Befugnisse so diktatorial als möglich sind.

Wenn nicht, kann ich Euch weit mehr in anderer Weise nützen. Dies zur Antwort mit bestem Gruß, eiligst  
Berlin 12. 5. 63. J. Lassalle.

## Redakteur und Schriftsteller.

Von den Parteigenossen in Dresden-Neustadt wird bekanntlich folgender Antrag an den Parteitag gestellt:

„Der Parteitag wolle beschließen: Redakteuren an Zeitungen, die im Parteiverlag erscheinen, ist die Mitarbeit gegen Honorar an anderen Zeitungen, politischen und wissenschaftlichen Revuen, Genossenschaftsblättern usw., sowie die Herausgabe eigener Broschüren fernertbin nicht mehr zu gestatten. Die Verleger von Zeitschriften sind gehalten, Arbeiten von angestellten Redakteuren abzulehnen.“

Die „Vergißte Arbeiterstimme“ in Solingen bemerkt dazu:

„Wir halten dafür, daß der Antrag sehr zeitgemäß ist; wer die Verhältnisse in unserer Parteipresse kennt, wird wissen, daß eine ganze Anzahl fest besoldeter Redakteure mehr Zeit auf ihren Nebenberuf, als auf die aktuelle Ausgestaltung des Blattes verwenden, das sie befordern.“

Diese Betrachtungsweise ist unzulänglich. Zunächst hat jede Zeitung Interesse daran, eigene Korrespondenzen aus größeren Orten zu haben. Freie Schriftsteller haben wir aber nur in ganz wenigen Orten des Reiches. Davon abgesehen: Schriftstellerische Arbeit ist individuelle Arbeit, selbst wo es sich nur um einfache Korrespondenzen handelt. Der Korrespondent muß Thatsachen erfahren können, er muß das Wichtigste vom Unwichtigen scheiden können, er muß — bei den besonderen Umständen, unter denen die Presse in Deutschland zu arbeiten gezwungen ist, und bei den besonderen kritischen Aufgaben — der sozialdemokratischen Presse — das Beweissbare vom Unbeweisbaren scheiden können, er muß gewissenhaft und zuverlässig sein, er muß die Thatsachen richtig beurteilen können und er muß sie darzustellen verstehen. Danach muß eine Zeitung bei der Auswahl ihrer Korrespondenten in erster Linie fragen: Was für Tageszeitungen gilt, gilt in noch höherem Grade für wissenschaftliche Zeitschriften, für Revuen, für Broschüren usw. Die Kenntnisse, die Urteilsfähigkeit, die Kunst der Darstellung sind ausschlaggebend für die Auswahl der Mitarbeiter und jede Zeitung oder Zeitschrift hat das selbstverständliche Bestreben, die besten, urteilsfähigsten Mitarbeiter zu gewinnen. Auch Agitationsbroschüren leiden nicht darunter, wenn sie von den Tüchtigsten, den Kenntnisreichsten verfaßt werden.

Schließlich hat auch ein Redakteur einmal das Bedürfnis, etwas zu schreiben, zu einer Frage seine Meinung zu sagen, für deren Behandlung das von ihm redigierte Blatt nicht die geeignete Stelle ist. Das alles verbieten zu wollen, wäre eine Engherzigkeit, eine Kurzsichtigkeit, die nur der Partei selber schaden würde.

Man kann auch keine Rechtfertigung dafür finden, den Redakteuren generell vorzuschreiben, wie sie ihre freie Zeit verwenden sollen. Darüber hat jeder freie Mensch selbst zu bestimmen. Man kann nur verlangen, daß der Redakteur seinem Blatte gegenüber seine Pflicht thut. Ob er das thut oder nicht, ist von Fall zu Fall zu prüfen. Leistet ein Redakteur für das ihn beschäftigende Blatt nicht das, was man billigerweise von ihm verlangen kann, dann hat es ja der Verlag in der Hand, ihn zu entlassen.

In dem Dresdener Antrage wird auch davon geredet, daß die Mitarbeiter nicht gegen Honorar erfolgen dürfe; es scheint sonach, daß die Antragsteller die Mitarbeit ohne Honorar gestatten wollen. Darüber zu reden, erübrigt sich, es genügt die Bemerkung, daß die Zeitungen an der Honorierung ihrer Mitarbeiter ein größeres Interesse haben als die Mitarbeiter.

# Lokales.

## Die Zwangstaufe eines Berliner Waisenkindes,

von der wir vor einigen Wochen Mitteilung machten, sollte nach einer von der Waisenverwaltung und zugewandten Verächtlich keine Zwangstaufe sein. Es wurde in dieser Zuschrift behauptet, das betreffende Kind sei „nicht gegen den Willen und ohne Wissen der Eltern“ getauft worden. Die Mutter, Frau M., habe im Waisenhaus bei der Aufnahme ihres Kindes ausdrücklich die Frage, ob die Taufe gewünscht werde, mit „ja“ beantwortet.

Es ist uns aus Gründen äußerer Art erst jetzt möglich geworden, eine mündliche Rücksprache mit Frau M. über dieses Schreiben herbeizuführen. Frau M. erklärt, nichts davon zu wissen, daß sie „ja“ gesagt habe. Eruierlich sei ihr jetzt nur, daß man ihr im Waisenhaus einige Zeit nach Aufnahme des Kindes mitgeteilt habe, das Kind sei nun getauft. Aber vielleicht hat sie inzwischen vergessen, daß sie damals eingewilligt hatte. Wir sind bereit, es ohne weiteren Beweis zu glauben, daß die Waisenverwaltung formell die Einwilligung der Mutter gehabt hat.

Doch das Kind hatte noch einen Vater. In der Zuschrift der Waisenverwaltung wird der Vater, der Ehemann der Frau M., merkwürdigerweise gar nicht erwähnt. Es wird zwar behauptet, daß das Kind nicht gegen den Willen und ohne Wissen „der Eltern“ getauft worden sei, aber hinterher wird nur von der Mutter und ihrem Wunsche gesprochen. Der Waisenverwaltung kann nicht unbekannt sein, daß in solchen Dingen der Vater nicht nur gleichfalls mitzureden hat, sondern sogar den Ausschlag geben darf. Hat nun Herr M. eingewilligt? Ist er überhaupt gefragt worden? In der Zuschrift der Waisenverwaltung steht hierüber, wie gesagt, nichts. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man daraus den Schluß zieht, daß der Vater nicht um seine Einwilligung erlucht worden ist. Herr M. selber berichtet uns, man habe ihn thatsächlich nicht gefragt, und er habe von der im September 1903 vollzogenen Taufe erst im Juni 1904 Kenntnis erhalten, nachdem er Verdacht geschöpft hatte und die Waisenverwaltung dann auf Anfrage Auskunft erteilt hatte. Ruhte Herr M. gefragt werden? Damals war er nervensehend und befand sich in einer Heilanstalt. Er erklärt aber auf das Bestimmteste, daß er nicht entmündigt worden sei, und seine Frau sowie seine Mutter bestätigen das. Hat man im Waisenhaus aus irgendwelchen Angaben der Frau gefolgert, der Mann sei entmündigt? Hat man durch amtliche Nachweise sich vergewissert, daß diese Annahme zutrifft? Es ist dringend notwendig, daß die Waisenverwaltung auch hierauf noch antwortet, damit volle Klarheit geschaffen wird. Wir sind gern bereit, eine nochmalige Zuschrift der Waisenverwaltung zu veröffentlichen.

Aber selbst, wenn man im Waisenhaus in allem und jedem nach Vorschrift gehandelt hätte, wenn wirklich die Mutter „ja“ gesagt hat, wenn thatsächlich der Vater diesmal nicht mitzureden gehabt und die Waisenverwaltung sich dessen durch amtliche Nachweise vergewissert haben sollte, so bleibt doch immer noch ein Punkt, der der Aufklärung bedarf. Wie kam man überhaupt zu der Frage, ob Taufe gewünscht werde? Geht das die Waisenverwaltung etwas an? Mühte man sich nicht sagen, daß in solcher Lage eine solche Frage geeignet ist, einen Druck auf eine Mutter auszuüben? Hat man nicht gemerkt, daß Frau M. froh war, nur die Aufnahme ihres Kindes zu erreichen? Die Mutter erzählt uns, sie habe nachher, als sie das Kind aus dem Waisenhaus zurückgeholt hatte, gemeint, daß es nach wie vor religionslos sei. Als religionslos sei es auch der Polizei noch beim nächsten Wohnungswechsel gemeldet worden.

Wir vermuten, daß der Vater noch nach Jahren bei der Einschulung sein Kind als religionslos hätte blicken lassen, wenn er nicht inzwischen Verdacht geschöpft und sich Aufklärung verschafft hätte. Das kommt davon, wenn die Berliner Waisenverwaltung aus Liebdeinerlei für die Kirche sich in Dinge hineinmengt, die sie gar nichts angehen und ein ihr anvertrautes Kind taufen läßt, ohne den Vater zu fragen oder ihn nachträglich davon in Kenntnis zu setzen.

## Der Mörder der Margarete Kojshored verhaftet und geständig.

Ueberraschend schnell ist es der Kriminalpolizei gelungen, ein Kapitalverbrechen, dessen Aufklärung zunächst fast unmöglich erschien, durch Ermittlung und Festnahme des Täters der Gänze entgegenzuführen. Der Fall lag, wenn man die Verhältnisse der Millionenstadt berücksichtigt, verzeiwelt. Das Verbrechen lag vier Wochen zurück, die Leiche war bei der Entdeckung bis zur Unkenntlichkeit verwest. Schon nach wenigen Stunden aber war die Person der Ermordeten an den Kleidern festgestellt und nach weiteren 24 Stunden sah der Mörder geständig hinter Schloß und Riegel.

Der Mörder ist der am 14. Januar 1872 zu Dzierwa im Kreise Inowrazlaw geborene Schuhmachermeister Dskar v. Wuffe aus der Frankfurter 39, derselbe Mann, der der Kriminalpolizei anzeigte, die Ermordete am feinsten Tage mit einem verdächtigen Menschen vor der Thür gesehen zu haben, der aber erklärte, in dem verhafteten Kutscher Max Kohn diesen Menschen nicht wiederzuerkennen.

Der Befund im Sandkeller, besonders aber die ganze Lage und Beschaffenheit der Leiche brachte die Kriminalpolizei schon bald zu der Ueberzeugung, daß der Täter nur in dem Hause Frankfurterstraße 39 selbst zu suchen sei. In dieser Ueberzeugung wurde sie bekräftigt durch alle Angaben über das Wesen des ermordeten Mädchens, das niemals einem Fremden gefolgt wäre. Die nähere Verfolgung der Leiche machte es auch sehr wahrscheinlich, daß der Körper erst nach Eintritt der Todesstarre an den Fundort gebracht und verscharrt worden sei. Auf von Wuffe lenkte sich dann der Verdacht auf verschiedene Gründe. Die Ermittlungen ergaben, daß er oft vor seinem Laden herumlungerte und Kinder an sich lockte. Dazu kam, daß er längere Zeit die Hausreinigung hatte und daher mit allen Verhältnissen des Grundstücks, namentlich auch mit dem Sandkeller durchaus bekannt war. Er wußte überall und in allen Dingen genau Bescheid und konnte nach Lage aller Verhältnisse sehr wohl auch am hellen Tage ungeschrien die Leiche von der Wohnung nach dem Keller geschafft haben. Dazu kam ferner, daß er, weil seine Frau verreckt war und sein Gefelle zum Mittagessen weggeht, über Mittag ganz allein in seiner Wohnung war.

Alle diese Verdachtsmomente wogen so schwer, daß sich Kriminalkommissar Dr. Groß, der die Ermittlungen leitete, gestern entschloß, mit Kriminalkommissar Bonberg und mehreren Beamten nicht nur den Sand im Keller, sondern auch die Wohnung von Wuffes gründlich zu durchsuchen. Während der Verdächtige einstweilen noch als Zeuge in der Vorbesatz auf dem Polizeipräsidium vernommen wurde, machten die Beamten in seiner Wohnung die entscheidende Entdeckung. Vier Wochen nach der That fanden sie dort noch Ueberreste von dem Strohhut, den das Mädchen an seinem letzten Lebenstage getragen hatte. Sie waren zwar angefangen, aber, besonders die Hutschleife, noch so gut erhalten, daß die Mutter der Ermordeten und auch Frau Dahn sie sofort erkannten.

Nun war jeder Zweifel an der Schuld des Verdächtigen gehoben. Die Beamten führen nach dem Polizeipräsidium zurück und Dr. Groß sagte hier von Wuffe die That auf den Kopf zu. Zunächst leugnete der Beschuldigte und beteuerte seine Unschuld. Als man ihn aber das ganze Belastungsmaterial nach und nach aufzählte, brach er unter dessen Wucht zusammen und legte ein umfassendes Geständnis ab.

Hiernach lockte er das Kind, das er kannte wie es ihn, am 3. August nachmittags um 2 Uhr in seinen Laden und nahm es von dort in seine Küche mit, um es zu vergewaltigen. Als das Kind, bevor er dazu kam, um Hilfe rufen wollte, bekam er Angst, und aus Furcht vor Strafe beschloß er nun, es ums Leben zu bringen. Er packte sein unschuldiges Opfer in sein Bett und erstikte es mit dem Kopfkissen. Die Leiche verbarg er dann unter dem Bettzeug, bis sie vollständig erstarrt war. Dann trug er sie noch am helllichten Tage unbemerkt nach dem Keller und verscharrte sie im Sande. Als ob nichts geschehen wäre, ging der Mörder dann wieder seiner Beschäftigung nach, und wenn später die Rede auf das verführerische Mädchen und die ergebnislosen Nachforschungen nach

K. E.

# Lokales.

## Die Zwangstaufe eines Berliner Waisenkindes,

von der wir vor einigen Wochen Mitteilung machten, sollte nach einer von der Waisenverwaltung und zugewandten Verächtlich keine Zwangstaufe sein. Es wurde in dieser Zuschrift behauptet, das betreffende Kind sei „nicht gegen den Willen und ohne Wissen der Eltern“ getauft worden. Die Mutter, Frau M., habe im Waisenhaus bei der Aufnahme ihres Kindes ausdrücklich die Frage, ob die Taufe gewünscht werde, mit „ja“ beantwortet.

Es ist uns aus Gründen äußerer Art erst jetzt möglich geworden, eine mündliche Rücksprache mit Frau M. über dieses Schreiben herbeizuführen. Frau M. erklärt, nichts davon zu wissen, daß sie „ja“ gesagt habe. Eruierlich sei ihr jetzt nur, daß man ihr im Waisenhaus einige Zeit nach Aufnahme des Kindes mitgeteilt habe, das Kind sei nun getauft. Aber vielleicht hat sie inzwischen vergessen, daß sie damals eingewilligt hatte. Wir sind bereit, es ohne weiteren Beweis zu glauben, daß die Waisenverwaltung formell die Einwilligung der Mutter gehabt hat.

Doch das Kind hatte noch einen Vater. In der Zuschrift der Waisenverwaltung wird der Vater, der Ehemann der Frau M., merkwürdigerweise gar nicht erwähnt. Es wird zwar behauptet, daß das Kind nicht gegen den Willen und ohne Wissen „der Eltern“ getauft worden sei, aber hinterher wird nur von der Mutter und ihrem Wunsche gesprochen. Der Waisenverwaltung kann nicht unbekannt sein, daß in solchen Dingen der Vater nicht nur gleichfalls mitzureden hat, sondern sogar den Ausschlag geben darf. Hat nun Herr M. eingewilligt? Ist er überhaupt gefragt worden? In der Zuschrift der Waisenverwaltung steht hierüber, wie gesagt, nichts. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man daraus den Schluß zieht, daß der Vater nicht um seine Einwilligung erlucht worden ist. Herr M. selber berichtet uns, man habe ihn thatsächlich nicht gefragt, und er habe von der im September 1903 vollzogenen Taufe erst im Juni 1904 Kenntnis erhalten, nachdem er Verdacht geschöpft hatte und die Waisenverwaltung dann auf Anfrage Auskunft erteilt hatte. Ruhte Herr M. gefragt werden? Damals war er nervensehend und befand sich in einer Heilanstalt. Er erklärt aber auf das Bestimmteste, daß er nicht entmündigt worden sei, und seine Frau sowie seine Mutter bestätigen das. Hat man im Waisenhaus aus irgendwelchen Angaben der Frau gefolgert, der Mann sei entmündigt? Hat man durch amtliche Nachweise sich vergewissert, daß diese Annahme zutrifft? Es ist dringend notwendig, daß die Waisenverwaltung auch hierauf noch antwortet, damit volle Klarheit geschaffen wird. Wir sind gern bereit, eine nochmalige Zuschrift der Waisenverwaltung zu veröffentlichen.

Aber selbst, wenn man im Waisenhaus in allem und jedem nach Vorschrift gehandelt hätte, wenn wirklich die Mutter „ja“ gesagt hat, wenn thatsächlich der Vater diesmal nicht mitzureden gehabt und die Waisenverwaltung sich dessen durch amtliche Nachweise vergewissert haben sollte, so bleibt doch immer noch ein Punkt, der der Aufklärung bedarf. Wie kam man überhaupt zu der Frage, ob Taufe gewünscht werde? Geht das die Waisenverwaltung etwas an? Mühte man sich nicht sagen, daß in solcher Lage eine solche Frage geeignet ist, einen Druck auf eine Mutter auszuüben? Hat man nicht gemerkt, daß Frau M. froh war, nur die Aufnahme ihres Kindes zu erreichen? Die Mutter erzählt uns, sie habe nachher, als sie das Kind aus dem Waisenhaus zurückgeholt hatte, gemeint, daß es nach wie vor religionslos sei. Als religionslos sei es auch der Polizei noch beim nächsten Wohnungswechsel gemeldet worden.

Wir vermuten, daß der Vater noch nach Jahren bei der Einschulung sein Kind als religionslos hätte blicken lassen, wenn er nicht inzwischen Verdacht geschöpft und sich Aufklärung verschafft hätte. Das kommt davon, wenn die Berliner Waisenverwaltung aus Liebdeinerlei für die Kirche sich in Dinge hineinmengt, die sie gar nichts angehen und ein ihr anvertrautes Kind taufen läßt, ohne den Vater zu fragen oder ihn nachträglich davon in Kenntnis zu setzen.

## Der Mörder der Margarete Kojshored verhaftet und geständig.

Ueberraschend schnell ist es der Kriminalpolizei gelungen, ein Kapitalverbrechen, dessen Aufklärung zunächst fast unmöglich erschien, durch Ermittlung und Festnahme des Täters der Gänze entgegenzuführen. Der Fall lag, wenn man die Verhältnisse der Millionenstadt berücksichtigt, verzeiwelt. Das Verbrechen lag vier Wochen zurück, die Leiche war bei der Entdeckung bis zur Unkenntlichkeit verwest. Schon nach wenigen Stunden aber war die Person der Ermordeten an den Kleidern festgestellt und nach weiteren 24 Stunden sah der Mörder geständig hinter Schloß und Riegel.

Der Mörder ist der am 14. Januar 1872 zu Dzierwa im Kreise Inowrazlaw geborene Schuhmachermeister Dskar v. Wuffe aus der Frankfurter 39, derselbe Mann, der der Kriminalpolizei anzeigte, die Ermordete am feinsten Tage mit einem verdächtigen Menschen vor der Thür gesehen zu haben, der aber erklärte, in dem verhafteten Kutscher Max Kohn diesen Menschen nicht wiederzuerkennen.

Der Befund im Sandkeller, besonders aber die ganze Lage und Beschaffenheit der Leiche brachte die Kriminalpolizei schon bald zu der Ueberzeugung, daß der Täter nur in dem Hause Frankfurterstraße 39 selbst zu suchen sei. In dieser Ueberzeugung wurde sie bekräftigt durch alle Angaben über das Wesen des ermordeten Mädchens, das niemals einem Fremden gefolgt wäre. Die nähere Verfolgung der Leiche machte es auch sehr wahrscheinlich, daß der Körper erst nach Eintritt der Todesstarre an den Fundort gebracht und verscharrt worden sei. Auf von Wuffe lenkte sich dann der Verdacht auf verschiedene Gründe. Die Ermittlungen ergaben, daß er oft vor seinem Laden herumlungerte und Kinder an sich lockte. Dazu kam, daß er längere Zeit die Hausreinigung hatte und daher mit allen Verhältnissen des Grundstücks, namentlich auch mit dem Sandkeller durchaus bekannt war. Er wußte überall und in allen Dingen genau Bescheid und konnte nach Lage aller Verhältnisse sehr wohl auch am hellen Tage ungeschrien die Leiche von der Wohnung nach dem Keller geschafft haben. Dazu kam ferner, daß er, weil seine Frau verreckt war und sein Gefelle zum Mittagessen weggeht, über Mittag ganz allein in seiner Wohnung war.

Alle diese Verdachtsmomente wogen so schwer, daß sich Kriminalkommissar Dr. Groß, der die Ermittlungen leitete, gestern entschloß, mit Kriminalkommissar Bonberg und mehreren Beamten nicht nur den Sand im Keller, sondern auch die Wohnung von Wuffes gründlich zu durchsuchen. Während der Verdächtige einstweilen noch als Zeuge in der Vorbesatz auf dem Polizeipräsidium vernommen wurde, machten die Beamten in seiner Wohnung die entscheidende Entdeckung. Vier Wochen nach der That fanden sie dort noch Ueberreste von dem Strohhut, den das Mädchen an seinem letzten Lebenstage getragen hatte. Sie waren zwar angefangen, aber, besonders die Hutschleife, noch so gut erhalten, daß die Mutter der Ermordeten und auch Frau Dahn sie sofort erkannten.

Nun war jeder Zweifel an der Schuld des Verdächtigen gehoben. Die Beamten führen nach dem Polizeipräsidium zurück und Dr. Groß sagte hier von Wuffe die That auf den Kopf zu. Zunächst leugnete der Beschuldigte und beteuerte seine Unschuld. Als man ihn aber das ganze Belastungsmaterial nach und nach aufzählte, brach er unter dessen Wucht zusammen und legte ein umfassendes Geständnis ab.

Hiernach lockte er das Kind, das er kannte wie es ihn, am 3. August nachmittags um 2 Uhr in seinen Laden und nahm es von dort in seine Küche mit, um es zu vergewaltigen. Als das Kind, bevor er dazu kam, um Hilfe rufen wollte, bekam er Angst, und aus Furcht vor Strafe beschloß er nun, es ums Leben zu bringen. Er packte sein unschuldiges Opfer in sein Bett und erstikte es mit dem Kopfkissen. Die Leiche verbarg er dann unter dem Bettzeug, bis sie vollständig erstarrt war. Dann trug er sie noch am helllichten Tage unbemerkt nach dem Keller und verscharrte sie im Sande. Als ob nichts geschehen wäre, ging der Mörder dann wieder seiner Beschäftigung nach, und wenn später die Rede auf das verführerische Mädchen und die ergebnislosen Nachforschungen nach

K. E.

seinem Verbleib kam, sprach er ganz unbefangen und als ob er von nichts wüßte, darüber mit. Der Verhaftete bleibt die Nacht über noch im Gewahrsam des Polizeipräsidiums und wird morgen vormittag von der Kriminalpolizei nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht.

**Stadtrat Dr. Münsterberg** tritt heute einen längeren Urlaub an. Er begibt sich nach Amerika, um einer Einladung des Internationalen Wissenschaftlichen Kongresses in St. Louis Folge zu leisten und in den größeren Städten Nord-Amerikas sich über die Verwaltungseinrichtungen, insbesondere auch über die dort bestehenden Wohlfahrts-Einrichtungen zu unterrichten. Die Vertretung in den Geschäften der städtischen Armendirektion hat Stadtrat Keller übernommen.

Die elektrische Hoch- und Untergrundbahn fängt an, wichtig zu werden. Sie läßt ankündigen, daß sie Fahrpreis-Reformen einführen wird und kommt dann mit einer Neuerung, die ungefähr soviel Wert hat wie Fahrpreisänderungen für Reisen nach dem Rand. Vom 15. September tritt bei der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn für gemeinsame Schülerfahrten nämlich eine Ermäßigung ein; jedoch müssen mindestens 150 Personen daran teilnehmen. Die Hochbahn stellt dafür Sonderzüge. Die Beförderung geschieht zum halben Fahrpreis, jedoch nicht unter 10 Pf. für die Person in der dritten Wagenklasse. Für derartige Fahrten muß ein schriftlicher Antrag spätestens 24 Stunden vor Antritt der Fahrt erfolgen.

Eine Aufsichtsbehörde, die ihre Aufgabe im Interesse des Publikums zu erfüllen sucht, sollte mit der Betriebsleitung über einen so blutigen Horn ein ferniges Wort Deutsch reden. Einen Vorteil hat ja die Rückwärtslosigkeit der Hochbahn-Direktion, die sich bis jetzt noch nicht einmal zur Einführung von Abonnementstartern bequemt hat. Sie zeigt, wie unverantwortlich es ist, einer Privatgesellschaft das öffentliche Verkehrsweisen zur Ausbeutung zu überlassen.

**Alkoholvorträge** sollen einem hiesigen Blatt zufolge demnächst in den ersten Klassen der Berliner Gemeindeschulen für Mädchen gehalten werden. Die Gefahren des Alkohols haben den Verein Berliner Volksschullehrerinnen veranlaßt, sich an die städtische Schuldeputation mit der Bitte zu wenden, ihr die Kosten der Gemeindeschulen für Zwecke der Belehrung der Kinder zu übernehmen. Ein Vortrag der bekannten Vorleserinnen für die Abstinenz, Frau Hellmann aus Helsingfors, dem ein Vertreter der städtischen Schuldeputation beizuwohnen, war die Veranlassung gewesen, daß die Behörden dem Ersuchen Folge gegeben haben. Probenvorträge sollen nun in den Schulen gehalten werden.

Es ist ja anerkannt, daß auch die Mädchen auf die Gefahren des Alkohols aufmerksam gemacht werden, aber näher läge es eigentlich, mit solchen Vorträgen zunächst bei den Knaben anzufangen.

**Kendierungen in den Fernsprechämtern.** Der Uebergang zur Doppelleitung und die gleichzeitige Verlegung der Leitungen unter die Erde in ein Fernsprechnetz von Berlin und seine Nachbarorte läßt es aus betriebstechnischen Gründen nicht vermeiden, die Bezirke der Fernsprechämter zum Teil anders abzugrenzen. Wie schon in Berlin muß auch in Charlottenburg ein Teil der Anschlüsse, die bisher an die Berliner Fernsprechämter 6, 8a und 9 herangeführt waren, an das eigentliche Charlottenburger Fernsprechamt angeschlossen werden. Wo es irgend möglich ist, wird bei der Umschaltung die alte Nummer der Anschlüsse beibehalten. Im Verzeichnis der Teilnehmer ändert sich somit lediglich die Bezeichnung der Vermittlungsanstalt. Auch die Angabe des Postbezirks und des bestellenden Postamtes wird selbstverständlich nicht geändert. Ferner hat das Fernsprechamt Charlottenburg die Bezeichnung „Berlin-Charlottenburg“ erhalten. Die Umschaltung wird gleichzeitig mit der Ausgabe des neuen Verzeichnisses der Teilnehmer erfolgen, und zwar in der Nacht vor dem Morgen, an dem das Verzeichnis ausgeteilt wird. Die Teilnehmer, deren Anschlüsse umgeschaltet werden sollen, haben jetzt eine entsprechende Mitteilung von der kaiserlichen Ober-Postdirektion erhalten. Es sind im wesentlichen die Straßenzüge westlich vom Wittendberg-Platz und der Bahnhauptstraße.

**Der gepernte Kuge Hans.** Der Kuge Hans wird von heute ab, wie wir hören, niemandem mehr gezeigt. Die von Herrn v. Osten gewünschte wissenschaftliche Kommission ist bereits durch eine Anzahl erster Fachgelehrter gebildet worden und wird jetzt das Tier eingehend prüfen. Zuschauer würden dabei störend wirken.

**Schülerparade zur Parade.** Der „Berliner Zeitung“ schreibt ein Leser: „Im öffentlichen Interesse fühle ich mich veranlaßt, Ihnen Mitteilung zu machen, daß die Gymnasialen bis zur Sexta herab zur Parade mobil gemacht werden, darunter also auch zehnjährige Knaben, die summenlang dem nicht gefährlichen Aufenthalt auf der Paradedstraße, verbunden mit Staub und Hitze oder auch Regen, ausgefetzt werden, allerdings unter Aufsicht des Lehrers, dem eine nicht zu kleine Verantwortung daraus erwächst. Eine Sexta, die ich besonders im Auge habe, hat sich um 6 1/2 Uhr morgens auf dem Schulhof einzufinden, um voraussichtlich per Straßenbahn — sie liegt im Osten — dem Paradesfeld entgegengesetzt zu werden. Der Aufenthalt dortselbst ist auf ca. 4 Stunden veranschlagt worden, und es bleibt nach der Auflösung der Parade jedem Schüler überlassen, einen beliebigen Nachhauseweg zu wählen. Also vier Stunden Stillstand; nette Ausfahrten für Lehrer und Schüler! Glücklicherweise ist es den Eltern der Schüler gestattet, ihre Söhne zurückzuhalten und von diesem Recht ist auch Gebrauch gemacht worden, aber immerhin werden von der in Rede stehenden Klasse ca. 30 Schüler Gelegenheit nehmen, sich unser Kriegsmeer aus nächster Nähe anzusehen. Ob die Knaben geistig von diesem Ausflug profitieren werden, lasse ich dahingestellt, aber hinweisen möchte ich nochmals auf die physischen und moralischen Gefahren, die den Kleinen auf diesem Wege erwachsen können, und die jeder kennt, der einmal gezwungen war, sich durch die die Paradedstraße belagernden Massen hindurch zu wunden.“

Von den Eltern der Gemeindeschüler darf man wohl durchweg annehmen, daß sie die Gefahren einer Beteiligung an der Parade erkennen und wohlweislich ihre Kinder von diesem Schaupiel fernhalten.

Als eine gefährliche Mädchenhändler-Gesellschaft hat sich die Familie Golda entpuppt, welche unter der Angabe, Flüchtlinge aus Rußland zu sein, es verstanden hat, von verschiedenen jüdischen Hilfskomitees in Europa bedeutende Geldunterstützungen zu erlangen. Dem Berliner Hilfskomitee, an welches sich diese Familie während ihrer Durchreise ebenfalls gewandt hatte, kam die Gesellschaft verdächtig vor und das Komitee benachrichtigte davon das deutsche Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels, weil sich in Begleitung der Goldaschen Eheleute drei junge Mädchen befanden. Diese behaupteten auf Befragen, daß sie Kinder resp. Schwiegertöchter der Goldas wären, und da nichts Gegenteiliges zu beweisen war, mußte man die Gesellschaft weiter reisen lassen. Das Deutsche Nationalkomitee benachrichtigte aber trotzdem die Association national Argentina um die Goldas bei ihrem Eintreffen in Buenos Aires anhalten zu lassen. Wie wir bereits vor zwei Monaten mitteilten, hatte das argentinische Komitee festgestellt, daß die Golda eine berühmte Mädchenhändlerin aus Odessa sei, und veranlaßte die sofortige Verhaftung des Ehepaars in der argentinischen Hauptstadt. Ein nunmehr von der Association national Argentina bei dem hiesigen Deutschen Nationalkomitee eingetragenes Schreiben bestätigt, daß es tatsächlich gelungen ist, eine der gefährlichsten Mädchenhändler-Banden festzunehmen. Die Golda betreibt schon längere Zeit gemeinsam mit ihrem Mann und wahrscheinlich mit mehreren Unteragenten einen Handel mit jungen Mädchen, die sie zumeist aus Rußland nach Argentinien exportiert und dort an öffentliche Häuser verkauft. So konnte festgestellt werden, daß sie bei ihrer vorletzten Reise von einem Vorbesitzer 1800 M. für eine junge Rußin, die sie dort abließerte, erhalten hat.

In Begleitung der Goldas befanden sich bei ihrer letzten Reise drei junge Mädchen und ein Mann, die ebenso wie die Goldas mit gefälschten Pässen reisten. Das Goldasche Ehepaar wurde sofort nach seiner Ankunft in Buenos Aires festgenommen und es stellte sich nunmehr heraus, daß die Verbrecher die drei Mädchen unter falschen Vorspiegelungen zu der Reise verführt und sie veranlaßt hatten, auf Befragen zu erklären, daß sie keine Töchter seien. Das eine Mädchen wurde nur dadurch zur Mitreise bewogen, daß der Begleiter der Goldas, ein Bildhauer, mit ihm eine Scheinehe einging. Nach Feststellung dieser Thatsache vor der Behörde in Buenos Aires erklärte sich nunmehr der „Ehemann“ bereit, eine gesetzliche Ehe einzugehen und das Paar wurde in der dortigen russischen Synagoge getraut. Den beiden anderen Mädchen verschaffte das Komitee Stellungen, während die Goldas in Haft behalten wurden. Die Golda war bereits wegen mehrfachen Kindesmordes zu langjähriger Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt worden. Das entmenschte Weib hatte keine eignen Kinder getötet.

**Wegen Erpressung** an einem bekannten Centrums-Abgeordneten ist ein „Bankier“ Kellertoff verhaftet worden. Es handelt sich um Angelegenheiten, die unter den § 175 des Strafgesetzbuches fallen. Der Verhaftete hat, wie uns mitgeteilt wird, mit einem früheren Kreisverwaltungsbeamten in Geschäftsverbindung gestanden, der sich intimer Beziehungen zu einer Ständesperion rühmt. Die Polizei ist in dieser unsauberen Angelegenheit auch dem zweiten Erpresser auf der Spur.

**Eine Vermehrung der Automobildroscheln** steht nach Mitteilungen aus Fuhrerrentenreisen in Aussicht. Die fuhrerenden Automobildroscheln haben Tag und Nacht zu thun, so daß täglich Dutzende von Fuhrerrenten wegen des ungenügenden Fuhrerrenten zurückgewiesen werden müssen. Während sie in der ersten Zeit ihrer Einführung meist nur der Auriosität halber zu Vergnügungsfahrten benutzt wurden, haben sie sich jetzt auch im Geschäftsverkehr so sehr eingebürgert, daß einzelne Droscheln fast den ganzen Tag hindurch von den Beamten und Besuchern eines einzigen großen Instituts, einer Fabrik, Bank oder Versicherungsgesellschaft usw. mit Fuhrerrenten versorgt werden. Die tägliche Durchschnittseinnahme einer Automobildroschle stellt sich auf 30-40 M., eine Summe, welche die gewöhnlichen Droscheln selbst in den besten Geschäftsgegenden schon lange nicht mehr erreichen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Nacht zum Montag gegen 12 1/2 Uhr wurde in der Rathausstraße auf dem Bürgersteig ein 30 bis 35 Jahre alter, dem Arbeiterstande angehöriger unbekannter Mann in einer Blutlache liegend leblos aufgefunden. Er ist 1,70 Meter groß, kräftig, hat rotblondes Kopfhaar, kleinen rotblonden Schnurrbart, war bekleidet mit dunkelbraunem Schlabphut, dunkelbraunem, karierten Jackett, schwarzer Weste, grauem Tricothemd, ledernen Ledriemen, schwarzer Hose, zerfetzten Luststiefeln mit Gummizug und Lederbesatz. Am linken Unterschenkel hatte die Leiche einen frischen, von Blut durchtränkten Verband über einen frischen Strampferbruch. Mitteilungen über die Persönlichkeit des Unbekannten können in jedem Polizeireviere und im Zimmer 324 des königl. Polizeipräsidiums zu Nr. 7954 IV/27. 04 gemacht werden.

**Übermal ein Rangierer getötet.** Am Dienstagmorgen gegen 2 Uhr wurde der Rangierer Adelhöfer, als er bei dem Anhängen von Wagen auf Station Grunewald beschäftigt war, von dem Trittbrett des einen Wagens in die Tiefe gestürzt. Der Rangierer fiel vom Wagen herab und erlitt einen Bruch des rechten Armes. Er wurde nach dem Kreiskrankenhause auf Westend gebracht, verstarb jedoch noch am selben Abend, anscheinend an den Folgen schwerer innerer Verletzungen.

**Im Schlafe verunglückt** ist der Möbeltransporteur Karl Wenzel, Fiedstr. 4 wohnhaft. Er hatte gegen 10 Uhr abends den Vorderperren des Wagens 1299, der in der Richtung nach dem Götlicher Bahnhof fuhr, bestiegen. Infolge der schweren Arbeit, die er tagsüber zu bewältigen gehabt hatte, war W. außerordentlich ermüdet. Er lehnte sich gegen die Thür des Vorderperrens und scheint fest eingeschlafen zu sein. Als der Wagen auf der Fahrt über die Alsenbrücke eine Kurve machte, stürzte der Schlafende vom Perren. Glücklicherweise kam er neben den Straßenbahnwagen zu liegen. Er erlitt eine klaffende Wunde am Hinterkopf und wurde mittels Droschke nach der königlichen Charité gebracht. Nach Anlegung eines Rotverbandes konnte er den Weg nach seiner Wohnung allein fortsetzen.

**Ein Schiffspirat**, der unsern Spree- und Habelschiffen schon viel Schaden zugefügt hat, ist gestern in Brandenburg an der Havel dingfest gemacht worden. Dieser Spezialist in Schiffsbiebstählen pagte stets die Gelegenheit ab, sobald die Schiffer ihre Fahrzeuge verlassen und sich nach dem festen Lande begeben hatten. Alsdann brach er in die Kajüten ein und stahl, was nicht niet- und nagelfest war. Gestern nachmittag bemerkte ein Standsburger Kriminalbeamter, daß ein junger Mensch von dem am Hafenufer verankerten Schleppdampfer „Emil“ kam und sich eiligst entfernen wollte. Der Verdächtige wurde verhaftet und bei ihm eine Taschenmuhr gefunden, die dem Steuermann des Dampfers gehörte. Der Dieb ist ein zwanzigjähriger Schiffer Kobb. Er wurde, nachdem er zuvor dem Vertikallöcher Verfahren unterworfen worden, dem Amtsgericht zugeführt. Der Verhaftete ist gesündigt, eine größere Anzahl gleicher Diebstahle verübt zu haben.

**Bei der Arbeit erstickte** der 23 Jahre alte Stukkateur Behner aus Schöneberg. Er hatte in einem Keller zu thun. Im ersten Stock brannte zum Auskochen seit 24 Stunden ein Kanonenofen, der mit Coaks geheizt wurde. Während nun der Stukkateur, der sich allein im Keller befand, auf einer Leiter stehend ein Loch in die Decke brach, drang von dem Coaksofen her durch ein Rohr Kohlenoxydgas ein. Behner merkte das nicht, fiel endlich betäubt von der Leiter herab und blieb bewußtlos liegen. Als man ihn später fand, war er bereits erstickt.

**Auf Eisenbahnbeamte** hat es ein Schwindler abgesehen, der im Osten der Stadt auftritt. Er schwindelt ihnen vor, daß er auf dem Wege nach Berlin herauft sei, und veranlaßt sie durch die Vorspiegelung, daß er hier eine große Sendung Gänse erwarte, ihm größere oder kleinere Beträge zu leihen. Wenn er gerade keinen Vabubeamten findet, der ihm aushilft, so verschmäht er auch das Geld von Privatleuten nicht. Der Gauner ist 25 bis 30 Jahre alt und 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und Schnurrbart, eine unterlegte Gestalt und ein volles, blaßes Gesicht und trägt einen dunkelgrün gestreiften Jacketanzug und am linken Finger der linken Hand zwei silberne Ringe.

**Verhaftet** wurde ein Handlungsgehilfe Michaelis Cohn, der sich an Kindern vergangen hat. Der wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilte Mann war in einem Cigarrengeschäft in der Fronsirakstraße als Verkäufer angestellt. Er lockte Kinder von der Straße in seinen Laden und nahm an ihnen in dem dunklen Raum hinter dem Ladentische unzüchtige Handlungen vor.

**Lebensgefährliches Gedränge** bei einem Brande am Hadeschen Markt. Gestern abend spielten sich auf dem Hadeschen Markt turbulente Szenen ab. In dem großen Eckhause Hadescher Markt wird Rosenbalestraße 42 und zwar in einer Mansardenwohnung war Feuer ausgekommen, das alsbald auch auf den hohen Eckturn übersprang. Da die zuerst an der Brandstelle eingetrossenen Löschzüge Nr. 1 und 13 keine Dampfstrahlen mit sich führten, so reichte der erzielte Hydrantendruck nicht vollständig aus, um bei der enormen Höhe wirksam zu sein. Brandinspektor Julius alarmierte daher schleunigst noch zwei Dampfstrahlzüge, worauf dann über die Treppe und eine am Turme angelegte mechanische Leiter hinweg mit mehreren Schlauchleitungen eingegriffen wurde. Der brennende Turm bot einen hübschen Anblick dar. Branddirektor Giersberg war auf den zweiten Alarm hin ebenfalls herbeigezogen und leitete eine Zeilung die Ablösung, die innerhalb einer Stunde erfolgen konnte. Tausende von Zuschauern hatten sich in der Umgebung der Brandstelle angeeignet, und ein

Schutzmannsaufgebot konnte nur unter größter Anstrengung die Ordnung aufrechterhalten. Dieses war um so notwendiger, als der Straßenbahnverkehr wenigstens in der Richtung von Norden her aufrechterhalten wurde. Zeitweise schwebten die Passanten vielfach in Gefahr, unter die Räder der Elektrischen und der Omnibusse zu geraten. Anstatt nun aber den Weisungen der Polizei zu folgen, geseien sich namentlich jugendliche Burschen darin, die Polizisten zu verhöhnen und ein Gejohle anzustellen. Einige der Hauptstreifer wurden fiktirt. — Die Mansardenwohnung ist vollständig ausgebrannt, ebenso ist der Eckturn total zerstört. Entstanden ist das Feuer dadurch, daß in der Mansardenwohnung Betten ausgebreitet waren, die durch Unvorsichtigkeit in Brand gerieten.

**Feuerbericht.** Gestern früh gegen 5 Uhr kam in der Turmstr. 18 ein nicht ermittelte Weise auf der Regehbahn des Gastwirts Schmidt Feuer aus, das erst bemerkt wurde, als bereits der ganze Kugelfangraum in Flammen stand. Der nur vier Häuser weiter liegende 15. Löschzug war schnell zur Stelle und es gelang ihm innerhalb einer halben Stunde, jede Gefahr zu beseitigen. — Vorher war am Antonplatz 1 ein Motorrad in Brand geraten, während in der Französischenstr. 50 allerlei Verpackungsmaterial durch Feuer vernichtet wurde. — Möbel, Decken und Kleidungsstücke gingen bald nach Mitternacht in der Fruchtstr. 52 in einer Wohnung in Flammen auf, die indes vom siebenten Löschzuge bald erstickt werden konnten. — In der Jahnstr. 21 mußte später ein Feuer beseitigt werden, das in einem Keller entstanden war und allerlei Gerümpel und alten Hausrat ergriffen hatte. — Zur selben Zeit erfolgte ein Alarm nach dem Erzgießplatz in der Schwedterstraße. Dort war böswillig an den Baum Feuer gelegt worden, doch konnte die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden. — Durch Entzündung von Petroleum kam in der Swinemünderstr. 97 Feuer aus, das in der Hauptache Wäschestücke vernichtete. — Abends gegen 10 Uhr wurde die Wehr dann noch per Telephon nach der Wilhelmstr. 32 gerufen. Es lag aber hier keinerlei Feuergefahr vor, sondern es hatte sich jemand anscheinend nur einen Spaß machen wollen. Ein derartiger Spaß kann aber unangenehme Folgen nach sich ziehen, wenn man bedenkt, daß es doch kurzweg eine böswillige Alarmierung ist, über die die Gerichte jetzt schwere Strafen verhängen.

**Die zweite städtische Handwerkerschule, Andreasstraße 1/2,** eröffnet ihre Unterrichtskurse, die wiederum eine wesentliche Erweiterung erfahren haben, am Donnerstag, den 13. Oktober. Die Schule hat auch in richtiger Erkenntnis der Schwierigkeit, die vielen Eltern aus der rechtzeitigen Unterbringung ihrer eben aus der Schule entlassenen Söhne in eine geeignete Lehrstelle und besonders aus der Wahl eines passenden Berufes erwächst, nach dem nun vorliegenden Programm für das Winterhalbjahr eine Einrichtung getroffen, die in einer Tagesvorlesung bis zum Beginn der praktischen Lehrzeit Anfängern kunstgewerblicher und gewerblicher Berufsarten Unterricht in den zeichnerischen und bildnerischen Vorkursen usw. bietet und außerdem solchen Jünglingen, die noch keinen Beruf gewählt haben, Gelegenheit giebt, ihr Geschick in der zeichnerischen und bildnerischen Darstellung zu erproben und danach zureichender einen geeigneten Beruf wählen zu können. Vielen Eltern dürfte der Hinweis auf diese Tagesklasse, in der während der Wochentage von morgens 8 Uhr ab Unterricht erteilt wird, sehr erwünscht sein, um ihren Söhnen bis zum Eintritt in die Lehre eine angemessene und nützliche Beschäftigung zu geben. Anmeldungen hierfür werden noch im Schulhause Andreasstr. 1/2 durch den Direktor Tradt entgegengenommen.

**Hans, das denkende Pferd,** ist die neueste Einlage in der Operette „Venus auf Erden“ im Apollo-Theater. Robert Steidl wird als Herr von „Süd-Osten“ die kluge Rosinante vortühren und dabei von Martin Kettner assistiert werden.

**Der Circus Busch,** dessen Wiedereröffnung voraussichtlich im Laufe dieses Monats stattfinden dürfte, wird sich den Berlinern dieses Mal in einem völlig verjüngten, verschönerten und zeitentsprechend praktischem Gewande präsentieren. Im Laufe dieses Sommers sind nämlich ganz bedeutende bauliche Veränderungen im Innern des Hauses vorgenommen worden, die vor allem eine Erweiterung der Bühnenräume bezwecken, denn schon lange entsprach das kleine bisherige Bühnenpodium und ursprüngliche Orchester den Zwecken dieses circensischen Riesensitzstuhls nicht mehr in dem Maße, wie es die Ausstattungspantomimen mit ihren Raffinessehaltungen von Menschen und Tiermaterial wünschenswert erscheinen ließen.

**Der Centralverein für Arbeitsschweid, Gormannstr. 13,** ersucht uns, folgendes bekannt zu geben: Der Verein hat mit seiner im März d. J. eröffneten Abteilung für Lehrlinge gute Erfolge erzielt. Auch jetzt zum Oktober haben sich eine große Anzahl Lehrlinge eingeschrieben lassen. Um ihnen passende Lehrstellen nachweisen zu können, werden die Herren Geschäftsinhaber und Meister wiederum auf diese kostenlose Einrichtung mit dem Ersuchen hingewiesen, sich ihrer bei Besetzung der etwaigen Lehrstellen zu bedienen.

## Aus den Nachbarorten.

**Dalldorf.** Sonnabendabend 8 Uhr findet im Lokale des Herrn Koll „Zur Mühle“ die Monatsversammlung des Wahlvereins für Wahlmannschaft und Umgegend statt. Tagesordnung: 1. Was fördern wir unsere Organisation? 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 4. Jahresbericht und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

**Wahlverein Adlershof.** Die Ausgabe der Bibliothekbücher findet fortan jeden Sonntagvormittag von 11-12 Uhr im Laueschen Lokale, Bismarckstr. 10 statt. Bei der Entnahme von Büchern ist das Mitgliedsbuch als Legitimation mitzubringen.

**Kommunal-Zustände in Dalldorf.** Die Gemeinde hatte im Jahre 1903 eine Ausgabe von 121 318,28 M., der eine Einnahme von 126 000,84 M. gegenüberstand. Das Gehalt einer Lehrerin, ihre die Mietentschädigung von 240 M. auf 300 M. zu erhöhen, wurde abgelehnt. Man war der Ansicht, daß schon für 240 M. Wohnungen zu haben seien; die Mehrheit legte sich allerdings nicht die Frage vor, welcher Art denn diese Wohnungen sind. Mehr Entgegenkommen fand der Gemeindevorsteher Hempel, der in außeramtlicher Eigenschaft Direktor der Vorgrünwalder Terrain-Aktiengesellschaft ist. Es handelt sich um die Frage, ob die Gemeinde der Gesellschaft aufzuerlegen habe, eine ihrer neuen Straßen mit Reichensteinspflaster zu 150 M. den laufenden Meter oder mit schiffischen Koppsteinen zu 100 M. zu pflastern. Statt, wie es sich gebührt, in dieser Angelegenheit seine Stimme nicht in die Waagschale zu werfen, stimmte Herr Hempel mit Seelenruhe für die geringwertige Pflasterung und erreichte so, daß mit sieben gegen fünf Stimmen die vorteilhaftere Bedingung angenommen wurde. — Dann klagte man in der Gemeindevertretung über Mangel an Idealismus bei den Arbeitern und das Man. Der Unternehmer Lanert, der für die Pflasterung der Rosenbalestraße anfänglich 68 000 M. haben wollte, dann aber in der Submission mit 61 000 M. vorlieb genommen hatte, wollte wegen des Hammerstreiks seinen am 15. August abgeschlossenen Vertrag bis zum 30. September verlängert haben und um die 20 M. Konventionalsrate herumkommen, die er für jeden Tag über den 15. August hinaus zu zahlen hat. Aufre drei Parteigenossen Eckardt, Kriekel und Adam leuchteten den bürgerlichen Herren prompt kein, als die erwähnte Klage über die ausführenden Arbeiter laut wurde; sie konnten aber leider nicht verhindern, daß die Mehrheit dem Wunsch des Unternehmers willfährte. Nachdem so Herr Lanert großzügig 900 M. Strafgelder geschenkt erhalten hatte, besann man sich auf die schlechten Finanzverhältnisse der Gemeinde und lehnte dieses Mißstandes wegen den Antrag auf Ansetzung einer Uhr für das Schulhaus in Vorgrünwalde ab. Ebenso hielten die bürgerlichen Herren es für angebracht, einem Invaliden mit 750 M. Einkommen und einer armen Witwe mit vier Kindern Steuern abzugeben.

**Kummelsburg.** In der Frage der Unterhaltungskosten für die Vorgrünwalder Chauffee zwischen der Reichsgränze Berlins und dem

**Bismarckplan** wurde dem Gemeindevorstand mitgeteilt, daß sich die Gemeinde Lichtenberg, namentlich zur Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von 25 000 M. bereit erklärt hat. Die Vertretung erteilt zu diesem Abkommen ihre Zustimmung. — Zur Entfernung des den Verkehr sehr hinderlichen Teils der Eisenbahnunterführung im Zuge der Marktstraße und Alt-Vorhagen wurden 600 M. bewilligt. Wenn auch zugegeben werden muß, daß hierdurch eine kleine Erleichterung im Verkehr geschaffen wird, so wird die Gemeinde sich doch über kurz oder lang dazu entschließen müssen, einen gänzl. Umbau der Eisenbahnbrücke vorzunehmen. Unsommer als alle bisherigen Versuche, den Eisenbahnstrecke zum Umbau der Brücke zu bewegen, erfolglos waren. — Vom Genossen Ritter wurde ebenfalls der Antrag eingebracht, für die neuerbaute Volksschule in Vorhagen die Mittel zur Errichtung von Praxishäusern zu bewilligen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung der Baukommission überwiesen. Ob man sich jetzt endlich dazu versteht, auf dem Gebiete der Schulhygiene einen Schritt weiter zu gehen? Die Errichtung eines Kindergartens von privater Seite gab wieder Anlaß zu einer längeren Diskussion. Man war allgemein im Gegensatz zum Gemeindevorstand der Ansicht, daß etwas Erprobliches nur von der Gemeinde geschaffen werden könnte. Der Ansicht eines Vertreters, daß ein Bedürfnis überhaupt nicht vorliege, da ja die armen Kinder in der hiesigen „Krippe“ für ein Entgelt von 10 Pf. pro Woche aufgenommen würden, wurde vom Genossen J. o. h. n. zurückgewiesen, indem er darauf hinwies, daß in der Kirche gebundenen Krippe nur Kinder von religiös denkenden Eltern aufgenommen; wärden, wohingegen Kinder konfessionsloser Eltern dort keinen Zutritt hätten. — Zum Schluß erwählte Genosse J. o. h. n. den Gemeindevorstand um näheren Aufschluß über das Bauverhältnis beim Schulbau in Vorhagen. Der Gemeindevorstand erklärte, daß die Untersuchungen nichts Bestimmtes ergeben hätten; daß sei wohl anzunehmen, daß der dort verwandte Cement entweder aus unbekanntem Grund nicht genügend gebunden habe oder daß er minderwertig gewesen sei. Eine Untersuchung durch einen vereideten Gerichtsschlichter werde das Nähere ergeben.

**Auch ein Denkmal.** In dem Bett der Havel, das seit Menschenzeiten nicht sichtbar geworden ist, hat man der Dürre einen Denkstein mit der Jahreszahl 1904 gesetzt. Die Jahre von Pragerbe hat wegen des niedrigen Wasserstandes verlegt werden müssen. Die Havel, die dort stellenweise über 105 Meter breit ist, wird jetzt täglich von der hüben Jugend durchwatet. Dabei haben die Kinder kürzlich einen Kirschenzweig von etwa 1 Meter Länge im Gewicht von 15 Pfund gefangen, der aufs Trockene geraten und ganz ermatet war.

**In Schöneberg** finden in nächster Zeit abermals Erbschaftswahlen zum Stadtparlament statt. Die Wahlen für die verstorbenen Herren Köhner und Strauß, die der ersten und zweiten Abteilung angehört, sind auf den 20. September angesetzt. In richtiger Abwägung ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit gibt man den Wählern der ersten Abteilung drei Stunden, denen der zweiten Abteilung schon fünf Stunden Zeit zur Erledigung des Wahlgeschäfts, wenn von einer „Wahl“ überhaupt die Rede sein kann. Der angegriffenste vom Stammtisch hat wohl meist die größten Chancen, „Stadtwater“ zu werden, und die abgegebene Stimmzahl sieht dazu im richtigen Verhältnis. Den genannten beiden, denen im März der Stadtverordneten-Vorsteher G. Müller voranging, ist nun noch der Stadtverordnete Meutier Grundt gefolgt, der seit 1900 den 5. Bezirk der zweiten Abteilung vertritt. — Von der dritten Abteilung scheiden im nächsten Jahre noch aus die Stadtverordneten Bergmann (6. Bezirk), Krankenratsherr Rinde (5. Bezirk), Ingenieur Gallandi (10. Bezirk), Kammermeister Genosse M. a. j. u. (3. Bezirk), Rentier Spol (7. Bezirk).

## Gerichts-Zeitung.

Mit dem Einwand der Unzurechnungsfähigkeit hat auch der frühere Fährknecht Gustav Wischhof operiert, der zur Zeit eine einjährige Gefängnisstrafe verbüßt und gestern der ersten Strafkammer des Landgerichts I wegen eines Schwindels vorgeführt wurde, der seinen früheren Straftaten gleich wie ein Ei dem andern. Bei einer in der Zuchthausstraße wohnenden Zimmervermieterin erkaufte eines Tages ein Mann und mietete für seinen Bruder, den Oberkassaberg Dr. Kinsley ein Zimmer. Er erklärte dabei, daß sein Bruder nach Berlin verheiratet worden sei, aber erst in einigen Tagen hier eintreffen werde. Nach zwei Tagen sprach derselbe Mann bei der Vermieterin vor und erklärte sie, etwa für seinen Bruder nach Berlin eingehende Pakete in Empfang zu nehmen und das Porto dafür zu verauslagern. Gleichzeitig besetzte er an der Thür des gemieteten Zimmers ein Pappschloß mit der Aufschrift „Dr. Kinsley, Oberkassaberg“. Bei der Wirtin langten denn auch bald darauf aus einer Waffensabrik in Suhl und einer solchen in Köln Postsendungen ein, die, wie sich später ergab, bei beziehungsweise zwei wertvolle Gewehre enthielten. Damit hatte es folgende Bewandnis: Am 8. April 1903 erhielt die Gewehrfabrik in Suhl aus Berlin einen Brief, der am Kopf den Aufdruck: „Dr. med. Kinsley, Oberkassaberg!“ trug und auch ebenso unterzeichnet war. Es wurde darin mitgeteilt, daß der Oberleutnant Sturm, der seinen Abschied genommen, von den Offizieren und Sanitätsoffizieren weggeführt werden solle. Zum Andenken solle ihm ein gutes Gewehr überreicht werden und der Briefschreiber habe den Auftrag erhalten, die Gewehrfabrik zu ersuchen, zur Auswahl ein paar hahnlose Dreilaufsgewehre einzusenden. Einen ganz gleichen Brief erhielt die Waffensabrik in Köln. Beide Fabriken trugen kein Bedenken, die Bestellung auszuführen und die Gewehre an den „Oberkassaberg Dr. Kinsley, Berlin, Invalidenstr. 5“ abzugeben. Dort sind sie auch richtig angekommen, der Dr. Kinsley ließ sich aber nicht sehen und die Wirtin hatte vergessend das Zimmer für den so hochgestellten Militär würdig in Stand gesetzt. Wesen Ansehen hatte einen guten Grund. Der Dr. Kinsley war nämlich der Angeklagte, und dieser war in der Zwischenzeit wegen eines ganz gleichartigen Schwindels, den er in einer andern Stadtgegend ausgeführt hatte, festgenommen und später zu der Strafe verurteilt worden, die er jetzt verbüßt. Erst nachträglich ist diese neue Straftat bekannt geworden. Der Angeklagte behauptete, von der ganzen Sache nichts zu wissen und legte ein solches Verhalten an dem Tag, daß es geboten erschien, ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Nach der Behandlung, des Gerichtsarztes Dr. H. o. s. m. a. n. ist der Angeklagte kein normaler Mensch und erbilich recht erheblich belästigt. In seinem Anglied ist er schon in jungen Jahren selbständig geworden, hat eine Metallwarenfabrik übernommen und es hat sich bei ihm wie gewisse Großmannsücht herausgebildet. Diese nahm noch zu, als er weiter die Expedition ging. Er hat auch mehrere Erfindungen gemacht, die das Kriegsministerium doch einer ersten Prüfung für wünschenswert erachtete. Als er dann mit seiner Fabrik verknüpfte und zu en materiellen Sorgen sich auch noch eine schwere Augenkrankheit gesellte, ist er auf den Weg des Schwindels geraten. Nach dem Zeugnis seiner Mutter sind in der Familie mehrere Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen und das ganze Verhalten des Angeklagten deute nach ihrer Meinung darauf hin, daß auch er geistig nicht gesund sei. Trotz der nachherigen schweren erblichen Belastung vermochte der Sachverständige Dr. Hoffmann den Angeklagten doch nicht für unzurechnungsfähig im Sinne des § 21 zu erklären. Der Verteidiger griff das Outaaten an und beantragte, einen Psychiater mit der Untersuchung des Geisteszustandes des Angeklagten zu betrauen. Der Antrag wurde vom Gerichtshof abgelehnt. Zur Sache selbst verließ der Angeklagte dabei, daß er von der ihm zur Last gelegten Straftat keine Ahnung habe. Zwei Zeugnissen beschwanden auch, daß der Angeklagte nicht der Mann sei, der das Zimmer für den Dr. Kinsley gemietet hätte. Dagegen konnte der Schreibsachverständige Dr. med. Meher den Nachweis führen, daß die an die Waffensabrik gerichteten Briefe von der Hand des Angeklagten herrührten. — Der Staatsanwalt beantragte gegen diesen 1 1/2 Jahre Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof billigte dem Angeklagten mit Rücksicht auf seine offenbar erbliche Geisteskrankheit des Körpers mildernde Umstände zu und verurteilte über ihn eine Zusatzstrafe von einem Jahr.

Einen bedenklichen Gang zu Hochstapelei legte die Gutsbesitzerin Rosa Gudaalk der Landtag, welche gestern der ersten Ferienkammer des Landgerichts I aus der Unterjuchungshaft vorgeführt wurde. Die aus Ostpreußen stammende 33jährige Angestellte liegt mit ihrem Ehemann in Scheidung. Sie ist seit dieser Zeit auf Abwege geraten. Eine Zeitung erwähnte sie sich als Hebamme und kam dann nach Berlin, wo sie als Krankenspielerin in einer Frauenklinik Stellung fand. Das gebundene Leben behagte ihr nicht lange, sie richtete sich in der Insbroscherstraße eine Wohnung ein und vermietete an Damen. Zu diesen gehörte auch eine Schauspielerin, die über bedeutende Mittel verfügte. Die Angeklagte führte ein flottes Leben, und da sie über Mittel nicht verfügte, griff sie zum Schwindel. Sie bezog mehrere Pianinos, Uhren, wertvolle Delgemälde und eine Menge der verschiedensten Bücher auf Abzahlung, um die Gegenstände sofort weiter zu veräußern. Ferner trat sie mit Darlehensgebern in Verbindung und verhandelt es, selbst diese gewiegen und mißtrauischen Geschäftsleute um mehrere tausend Reich zu pressen. Sie gab sich dabei als Beauftragte ihrer Freundin, der Schauspielerin, aus, unterzeichnete auch die Wechsel mit deren und dem Namen eines Grafen P., der zu der Schauspielerin in Beziehungen stand. Als die unvermeidliche Offenbarung aller dieser Schwindeltaten erfolgte, wurde die Angeklagte in Haft genommen. Das Gericht verurteilte sie zu zwei Jahren Gefängnis, wovon drei Monate durch die erlittene Unterjuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

**Unser Parteigenosse Jakob Rosenkhal in Charlottenburg.** Kantstraße 48 weist in einer Mitteilung an uns auf die gestern erwähnte Gerichtsverhandlung gegen den Kaufmann gleichen Namens hin und knüpft daran das Ersuchen, bekannt zu geben, daß er mit diesem wegen Stempelhinterziehung bestraffter Herr keine Gemeinschaft hat und nicht mit ihm verwechselt werden möchte. Selbstverständlich kommen wir hiernit diesem Ersuchen gern nach.

## Versammlungen.

**Reinickendorf.** Der hiesige Wahlverein besetzte sich in einer außerordentlichen Generalversammlung mit der Frage, wie zwischen den beiden Bezirken Osten und dem Westen ein besseres Einverständnis herbeigeführt werden könne. Um der Agitation eine einheitliche Gefaltung zu geben, wurde in der letzten Generalversammlung eine Jüwiler-Kommission ernannt, die beauftragt wurde, einen neuen Agitationsplan auszuarbeiten. Den Bericht über denselben gab der Genosse Schott und wurden sämtliche 12 Paragraphen in der vorgeschlagenen Form mit wenigen Änderungen einstimmig angenommen. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Als erster Vorsitzender wurde gewöhlt Reinhold Lorenz, als Kassierer Max Leonhardt, als Schriftführer Johann Enß und als Beisitzer Kolmech. Zu Revisoren wurden gewählt Mehke, Prange und Schmidt. In die Unterschriftenkommission G. Lamann, Karthaus und Thieme. Als Bezirksführer wurden bestätigt die Genossen Henschel, Grams, Dollaf, Willy Leonhardt, Jung, August Schulzenior, Schumacher und Taubert; der Genosse Gl. wurde dazu nicht bestätigt.

**Rummelsburg.** Eine äußerst stark besuchte Volks-Versammlung beschäftigte sich hier am Dienstag mit den Verhandlungen des Internationalen Arbeiter-Kongresses in Amsterdam. Nachdem der Vorsitzende mit kurzen Worten auf das Leben und Wirken Ferd. Lassalles hingewiesen und die Versammelten das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise gehrt, nahm Gen. Stadthagen das Wort zur Berichterstattung über die Verhandlungen des Internationalen Kongresses.

Nachdem derselbe auf die Tagesordnung des Kongresses kurz hingewiesen, kommt er auf die Frage der Sozialpolitik und Arbeiterversicherung zu sprechen. Es ist ausgesprochen worden, daß Eingetretene werden muß dafür, daß der Staat einzutreten hat bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfällen usw. unbeschadet dessen, was in den verschiedenen Staaten heute schon geschieht wird. Die freie Selbstverwaltung muß aber den Arbeitern überlassen bleiben. Die Frage der Ein- und Auswanderung ist zur Zeit eine brennende. Reich Land hat mit einem derartigen Zugzug von Arbeitkräften aus aller Herren Länder so zu rechnen als Deutschland. Um diese Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen, verlangt Redner die Gleichberechtigung dieser Arbeiter in gewerkschaftlicher bzw. politischer Beziehung. Eine diesbezügliche Resolution wurde leider zum nächsten Internationalen Kongress verlagert.

In der Kolonialfrage hielt Referent ein negatives Verhalten für falsch. Pflicht aller Politiker muß es sein, auch die Lage der Eingebornen in den Kolonien zu verbessern. Die zum Punkt Kartelle und Trusts angenommene Resolution befriedigt den Referenten nicht, er ist der Meinung, daß diese Frage ebenfalls die nächsten Internationalen Arbeiter-Kongresse beschäftigen wird. Die Frage des Frauenstimmrechts ist ganz selbstverständlich. Bei der Frage der Kaiserfeier kommt Referent auf die verschiedenen Strömungen in den Gewerkschaften zu sprechen. Er begrüßt es mit Freuden, daß die Majorität der Delegierten auf dem Standpunkt stehen blieb, die Kaiserfeier in der Weise zu regeln, wie sie die von den Berliner und Niederbairner Genossen vorgeschlagene Resolution zu regeln wünscht. Wie stehen hier auf denselben Punkt wie vor dem Internationalen Kongress, bloß daß wir unsen Standpunkt in dieser Frage bedeutend präziser gefaßt haben. Die Frage des Generalstreiks hält Redner, wenn er auch nicht ein Freund desselben ist, doch für diskutabel. Die in Amsterdam angenommene Resolution, welche den Generalstreik bei genügender Stärke der Arbeiterorganisationen als Mittel zum Zweck betrachtet, ist das einzig richtige. — Die wichtigste Frage, die der Kongress behandelte, war die Frage der Taktik. Nachdem Redner auf die Notwendigkeit, die in dieser Frage speziell in Frankreich herrscht, zu sprechen kam, bezeichnet er es als eine Ertrungenschaft des Kongresses, daß die Dresdener Resolution wieder zur Annahme gelangte. Alle Ausführungen der Gegner dieser Resolution konnten nicht ins Gewicht fallen. Als erfreuliches Zeichen ist das Anwachsen der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu begrüßen. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß die Forderungen der Arbeiterschaft in die Tat umgesetzt werden. Das Fazit von Amsterdam ist, einzig im Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu bleiben. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen des Amsterdamer Kongresses näher zu dem Endziel führen werden. Genosse Berger geht in der Diskussion nochmals die verschiedenen Punkte durch und fordert ebenfalls zum einigen Zusammenarbeiten auf.

In seinem Schlußwort fordert der Referent die Anwesenden dringend auf, nach allen Kräften die gewerkschaftliche und politische Organisation zu fördern. Eine Resolution, welche diese Ausführungen enthält sowie sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt, wird einstimmig angenommen.

**Musik-Verein „Nordens“.** Freitag, den 2. September, abends 9 Uhr: Uebungsstunde bei Morf, Kuffsteinstr. 40.

## Vermischtes.

**Die Flucht der Prinzessin Luise von Koburg.** An der Thronsahe, daß die Prinzessin Luise von Koburg in der Nacht zum Mittwoch aus Bad Eiler, wo sie seit drei Wochen im Wettiner Hof zum Kurgebrauch weilte, entflohen ist, kam noch neueren Meldungen ein Zweifel nicht mehr aufkommen. Auch scheint sich zu bestätigen, daß die Prinzessin durch den Rittmeister Rattasch-Keglevich entführt worden ist. Die Untersuchung wird von Wien aus gefolgt. Prinzessin Luise von Koburg bewohnte, der „Voss. Ztg.“ zufolge, in Bad Eiler, wo sie am 10. August, nachts 1/2 12 Uhr, in einem Salonautomobil aus Kostwig in Begleitung eines Arztes, einer Hofdame, dreier Bediensteter und eines Wärters eingetroffen war, im ersten Stock des Wettiner Hofes sieben Zimmer. Wie die „Dresd. Nachr.“ berichten, bemerkte man seit einigen Tagen, daß einige Herren, wahrscheinlich Bediente des Rittmeisters Rattasch, sich Wähe gaben, mit der Prinzessin zu sprechen oder ihr Papiere in die Hand zu spielen.

Obgleich ununterbrochen aufgepaßt wurde, muß es doch einem gelungen sein, ihr ein Papier zuzuschieben, und durch Nachschlüssel muß die Thür ihres Hotelzimmers, vor dem sich nachts der Wärtler im Korridor aufhalten sollte, geöffnet worden sein. Hiernach ist sie wahrscheinlich in einem bereitstehenden sehr schnell fahrenden Automobil in der Nacht entflohen. Sämtliche Schmutz-sachen von hohem Werte sowie einiges Bargeld hat sie mit sich genommen. Nachforschungen, die sofort nach der Entdeckung der Flucht vorgenommen wurden, haben nur ergeben, daß auf gestern früh 1/2 Uhr für eine Dame ein Wagen nach Franzensbad bestellt worden war. Der Kutscher war bis zum Abend noch nicht zurück. Gleichzeitig ist aus dem Hotel ein Herr aus Graz vermisst worden. Man glaubt, daß er ein Mitflüchter war und der Prinzessin irgendwiewe Mittelungen hat zugehen lassen. Die Begleitung der Prinzessin ist noch in Bad Eiler.

Ueber die Flucht der Prinzessin teilt der „Vogtländische Anz.“ in Plauen noch mit: Die Prinzessin weilte am Dienstagabend im Theater und begab sich von dort in das Hotel Wettiner Hof zurück, oh noch um 1/2 12 Uhr Abendbrot und zog sich dann um. Ihr Verschwinden wurde erst am Morgen bemerkt. Gleichzeitig mit ihr ist ein angeblicher Hoteller Namens Joseph Weizer aus Graz, der ebenfalls im Wettiner Hof wohnte, verschwunden. Der Mann wohnte erst im dritten Stockwerk, ließ sich aber am Tage vor der Flucht ein Zimmer im Erdgesch. geben, das einen direkten Ausgang nach dem Garten hatte. Durch dieses Zimmer ist die Flucht erfolgt. Eine angebliche Frau Schubert aus Dresden hatte am Abend vorher bei dem Fuhrwerksbesitzer Ernst Georgel ein zweispänniges Geschir für 1 Uhr nachts nach Franzensbad bestellt. Der Aufseher mit dem Geschir ist bis jetzt noch nicht zurück; auch sein Aufenthalt ist noch nicht zu ermitteln gewesen. Festgestellt worden ist, daß die Prinzessin nach 2 Uhr mit dem Geschir von Bad Eiler nach Hof gefahren ist. In ihrer Begleitung befanden sich zwei Damen und ein Herr. Vermutlich ist die Prinzessin nach München geflüchtet.

Wie die Wiener „Zeit“ von einer dem ehemaligen Oberleutnant Rattasch nachfolgenden Seite erzählt, handelte es sich bei der Flucht der Prinzessin Luise von Koburg nicht um eine Entführung, sondern sie geschah mit vollem Einverständnis unter eigener Hilfeleistung der Prinzessin. Rattasch sei vor einigen Tagen mit der Prinzessin in Dresden zusammengekommen und habe dort mit ihr alle Details des Fluchtplanes festgesetzt.

Es sind sieben Jahre verflossen, seit die Beziehungen zwischen der Gemahlin des Prinzen Philipp von Koburg in Wien und dem österreichischen Oberleutnant Geza Rattasch-Keglevich öffentlich bekannt wurden. Die Ehe der Prinzessin war anfangs glücklich gewesen, später aber stellten sich zwischen ihr und ihrem Gemahl Mißverständnisse ein, die zum Teil jedenfalls durch die immer deutlicher hervorbrechende Neigung der Prinzessin zu übertriebener Aufwände hervorgerufen wurden. Als sie Rattasch kennen lernte, vermehrte sich noch die Verschwendungslust. Da die ihr zu Gebote stehenden Mittel bei dem ungewöhnlichen Aufwand, den sie trieb, nicht weit reichten, wurden Wechsel gefaßt, und als dies bekannt wurde, ließ sich der Standal nicht mehr vermeiden. Daß der Oberleutnant an der Wechselschöpfung beteiligt war, ist in zweifelhafter Weise nicht festzustellen worden, vom Kriegsgericht aber wurde er trotzdem schuldig befunden, mit Ausschließung aus dem Heere und sechsjähriger Kerkerhaft bestraft. Prinzessin Luise hingegen wurde für geistig minderwertig erklärt und auf Grund der ärztlichen Gutachten in Heilanstalten, zuletzt in der Pflanzschule in Kostwig bei Weihen interniert. Inzwischen blieb Rattasch bei der Versicherung, daß er un schuldig sei, auch nachdem er vor zwei Jahren ohne sein Zutun begnadigt worden war. Daneben aber hielt er auch an seiner Liebe zur Prinzessin Luise fest und verfuhr unangenehm, sich ihr zu nähern. Jetzt scheint er endlich wieder aus Ziel seiner Wünsche gelangt zu sein. Prinzessin Luise ist die älteste Tochter des Königs Leopold von Belgien und steht im 47. Lebensjahre. Ihre Tochter, Prinzessin Dorothea, ist die Gemahlin des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein.

Hierzu meldet noch das Bureau „Herold“ als Nachricht des „Freundenblatt“ aus Wien:

Wohin sich die Prinzessin und Rattasch gewandt haben, ist vollkommen unbekannt, aber verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß sie ihren Weg in die Schweiz genommen haben. Nach österreichischem Recht ist die That nach § 16 des Strafgesetzbuches als Entführung strafbar und es bestehen Staatsverträge mit sämtlichen Staaten, wonach die Behörden dem Ehemann, der die Rückgabe seiner Frau verlangt, Assistenz zu leisten haben. Da eine Scheidung zwischen dem Fürsten Philipp von Koburg und der Prinzessin nicht stattgefunden hat, stehen dem Prinzen selbstverständlich noch alle Rechte zu, doch wurde eine Verfolgung des flüchtigen Paares bisher noch nicht angeregt. Der Prinz wurde telegraphisch von der Flucht in Kenntnis gesetzt. Derselbe trifft heute von seinem Schloß Ebenthal in Wien ein und wird nachmittags eine Unterredung mit seinem Abolaten und dem Kurator der Prinzessin, sowie den Vertretern der beteiligten Hofbehörden haben, in welcher man sich über die zu unternehmenden Schritte schlüssig machen wird. Nach einer weiteren Meldung des gleichen Blattes hat Rattasch für die Vorbereitungen zur Flucht etwa 60 000 Reich veranlagt, die ihm von einer der Prinzessin gewogenen Seite zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem verfügt Rattasch über große Barmittel.

Nach Meldungen aus Asch haben bei der Flucht der Prinzessin Luise zwei Automobile mitgewirkt; eines derselben hat Wittwochnacht Asch passiert, den Weg des andern weiß dagegen niemand.

**Eisenbahnunfall.** Amlich wird gemeldet: Gestern nachmittags 6 Uhr 30 Minuten wurde auf der Reichenbach-Grang-Gonz auf dem Nebenwege bei Kilometer 12 ein Fuhrwerk von einer leerfahrenden Lokomotive überfahren. Hierbei wurde der Führer des Wagens verletzt, seine mitfahrende Schwester getötet. Der Betrieb wurde nicht gestört. Wen die Schuld trifft, konnte noch nicht festgestellt werden.

**Bilzergiftungen.** Die Todesfälle zur Folge hatten, werden uns aus Augsbürgern gemeldet. Dort sind durch den Genuß von giftigen Bilzen aus dem Racht-Gebirg unter nichtbaren Schmerzen und trotz aller ärztlichen Bemühungen fünf italienische Arbeiter gestorben. Außerdem fürchtet man für das Leben von vier andren, die schwer erkrankt danieder liegen.

Aus Mainz wird der „F. Z.“ geschrieben: Einen „pflicht-eifrigen“ Gendarmen hatte eine untrüchlich Nachbargemeinden. Eines Abends kam dieser Vertreter der irdischen Gewalt spät nach Hause und hörte von seiner Frau, daß des Nachbars Kuh ein mißliches Kalb zur Welt gebracht habe. Der Gendarm begab sich flugs zum Nachbar, um das Tierchen zu sehen. Der Nachbar meinte aber, er würde am nächsten Tage wiederkommen, es sei schon zu spät. Der Gendarm drang aber darauf, das Kalb zu sehen, der Nachbar gab nach, zündete endlich eine Laterne an und begab sich mit dem Gendarm durch die Scheune nach dem Stall. Wald darauf erhielt der Nachbar einen Strafbefehl, weil er mit einer brennenden Laterne, an der auf der einen Seite das Glas abgegrungen gewesen sei, die Scheune betreten habe. Der einzige Zeuge dieses Vergehens war der Gendarm. Das Unglaublichste leistete aber der Mann der öffentlichen Ordnung bei einer andren Gelegenheit. Eines Tages erkrankte die Frau des Gendarmen ganz plötzlich, während sich ihr Mann auf einer Streife befand. Eine Nachbarin stand der Erkrankten rasch helfend zur Seite und braute aus verschiedenen Hausmitteln ein Getränk, das die Erkrankte zu sich nahm. Als der Gendarm am Abend nach Hause kam, erzählte ihm seine Frau, deren Zustand sich inzwischen gebessert hatte, daß die Nachbarin ihr gekostet habe. Daraufhin erstattete der Gendarm eine Anzeige gegen die Nachbarin „wegen unbefugter Erbreichung von Medikamenten“.

Wir können nicht glauben, daß diese Erzählung auf Wahrheit beruht. Sollte sie aber dennoch zutreffen, so hätte die Behörde schelmisch die Konsequenzen zu ziehen an dem Verhalten eines Beamten, mit dem a u s t ä n d i g e Leute doch un möglich weiter verkehren können.

## Parteigenossen!

Der Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend hat beschlossen, zur Gründung eines Verbandes sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte Deutschlands eine Konferenz am Mittwoch, den 7. September 1904, vormittags 9 Uhr, in Berlin bei B. Franke, Sebastianstr. 30, einzuberufen.

Wir bitten Euch, an allen Orten unverzüglich zu unserem Aufruf Stellung zu nehmen und dem Unterzeichneten Eure Beschlüsse sofort mitzuteilen. An einer ganzen Anzahl von Orten haben dies die Kollegen bereits getan und auch erklärt, die Konferenz zu beschicken. Leider fehlt uns aber noch aus einigen Städten, in denen gleichartige Vereine bereits bestehen, jede Nachricht. Wir ersuchen, da die Zeit außerordentlich kurz ist, ganz energisch, das Versäumte nachzuholen.

Für Logis werden die Berliner Kollegen Sorge tragen. Kollegen, denen es möglich ist, bereits am Dienstag, den 6. September, in Berlin einzutreffen, werden von der Kommission im Kongresslokal empfangen.

Kollegen allerorts! Thut Eure Pflicht und Schuldigkeit, agitiert für unsre Bestrebungen und versucht, alle Kollegen, die sich Sozialdemokraten nennen, für unsre Sache zu gewinnen.

Wir bitten Euch, uns so bald wie möglich mitzuteilen, ob Ihr gewillt und in der Lage seid, unsre Konferenz zu beschicken.

Alle Anfragen sind zu richten an Karl Hoffmann, Berlin W., Schöneberg, Magstr. 25.

Die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftspresse wird um gefälligen Abdruck gebeten.

## Partei-Konferenz für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland.

(Schluß.)

Ueber den „Bremer Parteitag“ referiert Genosse Dr. Karl Liebknecht. Der diesjährige Parteitag werde sich besonders mit zwei Fragen beschäftigen, die ein erhebliches Interesse erfordern, und zwar mit dem „Fall Schippel“ und der in jüngster Zeit durch Friedeberg aufgehellten „Generalstreiks-Frage“. Schippel nimmt so in der bekannten Volkfrage einen furchtbar gewundenen Standpunkt ein, in seinen Anwendungen ist er Kehr- und Umkehrer, ein Mann voller Widersprüche, die selbst von unseren Gegnern nicht ausgenutzt werden können. Es scheint mir überflüssig, daß der Parteitag noch in dieser Sache ein Wort spricht. Auf den Versuch Friedbergs, die Generalstreiksfrage und dessen bekannte Rede, eingehend nennt er die Friedberg'schen Ausführungen komplett uninnig und thöricht, daß Friedberg gerade in jehiger Zeit dem allgemeinen Wahlrecht einen Fußtritt versetzen konnte, durch die Ausrufung: es werde „niemand dem Wahlrecht eine Thronschwänne“ sei einfach ein unerhörter Skandal. Friedberg sei sich durchaus nicht klar über das, was er anstrebt, und der „Vorwärts“ habe seine Rede in dem bekannten Artikel durchaus richtig taxiert. Friedberg wolle die freie Einzelpersönlichkeit zur höchsten Entfaltung bringen und erhoffe davon allein das zukünftige Heil; er bekämpfe die Auffassung der sozialen Frage als einer Vagenfrage. Das sei kein Sozialismus mehr und schlage unsere ökonomisch-materialistischen Gesellschaftsauffassung geradezu ins Gesicht. Gewiß ist es falsch, die Bedeutung des Parlaments für die Zukunft unserer Bewegung zu überschätzen, aber um Himmelswillen, was würden wir denn ohne Parlament anfangen, dort können wir doch auf alle Fälle wenigstens den Gegnern ordentlich die Leutchen lesen; dann kann doch nicht abgesehen werden, daß unsre Partei durch ihre parlamentarische Tätigkeit trotz alledem einen gewissen Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung ausübt. Ich stehe nun aber allerdings auf dem Standpunkt, daß die Frage des politischen Streiks (Zuruf), meinetwegen auch „Generalstreiks“ in der Partei diskutiert werden soll, weil wir durchaus nicht wissen, ob und wann wir schließlich doch von dieser Waffe Gebrauch zu machen gezwungen sein werden. Redner spricht sich für den „Schulstrang“, sowie für die Stadthagensche Anregung betreffend „Koalitionsrecht und Kartelle“, ferner für die Resolution der Königsberger (Ruffenflugblätter) und der Elbinger (Wehrpflichtigen-Organisation) aus. Dagegen hält er es für falsch, der Reichstags-Fraktion die Möglichkeit zu bezeichnen, vollständig auf den Parteitag anzuweisen zu sein; einesteils ist der Parteitag für die Abgeordneten unserer Partei die beste Gelegenheit, persönlich die Meinung unserer Gesamtpartei zu hören, auch kann dort den Abgeordneten nötigenfalls gründlich die Wahrheit gesagt werden. Die beantragte Centralisation der Partei halte er für verfehlt, die sächsische Resolution betreffend die Aufstellung der Reichstags-Abgeordneten acceptierte er. Mit dem Ergebnis des Amsterdamer Kongresses dürften wohl alle Nationen zufrieden sein.

Rieger-Spandau kritisiert scharf die jetzt vielerorts beliebte Ueberschätzung unsrer parlamentarischen Tätigkeit, es solle vielmehr für die Erziehung der Arbeiter zu bewußten Klassenkämpfern getan werden. Man solle wieder wie einst die Wahlen mehr als willkommenes Propagandamittel betrachten, anstatt das Hauptgewicht auf die Erlangung von Mandaten zu legen. Die internationalen Beschlüsse betreffend die Jugendbildung und die Propaganda unter den demnächst Wehrpflichtigen seien bisher in Deutschland in keiner Weise ausgeführt. Unsre Partei sei viel zu sehr in die Breite, aber nicht in die Tiefe gegangen, so kommt es, daß wir immer mehr verflachen; am deutlichsten sehen wir das ja an den lebhaften Versuchen, die Raiffeiser zu einem Kaffeetrinken zu degradieren. Redner erklärt die Friedberg'schen Ausführungen, trotz mancher Schnitzer für durchaus beachtenswert. Er spricht entschieden für die Diskussion des „Generalstreiks“.

Vittorf-Berlin erklärt sich gegen den Generalstreik. Was hätten die Seelen nach dem an ihnen verübten Wahrechtsraub besseres thun können, als daß sie als Antwort hierauf aus 23 Kreisen 22 Sozialdemokraten in den Reichstag entsandten?

Hille-Velten tritt dafür ein, daß in der Raiffeiser-Frage durch den Parteitag ein alle Halbheiten beseitigender Beschluß gefaßt werde.

Saal-Potsdam polemisiert gegen Vittorf. Nachdem die Gefahr nahe gerückt, daß uns das Wahlrecht genommen werden kann, ist es an der Zeit, den Generalstreik zu diskutieren, besonders in den Gewerkschaften. Gegenüber Hille hält er auch seinerseits daran fest, daß die Gewerkschaften heute schon zu einem Teil verflacht seien, dies sehe man am besten daran, wie sie sich zur Raiffeiser-Frage stellen. Die Gewerkschaften sollten nicht bei jeder Gelegenheit nur den finanziellen Standpunkt hervorheben. Es ist falsch, wenn wir die Frage des Generalstreiks nicht diskutieren, nachher ist es zu spät! Das Volk muß aufgeklärt werden über die Waffen, die ihm außerirdenfalls zu Gebote stehen.

Nachdem noch Müllenstedt-Rauen und Paris-Velten sich gegen den Generalstreik und der Letztere auch gegen die von Spandau beantragte strikte Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesprochen, über das vorjährige Verhalten der Knappen Majorität der Westener Töpler in der Raiffeiser-Frage mißbilligt hatte, und Rieger-Spandau den Müllenstedt'schen Argumenten entgegengetreten war, erhielt Genosse Liebknecht das Schlusswort: Nicht der Parlamentarismus, sondern der Rumparliamentarismus bringe die Gefahr. Es handelt sich nicht darum, unsern Gegnern zu verraten, welche Partroute wir eventuell einschlagen werden, sondern die Art der Waffen zu diskutieren, die uns außerirdenfalls zu Gebote stehen. Welche Waffe wir davon gebrauchen werden, das heute

zu entscheiden, wäre Thorheit. Der Generalstreik ist auch nicht, wie Friedberg annimmt, „das“, sondern „ein“ Mittel, das wir möglicherweise benützen können. Der breiten Masse ist diese Waffe aber unbekannt, und darum ist es unsre Pflicht und Schuldigkeit, die Handhabung dieser Waffen zu erläutern. Das Volk muß wissen auf den hohen Ernst der Situation aufmerksam machen, wir dürfen uns auch nicht selbst Sand in die Augen streuen, vielmehr alle uns zu Gebote stehenden Mittel diskutieren, damit wir gegenüber jedem Attentat auf das Volk wirklich gesichert sind. (Lebhafter Beifall.)

Es werden hierauf folgende Anträge an den Parteitag angenommen:

1. die Frage der politischen Streiks zum Zwecke der Diskussion auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen;

2. in der Raiffeiser-Frage zu beschließen: es ist Pflicht jedes Massenbewußten Arbeiters, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern.

Weiter werden die Anträge anderer Kreise betreffend die „Schulvorlage“, „Koalitionsrecht und Kartelle“, die sächsische Resolution betreffend die Kandidaturen, die Königsberger Resolution betreffend die Ruffen-Flugblätter und der Elbinger Antrag betreffend Propaganda unter der gesetzlichen Pflichtigen Jugend unterstützt. Der Antrag des Parteivorstandes betreffend Vertretung der Reichstags-Fraktion wird abgelehnt.

## Spielplätze.

Wo sollen unsre Berliner Kinder spielen? So oft, wenn ich durch die Straßen gehe, besonders aber zur Ferienzeit, giebt mir's einen wehmütigen Stich: Berlin, unsre Meisenstadt, unsre Zwei-Millionenstadt, in der so Vieles, Gutes und Schlechtes Play findet, hat nicht Raum für ihr Bestes, für ihre Kinder.

Zawohl, sie spielen auch hier, spielen sogar überall, auf Höfen, Straßen, Plätzen so lange — bis eben jemand kommt und's ihnen verbietet.

Und wer alles glaubt, ein Recht dazu zu haben! Die Kinder sind eben überall nur geduldet. Die Wenige sind heute schon zu der Erkenntnis vorgeedrungen, daß das Kind ein Recht hat, zu spielen, daß der Spieltrieb des Kindes ein der Schaffensdrang des Erwachsenen ist.

Dat sich da so eine kleine Schar im Flur meines Hauses zusammengefunden und hoch artig genug auf den untersten Treppensufen.

Während gerade die klugen Blondköpfe angestrengt werden über dem Frage- und Antwortspiel „Ich seh' was, was Du nicht siehst!“ kommt unglücklichweise der gestrenge Hauswirt die Treppe herunter.

„Wollt ihr den Augenblick mal machen, daß ihr hier rauskommt! Meine Treppe ist keine Kindersube.“

Verächtlich zieht die kleine Gesellschaft davon. Bald aber hat sie sich auf dem Hofe, diesmal zu etwas geräuschvolleren Spielen wieder zusammengefunden.

Kaum sind hier beim Haschen und Jagen die ersten Jubellaute erklingen, wird auch schon in irgend einer Ecke ein Fenster aufgerissen: „Jun Donnerwetter, Hören, was ist denn das für ein Madai! Auf die Straße mit Euch!“

Mit vielem Vergnügen höre ich längst bei solcher Gelegenheit einen kleinen Hofemann mit emporgehaltener Faust solchen Kinderseind jurieren: „Du elstiger, dicker Raude, Du launst und sonst was!“

Was muß das wohl für ein Mensch sein, dem Kinderlachen nicht heilig ist. Aber es giebt solche Menschen unter uns. Einen oder den Andern wohl in jedem Hause; und schon die Mißgunst eines Einzelnen vertreibt das wehliche Bößchen auf die Straße; auf die Straße mit all ihren körperlichen und seelischen Gefahren. Bewundernswert ist es manchmal, mit welcher Todesberachtung unsre Berliner Kinder ihren Kreisel auf dem Fahrdamm zwischen den drohenden Pferdehufen, laufenden Rädern, zwischen Automobilen und Elektromotoren dahintreiben. Ein ander Mal wieder lancieren sie auf dem Trottoir ihren Ball und sich selbst mit Akrobatengeschmeidigkeit durch all die Fußgänger hindurch.

Aber selbst diesen schwer erklämpften, schwer behaupteten Platz auf der Straße macht man ihnen zehnfach freitrag.

Ein paar Kreidemalereien auf Mauern oder Trottoir, bei dem vollständigsten aller Berliner Kinderspiele „Himmel und Hölle“, oder sonst irgend ein staatserschütternder Verstoß gegen die heiligen Verkehrsgebote der lieben Berliner Polizei, — die dafür bei so manchen Vorgängen in ihrem Straßenleben ein oder zwei Augen andrückt, — und der gestrenge Herr Schuhmann fährt unsrer kleinen Spielkompanie gewaltig gegen den Kragen. Zum Schluß erteilt er ihnen den frommen Befehl: „Raus, zu Muttern!“

Hier aber in den meierweise zugemessenen Stuben unsrer Berliner Mietwohnungen ist selten beim sogenannten Mittelstand Raum für spielende Kinder; nur erst bei den ärmeren Leuten, wo jeder Fuß breit für das nötigste Mobiliar ausgenutzt werden muß.

Uebrigens sind sie auch hier, unter den gewerblichen Handierungen der Eltern, nicht nur im Wege, sondern durch heiße Mägel-eisen, Nähmaschinen, überstehende Waschflessel usw. beständigen Gefahren ausgesetzt.

Wo aber dürfen unsre Kinder spielen? Jawohl, wir haben Anlagen, Gaine und den Tiergarten; und wer nah genug wohnt, um seine Kinder hinschicken zu können, mag sich glücklich schätzen, daß sie da wenigstens vor den Gefahren der Straße geborgen sind.

Aber bieten unsre Parkanlagen unsern Kindern auch nur einen Teil dessen, was die natürliche Umgebung jeder kleinen Stadt, jedes Dorfes, ihren Kindern bietet?

Ueberall bei uns Eisengitter, sichtbar und unsichtbar. Jede Blume wird unter Verschluss gehalten, jeder königlich preussische Grashalm hat Straum zu stehen.

Alles Schöne, alles Duftige: für Kinderhände unerreichbar, alle Bitter: für Kinderfüße unübersteigbar.

Nur mit den Augen sollen sie genießen. Darum wohl findet man nirgend so sehnsüchtig geöffnete hungrige Kinderaugen, wie bei unsern modernen Großstadtkindern.

Aber Kinder wollen nicht nur sehen. Das macht müde Augen und hungrige Herzen.

Sollen sie einmal harmonische Menschen werden, müssen sie das Recht haben, auch einmal mit ihren kleinen Händchen Besitz zu ergreifen von dem, was ihnen gefällt. Ihre kleinen Füße wollen auch einmal mitten unter den Blüten stehen, deren Duft sie atmen. Und wenn dabei so manche kleine Blume zu Boden getreten wird: was thut's? Es wachsen schon wieder neue.

Bei den Allerleinsten muß sogar die Junge mitthun. Habt ihr schon einmal beobachtet, wie sie sich erst dann so recht als Eigentümer ihrer Spielplätze fühlen, wenn sie daran gelebt haben?

Wer denkt daran, wie die Spaziergänge, bei denen die Kinder immer hübsch artig auf dem Weg bleiben, bei Leide kein grünes Blatt abreißen, keinen Baum erklüttern dürfen, wie diese Spaziergänge ihnen zur Qual werden können!

Aber haben wir nicht Spielplätze? wird man mir einwenden, Spielplätze, die nur den Kindern gehören. Jawohl, aber was bieten ihnen diese Plätze an wirklichen Spielgelegenheiten?

Nach nicht einmal Turngeräte. Eine Junge Sand, einmal in jedem Frühjahr angesehen, das ist alles, was die Stadt oder der Fiskus für den Zummelplatz ihrer Zukunftshoffnung, ihrer Kinder thut.

Sand ist ja zweifellos für alle Kinder ein unerschöpfliches und gesundes Spielmaterial. Was aber wird im Laufe eines Sommers aus diesem Sand, der rein und weich aus unsern märktischen Heiden gekommen?

Habt ihr einmal das Ameisengekräbel Hunderte vor Kindern auf solchem Sandhaufen, zum Beispiel im Friedrichshain, aneinander hocken gesehen?

So Tag für Tag, vom Morgen bis zum Abend. Habt ihr berechnet, wie viel Krankheitskeime da von so vielen mit Ausfluß oder Keuchhusten behafteten Kindern auf die gesunden übergehen? Von den Kleinsten wohl gar noch mit Hilfe der sandigen Händchen direkt eingeschluckt werden.

Oft genug kann man sogar Zeuge sein, wie gewissenlose Mütter oder Pflegerinnen die Kleinen ihre natürlichen Bedürfnisse mitten auf dem Sandberg verrichten lassen.

Ich denke, alle drei bis vier Wochen eine frische Junge Sand auf jeden Spielplatz wäre das mindeste, was die Eltern verlangen können. Unsre liebe Mark Brandenburg wird ihren Reichtum an Sand darum noch lange nicht erschöpfen.

Aber auch Grasplätze, gleich dem einzigen in Treptow, wenn auch kleiner, sollten die Eltern für ihre Kinder verlangen. Ebenso mühte man ihnen bestimmte Stellen mit wilden Blumen und Bäumen freigegeben.

Hunderte von wunderbaren alten Bäumen fallen bei uns jährlich der Baupfandation oder dem Verkehrsinteresse zum Opfer. Hundert andre müssen den Denkmalern weichen, deren Errichtung vielleicht manch einem weniger wichtig erscheinen wird, als das Wohl der Kinder.

Unsren Kindern opfert man nicht einen Baum, nicht einen blühenden Fliederstrauch.

Hält man die Unannehmlichkeiten für unerlässlich, nun so mag man wenigstens einige davon, es könnten ja schließlich die ungeliebten Häupter sein, unsern Kindern zum Erleutern und Verfrachten freigegeben.

Wie's den Kindern jeder kleinen Residenzstadt gestattet ist, auf ihrem Landesherrn an Marktplatz herumzuziehen.

Sieht euch doch all die feineren Herren an, die zum Teil noch aus dem 15. oder 16. Jahrhundert stammen, es hat ihnen wahrlich nichts geschadet, daß zahllose Generationen ihnen auf die Hüften- augen getreten haben.

Ebenso wenig, wie's dem alten Triten hier unter den Linden geschadet hat, daß unsre Großväter bei feierlichen Veranlassungen zu ihm emporkletterten durften. Aber diese Standbilder waren eben von soliderer Arbeit als unsre Marmorbüchsen.

Und unsern Springbrunnen würde wahrlich kein Schade geschehen, wenn statt der toten Meerungeheuer einmal lebendige Berliner Jungens ihre Versüßchen in ihren Becken herumplätschern ließen.

Man hat in den letzten Jahren versucht, wenigstens die Schulhöfe freizugeben als Spielplätze. Aber leider nur unter Aufsicht eines Lehrers. Da wird denn leider oft genug durch die Bedanterie der Herren aus dem ungebundenen, freien Herumtollen und Aus-toben eine gefährdete Turn- oder Spielstunde.

Einmütig sollten alle Eltern um jedes geeignete, unbebaute Terrain innerhalb der Stadt kämpfen, daß es zu Spielplätzen erhalten bleibt.

So der botanische Garten, so im Norden die Wiesen auf der Schönhauser Allee. Im Süden hat man sich leider den viel zu wenig bekannten, schönen, uralten Tempelhofer Schlosspark, einer der wunderbarsten Natur- und Kunstparke bei Berlin, von der Bauwelt entreißen lassen.

Dafür wird man jetzt Millionen opfern, unsern lieben alten Brunnenwald in einen Volkspark umzuwandeln. Sehr gut! Als ob er nicht so, wie er jetzt ist, gerade der edelste und rechteste Volkspark wäre.

Hätte man diese Summen lieber darauf verwendet, unsern Kindern mehr rechte Spielplätze, mehr Spielgelegenheiten, Turn- geräte und dergleichen zu verschaffen, sie wären nupbringender angelegt.

Wegen Staat und Stadt bedenken, daß jede Mark, die sie heute für ihre Kinder ausgeben, ihnen einst Tausende für Krankenhäuser, für Gefängnisse ersparen wird.

Wer die Kinder hat, hat die Zukunft.

## Aus Industrie und Handel.

Welt-Getreideernte. Das ungarische Ackerbauministerium veröffentlicht heute die Schätzung des Ertrags der Weltweite im Jahre 1904. Danach beträgt die gesamte Erzeugung der Getreide ausführenden Staaten an Weizen 633 Millionen Doppelcentner, an Roggen 245, Gerste 192, Hafer 301 und Mais 704 Millionen Doppelcentner. Das Weltvermögen an Getreide ist gegen das Vorjahr um 5 Proz., d. h. 145,63 Millionen Doppelcentner geringer, der Aus-fall findet aber in den sichtbaren Vorräten des Weltmarktes mit 144 Millionen Doppelcentner seine Deckung. Das Gesamtvermögen wird geschätzt an Weizen auf 844 Millionen Doppelcentner, an Roggen auf 395, Gerste 201, Hafer 488 und an Mais auf 906 Millionen Doppelcentner. Hiervon entfallen auf die europäische Produktion vom Weizen 462,82, vom Roggen 376,24, Gerste 190,35, Hafer 319,56 und vom Mais 83,35 Millionen Doppelcentner. Die Produktion der überseeischen Staaten wird geschätzt auf 377,43 Millionen Doppelcentner Weizen, 16,84 Roggen, 100,86 Gerste, 168,85 Hafer und 733,36 Millionen Doppelcentner Mais. Der Rinderertrag der europäischen Ernte gegen das Vorjahr beträgt 14,20 Prozent gleich 237,57 Millionen Doppelcentner; derselbe wird jedoch durch eine Mehrproduktion der überseeischen Staaten von 91,94 Millionen Doppelcentner zum Teil ausgeglichen. Die Vorräte sind knapp. Die Vorräte auf dem internationalen Getreidemarkt werden geschätzt in Millionen Doppelcentnern an Weizen auf 41,95, Roggen 16,50, Gerste 7 1/2, Hafer 31, Mais 46,45 und der wahrscheinliche Verbrauch in dem laufenden Jahre an Weizen auf 864,80, Roggen 414,27, Gerste 308,58, Hafer 513,20, Mais 828,50, zusammen 2929,46 Millionen Doppelcentner. In ganz Europa herrscht starker Futtermangel. Die Ernte Deutschlands wird angenommen in Millionen Doppelcentnern an Weizen auf 33 1/2, Roggen 88, Gerste 20 1/2 und Hafer 64 1/2. Die wahrscheinliche Einfuhr Deutschlands wird auf 21 Mill. Doppelcentner Weizen und 8 1/2 Millionen Doppelcentner Roggen berechnet. Im vorigen Jahre hat Deutschland für 19 Millionen Doppelcentner Weizen und für 8 Millionen Doppelcentner Roggen eingeführt.

Gegen die Bestimmungen der Düsseldorf'schen Sibernia-Verammlung hat Rechtsanwält Heitmann beim Landgericht in Bochum (Kammer für Handelsfachen) die Anfechtungsklage eingereicht mit dem An-trage, dieselben für ungültig zu erklären. Der Antrag ist unter- zeichnet von der Dresdener Bank, dem A. Schnaffhausen'schen Unter- verein, von den Bankdirektoren Müller, Schuster u. Wiegand, sowie von den Rechtsanwält Jutzirgat Stern-Berlin, Gehrls-Frankfurt a. M. und Vondl-Dresden.

Die Textilindustrie des Wupperthales leidet nach Elberfelder Zeitungsberichten zur Zeit an Beschäftigungsmangel. Nur wenige Betriebe sind einigermaßen voll beschäftigt. Ganz besonders fehlt es, wie der „Rhein. Ztg.“ gemeldet wird, den Landfabriken an Auf-tragen. Die Firmen, die eigenen Betrieb haben und daneben außer dem Hause arbeiten lassen, haben Mühe, für ersteren genügend Beschäftigung zu finden, und geben deshalb nach außen hin keine Arbeit mehr ab. Infolgedessen ist die Hausindustrie meistens ohne Beschäftigung und um diesen bedauerlichen Zustand zu mildern, wird ein Ausgleich dadurch angestrebt, daß man die Fabrikanten, die in flotten Geschäftzeiten neben der eignen Herstellung die Hausindustrie in Anspruch nehmen, zu verpflichten sucht, dieser auch jetzt in ge-wissen Umfang Arbeit zu belassen, indem im eignen Betriebe ein gewisser Teil der Stühle stillgelegt wird, deren Arbeitsleistung dann die Hausindustrie erhält. In Westfalen ist es ebenfalls sehr still

geworden und die neuen Aufträge laufen einströmen noch nicht in dem gehofften Maße ein.

**Die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Bronzewaren und Zinngießerei** v. J. C. Spinn u. Sohn, Berlin, veröffentlicht ihren Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1903/04, das nach Abschreibungen von 912 366 M. mit einem Verlust von 1 082 083 M. schließt, so daß nach völligen Aufgebrauch des Reservefonds noch immer ein Verlust von 84 083 M. bleibt. Zur Verringerung der hierdurch entstandenen Unterbilanz schlägt die Verwaltung vor, das 1 980 000 M. betragende Aktienkapital durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 2 zu 1 auf die Hälfte zu reduzieren.

**Amerikanischer Schiffbau.** Die Gesamtzahl der im Fiskaljahr 1903/04 in den Vereinigten Staaten gebauten und registrierten Segel- und Dampfschiffe war 1092 mit 340 573 Brutto-Register-Tonnen, während im vorhergehenden Jahre 1215 Schiffe mit 376 502 Register-Tonnen fertiggestellt wurden, so daß sich für 1904 ein Rückgang um 123 Schiffe mit 26 929 Register-Tonnen ergibt. An ungetakelten Fahrzeugen kamen hinzu für 1903/04 216 Stück mit 51 844 Register-Tonnen, 1902/03 320 Stück mit 79 574 Register-Tonnen; danach betrug der gesamte hergestellte Schiffraum 1903/04 401 417 Register-Tonnen gegen 456 076 Register-Tonnen im Vorjahre. Das einzige Hauptgebiet des amerikanischen Schiffbaues, welches im letzten Fiskaljahre keinen Rückgang der Produktion zu verzeichnen hatte, waren die Westen an den großen Binnenseen, wo im Jahre 1902/03 140 114 Register-Tonnen, 1903/04 dagegen 141 802 Register-Tonnen gebaut wurden; dagegen fiel der fertiggestellte Raum am Atlantischen Ocean und am Golf von Mexiko von 187 221 auf 176 018 Register-Tonnen und an der pazifischen Küste von 40 081 auf 22 196 Register-Tonnen. Von den kleineren Westen hatten diejenigen der Küste im Westen eine Steigerung ihrer Bauten von 8952 auf 9920 Register-Tonnen aufzuweisen.

**Getreide-Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika.** Die ungünstigen Aussichten der amerikanischen Getreide-Ernte haben schon im Voraus seit mehreren Monaten eine beträchtliche Abnahme des Getreide-Exports bewirkt. Am stärksten war der Rückgang im Juli. Nach der amerikanischen Handelsstatistik belief sich der Gesamtwert der Juli-Ausfuhr von Weizen, Mais, Weizenmehl, Hafer, Roggenmehl, Roggen, Weizen und Weizenmehl auf 4 332 762 Dollar gegen 11 800 699 Dollar, 12 503 460 Dollar und 24 168 076 Dollar im Juli der drei vorhergehenden Jahre. Und für die siebenmonatliche Periode vom 1. Januar bis Ende Juli bleibt die diesjährige Ausfuhr um mehr als die Hälfte hinter der vorjährigen zurück, denn vom 1. Januar bis 31. Juli haben die Vereinigten Staaten diesmal nur für 56 621 702 Dollar Getreide exportiert gegen 113 865 771 Dollar in dem entsprechenden vorjährigen Zeitabschnitt, obwohl in diesem Jahre die Preise der leitenden Cerealien ansehnlich höher sind als im vorigen. Am schlechtesten sind die Resultate bezüglich der Weizen-Ausfuhr, denn von genanntem Produkt hat die Union im letzten Monat nur 92 722 Bushels im Werte von 114 180 Dollar exportiert gegen 3 884 972 Bushels im Werte von 3 146 538 Dollar im Juli 1903, und in den ersten sieben Monaten nur 9 323 820 Bushels im Werte von 7 547 407 Dollar gegen 42 061 141 Bushels im Werte von 33 954 597 Dollar in der korrespondierenden Periode vorigen Jahres. Auch an Weizenmehl ist im letzten Monat nur etwa halb so viel zur Ausfuhr gelangt, wie im Juli vor. J., nämlich 883 061 Bag im Werte von 2 956 778 Dollar gegen 1 293 191 Bag im Werte von 4 797 427 Dollar.

Die kanadische Regierung setzt ihre Bemühungen fort, die rasch zunehmende Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika zurückzudrängen. Sie hat auf Stahlblechen einen Zoll von sieben Dollar für die Tonne mit Wirkung vom 27. August dieses Jahres festgesetzt. Der Zoll wird nicht erhoben für bereits fest bestellte Schienen, sofern dieselben vor dem 1. Dezember dieses Jahres in Kanada eingeführt und vor dem 1. März 1905 gelegt werden.

## Soziales.

### Wohnaufrechnung für Schadensanspruch.

Dem Rutscher W. waren von dem Inspektor der Firma Knappe (Holzhandlung) 16 M. vom Lohn abgezogen worden, weil ihm bei einer längeren Waldfahrt eine Futtertrappe, ein Strang und eine Bierpömmelkette abhanden gekommen waren. W. klagte wegen Herausgabe des Geldes beim Gewerbegericht. Der Vertreter der Firma berief sich auf die Arbeitsordnung, wonach der Rutscher für den Schaden, den er verschuldet, haftet. Nach längerer Verhandlung vor der Kammer des Gerichts kam es zu einem Vergleich auf 8 M. Danach bemerkte der Vorsitzende Dr. Neher: Wenn es zu einer Entscheidung gekommen wäre, hätte die Firma verurteilt werden müssen, die 16 M. Lohn auszusagen. Und zwar mit Rücksicht auf § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach gegen eine Forderung eine Aufrechnung nicht statthaft sei, soweit die Forderung der Pfändung nicht unterliegt. Der Lohn sei nicht pfändbar gewesen. Andererseits aber hätte auf die Wiederlage der Firma im Falle der Nichterfüllung der Klage verurteilt werden müssen, den durch ihn verschuldeten Schaden zu tragen.

### Preiserhöhung für Lebensbedürfnisse.

Die Gesellschaft für Wohlfahrtsleistungen in Frankfurt a. M. giebt in ihrem Jahresbericht einige wertvolle Zahlen über die Erhöhung der Preise für einige wichtige Lebensbedürfnisse seit 1893. Dabei ist zu beachten, daß es sich um die der Gesellschaft selbst erwachsenen Anschaffungskosten beim Großkauf handelt. Danach erhöht sich in den zehn Jahren die Preise für:

Kalbsteisch (pro Pfund) 8,8 Pf., Lammfleisch 4,4 Pf., Hammelfleisch 4,4 Pf., Dörrfleisch 5,0 Pf., Schmalz 5,0 Pf., Bratwurst 1,0 Pf., Blut- und Leberwurst 5,0 Pf., Salzbohnen 2,0 Pf., Milch (pro Liter) 1,0 Pf., Eier (pro Stück) 0,1 Pf., Butter (pro Pfund) 2,0 Pf., Kartoffeln (pro Centner) 70,0 Pf., Wehl (pro Pfund) 1,0 Pf., Erbsen 2,0 Pf., Bohnen 6,0 Pf., Linsen 4,0 Pf., Brot (pro Pfund) 1,0 Pf., Anstracht (pro Centner) 10,0 Pf., Aufhohlen 10,0 Pf., Holz 10,0 Pf.

## Aus der Frauenbewegung.

### Aufruf!

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse nimmt nach den Sommerferien Montag, den 5. September, seine regelmäßigen Versammlungen wieder auf. Fragen von ganz besonderer Wichtigkeit, von einschneidender Bedeutung gerade für die proletarischen Frauen werden diesmal dem Verein gleich bei Beginn seiner Tagungen beschäftigen. Vor allem andern die Volksschulfrage, die eben jetzt und in nächster Zukunft im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht. Noch lange nicht intensiv genug haben die Frauen bisher ihre Aufmerksamkeit der Schule zugewandt, noch lange nicht klar und eindringlich genug haben sie in der Öffentlichkeit ihre Stimmen — die Stimmen der Mütter im Volke — erhoben, um ihre Forderungen an die Schule auszusprechen, um öffentlich klarzulegen, in welchem Sinne und Geiste sie ihre Kinder unterrichten lassen wollen. Die Frauen des Proletariats haben das erste Recht zu fordern, daß man sie höre, wo es sich um das Wichtigste und Größte in ihrem eignen Leben, um ihre Kinder handelt, wo entschieden werden soll über die Jugendbildung und damit in mehr als einem Sinne über die gesamte Zukunft der proletarischen Jugend. Aber die Frauen haben ebenso die erste Pflicht, sich eingehend und gründlich mit allem zu befassen, was die Schule betrifft, sich über alle die vielseitigen, einschlägigen Fragen eine klare und selbständige Anschauung zu bilden, um dann mit Kraft und Feuer, aber auch mit Grundsätzlichkeit und Sachkenntnis für diese Anschauung einzutreten und zu kämpfen. Der Verein glaubt darum seinen Mitgliedern und Freunden eine äußerst wertvolle Anregung zu bieten, indem er die Haupt-

probleme der Schulfrage in einer Reihe aufeinander folgender Vorträge von verschiedenen Seiten beleuchten läßt, so daß im Anschluß daran in möglichst umfassender Weise die Wünsche und Forderungen der Frauen diskutiert werden können. Zu diesem Zwecke wird es nützlich sein, in großen und mehr allgemeinen Sälen zunächst einmal klarzulegen, unter welcher Form sich überhaupt die Idee einer idealen Jugendbildung dem modernen Menschen darstellt, was wir unter einer vollkommenen Schule verstehen, um daran zu erörtern, welche traurigen Gegenfug zu einem solchen Ideal unsere Volksschule heute noch bildet, und wo der Hebel anzulegen wäre, sie in höhere Bahnen zu lenken, sie wirklich modernem Geiste entsprechend umzugestalten. Diesen Gegenstand wird am nächsten Montag Frau Wally Jepsel behandeln in ihrem Referat über das Thema: Was müßte die Volksschule für die Erziehung des Menschen leisten und was leistet sie heute?

Arbeiterinnen Berlins, zeigt durch regen Besuch der Vereinsabende, daß Ihr Euch der Wichtigkeit der Schule für Eure Kinder bewußt seid und daß auch Ihr Eure Stimme in die Wagtschale werfen wollt, wo es gilt, Eure eigenen Interessen zu verteidigen!

Der Vorstand

des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

## Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis hielt am Dienstag in Gabels Bräuerei, Ausschank, Bergmannstraße, eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Genosse H. Silberstein über die Parteiorganisation Deutschlands sprach. Redner wies darauf hin, daß nach dem Fall des Sozialistengesetzes von einer Umänderung der Organisationsform deshalb Abstand genommen wurde, weil die Befürchtung oblag, daß bei dem rigorosen Vorgehen der Polizeibehörden die Auflösung derselben erfolgen würde. Man begnügte sich mit dem System der von den einzelnen Orten gewählten Vertrauensleute, welche die Verbindung mit dem Parteivorstand aufrecht erhielten. Inzwischen mehrten sich die Stimmen, welche für eine Aenderung dieser Organisationsform eintraten und man ging in den verschiedenen deutschen Landesteilen dazu über, für einzelne Wahlkreise eine straffere Organisation zu schaffen. Trotz des gewaltigen Aufschwungs unserer Partei und trotz des großartigen 3 Millionen Sieges, dessen wir uns von Herzen erfreuten, machten sich doch bei sachlicher Prüfung eine Anzahl Mängel bemerkbar, die den Beweis ergaben, daß die sozialdemokratische Partei bezüglich der Organisation und Agitation noch viel zu leisten habe. Gerade bei der letzten Wahl habe es sich gezeigt, daß durch die Zerstückelung der Kräfte bei der Agitation die Einheit des Handelns fehle, die doch hauptsächlich nur Erfolg verspricht. Weiter kam hinzu, daß die Einnahmen der Organisationen sehr minimal stießen. Während seit 1891 sich dieselben nur 2-mal erhöhten, war bei den centralistisch ausgebauten Gewerkschaften die Steigerung eine 16mal größere. Und wie sieht es in dieser Beziehung erst in der Provinz aus? Alle 5 Jahre zu den Wahlen und einmal in jedem Jahre tritt man mit der Landbevölkerung in Verbindung. Die Kleinarbeit fehlt und so ist erklärlich, daß durch das Abhalten einer Versammlung oder einer sonstigen Veranstaltung mit einem Referenten, der die dortigen Verhältnisse nicht kennt, die Agitation nur rein schematisch betrieben wird. Die Hauptsache ist daher: für die Organisation und Agitation den Charakter der Einheit zu schaffen. Das Wesen unserer Tätigkeit müsse anders gestaltet werden. Mit einer systematisch betriebenen Hausagitation müsse der Anfang gemacht werden, die Presse solle die größeren Gesichtspunkte unserer Bestrebungen mehr hervorheben, kurz und gut, die ganze Arbeit müsse intensiver und planmäßiger gestaltet werden. Die Anstellung von Parteisekretären, die jene Kleinarbeit zu verrichten haben, würde zu erwägen sein. Die Kosten für solche befähigten Genossen ständen außer Frage, da sie doppelt und dreifach wieder einfließen würden. Der Entwurf des Parteivorstandes geht in dieser Beziehung nicht weit genug. Ebenso träfen die Befürchtungen Pfannkuchs und Weichs nicht zu, daß sich dann der Vorstand mit einem Heer von Beamten umgeben müßte. Ob die Polizei darauf bestehen würde, daß die Mitglieder an- und abzumelden seien, müsse abgewartet werden. Es sei ein leichtes, diesen Behörden ad oculos zu demonstrieren, daß ein solches Verlangen gar nicht durchführbar sei. Auch die Frauen werden sich nach wie vor mit den für sie gesetzlich bestehenden Ausnahmen zufriedengeben müssen. Es liegt daher kein erheblicher Grund vor, die Centralisation der Partei nicht zu vollziehen. Lebensfalls aber wird auf dem Parteitag in eingehendster Weise diese für uns überaus wichtige Frage studiert werden und durch die Wahl einer Prüfungskommission, in welcher alle Landesteile vertreten sind, steht zu erhoffen, daß eine Form gefunden wird, die den heutigen unzulänglichen Zustand endlich beseitigt. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion ist Gen. Köhner mit Silberstein darin einverstanden, daß eine einheitliche Ablieferung der Gelder zu erfolgen habe, dagegen ist er gegen die Anstellung von Beamten, welche weit über 50 000 M. Kosten verursachen würden. Gen. Pfannkuch hält es für eine der Hauptaufgaben der Partei, Agitation und Organisation zu betreiben. Er nehme für sich in Anspruch, darin auch einige Erfahrungen zu haben. Eins möchte er besonders hervorheben: er sei heute noch Centralist vom Scheitel bis zur Sohle, und wenn die strenge Centralisation für die Partei durchzuführen wäre, würde er es mit Freuden begrüßen. Es komme nur auf das Maß an, wie weit dies bei den jetzigen Verhältnissen möglich sei. Und das erscheint heute sehr schwer. Wenn Silberstein sagte, daß die Anmeldeung 1 Million Mitglieder zu verlangen unmöglich sei, so sieht er erwarten, daß bei der systematischen Belämpfung der Sozialdemokratie es einfach verlangt werden wird. Eine Anzahl von Prozessen würde uns dies weiter lehren. Dagegen sei er damit einverstanden, daß die Form erzwungen wird, wie sie in Sachsen und Württemberg vorhanden ist: geschlossene Wahlkreisorganisationen als Unterbau unter Direktive der Provinzial- oder Agitationskomitees. Es kommt ganz auf den Geist und die Personen an, ob sie wirklich von diesem Gedanken erfüllt sind und sich nicht als autonom betrachten. (Lebhafte Beifall.) Von einer Beschließung zweier vorliegender Anträge wurde Abstand genommen, da die Versammlung nur zu informativen Zwecken einberufen war.

**Sechster Wahlkreis.** Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag in den Arminius-Festhallen eine gut besuchte Direktivversammlung für Noabit ab. Reichstagsabgeordneter Künert sprach daselbst über die Verurteilung der Landarbeiter und des Gefindes im preussischen Landtag. Redner führte aus: Es gäbe kaum eine Maßregel, die mehr in die Verhältnisse der Landarbeiter und des Gefindes eingegriffen geeignet sei, wie das in Aussicht genommene preussische Kontraktstrafgesetz. Dieser Gesetzentwurf könne sich in gewisser Beziehung mit dem seligen Judthausgesetz messen. Zweck desselben sei, die Landarbeiter an die Scholle resp. an den Gutsherrn zu fesseln, wenn er sich seiner Form nach auch gegen die Arbeitgeber wende. Möglich sei ein solcher Gesetzentwurf nur, weil in Deutschland und speziell in Preußen der mittelalterliche Feudalismus noch nicht überwunden sei; atmen doch die geltenden Gesetzentwürfen durchweg den Geist der Hörigkeit aus vergangener Zeit, ebenso das preussische Gesetz vom Jahre 1854, das den Landarbeitern den Eintritt in einen Streik bei hoher Gefängnisstrafe verbot. Redner ging dann des näheren auf die formalrechtliche sowie die materielle Seite des Kontraktstrafgesetzes ein und wies nach, daß dieses nicht allein gegen die Reichsverfassung verstoße, sondern auch mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch, der Gewerbeordnung und dem deutschen Strafrecht kollidiere. Da die preussische Regierung aber lediglich eine Fiktion des Junkertums sei, so setze sie sich einfach über alle rechtlichen und sachlichen Bedenken hinweg und trage dem Eigennutz der Agrarier mit solcher Gefegeschmäherei in weitgehendstem Maße Rechnung. — Nach einer lebendigen Schilderung des Landarbeiter-Elends und einer anschaulichen Erläuterung der unaussprechlichen Wirkungen des Gesetzes charakterisierte Redner die Stellung der verschiedenen Parteien zu der Vorlage und kam zu dem

Schluß, daß die Socialdemokratie alles aufbieten müsse, um der Landarbeiterschaft über die socialpolitische Verwerflichkeit jenes Gesetzes Aufklärung zu geben. So sei auch dem städtischen Proletariat die denkbar beste Gelegenheit geboten, eine energische Agitation unter den Landarbeitern zu Gunsten der Partei zu entfalten und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß weder die Regierung noch die Junker ihrer gesetzgeberischen Produktion froh würden. (Lebhafte Beifall.) Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, brachte der Vorsitzende Friedrichler folgende Resolution zur Abstimmung: „Die Versammlung erklärt sich entschieden gegen den Gesetzentwurf betreffend die Verschärfung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gefindes, weil die Versammlung eine solche Gesetzgebung für eine Verurteilung und schwere Schädigung der erwählten Arbeiterkategorien, sowie auch ferner den neupreussischen Verwurten für einen schamlosen Einbruch reaktionär-portulularistischer Bestrebungen in das Reichsrecht und in die Reichsverfassung zu Gunsten des volksfeindlichen Junker- und Agrariertums betrachten.“ — Die Annahme der Resolution erfolgte mit Einstimmigkeit.

**Berliner Gewerkschaftskommission.** Am Dienstag fand eine Versammlung der Delegierten und Vorstände statt. Daß diesmal ausnahmsweise ein Dienstag als Versammlungstag gewählt werden mußte, erklärte Körtzen so: Die Stellung der Kommission zur Gewerbeverfassung mußte laut Verabredung den Vertrauensleuten der Partei bis zum 1. September mitgeteilt werden, an einem andern Tage als Dienstag war aber im Gewerkschaftshause kein Saal frei.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen wegen Aufstellung von Kandidaten zur Gewerbeverfassungswahl, führte Körtzen aus: In einer kürzlich abgehaltenen Konferenz mit den Vertrauensleuten der Partei hätten die Vertreter der Gewerkschaftskommission den Standpunkt vertreten, daß es hinsichtlich der Wahlen wieder so gehandhabt werden solle, wie vor zwei Jahren. Die Gewerkschaftskommission übernehme die Leitung der Wahlen und die Aufstellung der Kandidaten im Einverständnis mit den ihr angeschlossenen Gewerkschaften ohne Mitwirkung der Lokalorganisierten. Demgegenüber hätten die Vertrauensleute vorgeschlagen, daß die Aufstellung der Kandidaten diesmal in öffentlichen Versammlungen erfolgen solle. Die Vertreter der Gewerkschaftskommission hätten darauf erklärt, daß man auf diesem Wege nicht zum Ziel kommen werde. Gestügt auf die früheren Erfahrungen müsse angenommen werden, daß es in derartigen Versammlungen zu unliebsamen Störungen komme und ein Resultat nicht erzielt werde. Die Vertrauensleute hätten dann bemerkt, sie würden nunmehr auch den Lokalorganisationen ihren Vorschlag machen, und wenn es zu keiner Verständigung käme, könnten sie nichts weiter thun. Gemäß dem Auftrage, der ihnen durch die Konferenz erteilt worden sei, erüchteten die Vertreter der Gewerkschaftskommission nunmehr die gegenwärtige Versammlung, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, damit das Resultat den Vertrauensleuten übermittelt werden könne. Der Redner empfahl namens des Ausschusses folgende Resolution:

Die am 30. August 1904 tagende Versammlung der Vorstände und Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission erklärt nach wie vor an dem Abtag 3. dem 13. November 1902 gefassten Resolution festzuhalten, derselbe lautet:

In dem großen Kampf um Erringung besserer wirtschaftlicher Existenzbedingungen für die Arbeiterklasse, können wir Sonderorganisationen nicht anerkennen, wir erkennen die Sonderorganisation um so weniger an, als im wirtschaftlichen Kampf ein Zusammenwirken aller Kräfte absolute Notwendigkeit ist — Es kann den centralorganisierten Arbeitern aber auch nicht zugemutet werden, mit Leuten von Arme in Arm zu geben, die bei jeder Gelegenheit in ihrem Organ erklären, daß sie die Befämpfung der „Verbändler“ (Centralorganisationen) als ihre vornehmste Aufgabe betrachten.

Zur Wahl selbst teilte Körtzen mit, daß dieselbe für die Arbeitnehmer am Sonntag, den 10. Oktober von 12 bis 5 Uhr stattfinden. Die Wahlberechtigung wird nachgewiesen durch einen vom Arbeitgeber oder von der Polizeibehörde beglaubigten Ausweis, aus dem ersichtlich ist, daß der betreffende Arbeiter zur Zeit der Wahl innerhalb des Wahlbezirktes wohnt oder arbeitet.

Die Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. In den Ausschluß wurde an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Bräuner Genosse Börner einstimmig gewählt.

Hierauf gab Körtzen einige Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht für das erste Halbjahr 1904. Der Bericht zeigt eine Gesamteinnahme von 112 203,73 M., worin der 54 879,57 M. betragende Bestand vom 1. Januar 1904 enthalten ist. Die Einnahme setzt sich zusammen aus: Beiträgen 7653,00 M., Sammlungen für den Grimmitschauer Streik (letzte Teilabrechnung) 39 212,12 M., für die Aussperrung der Töpfer 393,90 M., den Berliner Berggoldstreik 7105,15 M., den Berliner Väterstreik 652 M., den Streik der Berliner Steinseher und Kammer 761 M., Zinsen, Telleransammlungen etc. 946,59 M.

Nach einigen Anträgen über Einzelheiten des Berichts war die Tagesordnung erledigt.

In der Versammlung fehlten die Delegierten der Gärtner, Graubeure, Raffeneure, Rabbypurger, Schlächter.

**Marktpreise von Berlin am 31. August.** Nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen\*\*, gute Sorte 17,80—17,78 M., mittel 17,76—17,74 M., geringe 17,72—17,70 M. Roggen\*\*, gute Sorte 15,90—15,88 M., mittel 15,86—15,84 M., geringe 15,82—15,80 M. Futtergerste\*\*, gute Sorte 15,20—14,40 M., mittel 14,20 bis 13,50 M., geringe 13,40—12,60 M. Hafer\*, gute Sorte 16,00—15,80 M., mittel 15,70—14,90 M., geringe 14,50—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M. Spirebohnen, weiße 50,00—25,00 M. Linsen 60,00—25,00 M. Karotten, 12,00—8,00 M. Rübentrost 4,66—4,16 M. Heu 9,40—6,20 M. für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,00 M. Eier per Schod 4,00—2,80 M. \*) Drei Bogen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

**Wasserstand am 31. August.** Elbe bei Ruffig — 0,50 Meter, bei Dresden — 2,25 Meter, bei Magdeburg — 0,07 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,60 Meter. — Oder bei Rathow + 0,60 Meter, bei Breslau Ober-Bogel + 4,58 Meter, bei Breslau Unter-Bogel — 1,82 Meter, bei Frankfurt + 0,07 Meter. — Weichsel bei Braheumünde + 1,75 Meter. — Warthe bei Posen — 0,20 Meter. — Rheine bei Ulf + 0,30 Meter.

## Briefkasten der Redaktion.

**Z. B.** Die Frage ist bereits beantwortet. „Altrotechnische Zeitschrift“, Springer, Rambow-Platz 3. „Altrotechnischer Anzeiger“, Günther u. Co., Löhnstr. 6. — **Wolgaststraße.** Deutschland nahe an 60 Millionen, Rußland etwa 130 Millionen Einwohner. — **Schöneberg, M. M. 25.** (Belang.) Werden Sie sich an Herrn Dth, Martin Lutherstraße, Ecke der Reininggasse oder an Herrn Otto Raabe (Arbeiter-Löcher-Bereimung) Berlin SO., Wangenstr. 8 II. — **M. M. 222.** 1. Stammschau befehlt 1897, „gepadet“ von 1898 ab. 2. Fort Arthur und Quantung-Halbinsel 1897 befehlt, die „Pachtung“ begann in demselben Jahre. 3. Fort Arthur früher: Lu-shun-lan oder Lu-shun-shung. — **M. M. 1.** Rein. 2. Ja. 3. Frankreich.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Gesucht: 7 Uhr.

**O. R. 117.** 1. Enthält Ihr Vertrag nichts Gegenwärtiges, so hat der Wert die durch Zufall geschadene Scheibe reparieren zu lassen. 2. R. gehörte der Freireinigen Vereinigung an. — **M. 2. 1.** 1. Rein: Sie können die lästigen Dinger, wenn Sie das angeordnet hätten, auf Kosten des Wirts entfernen lassen. 2. Werden Sie sich an einen Kammerjäger. — **M. Otilie.** Der den Offenbarungseid Leistende handelt, daß er kein Vermögen so vollständig angegeben hat als er dazu im Stande ist. Berichtweigt er Gegenstände, die er nur zum Schein veräußert hat, so macht er sich des Meineids schuldig. — **M. 2. 11.** 1. Die Kante kam durch die Vermögensgegenstände (in Ihrem Fall durch die Dotation) herabgeleitet werden, wenn eine Befreiung der Erbschaftssteuer eingetreten ist. Eine Befreiung kann in Ihrem Falle nur durch Entscheidung des Schiedsgerichts erfolgen, gegen die Rechts zulässig ist. 2. Sie hätten dem Beamten nicht antworten brauchen; der Zweck war, auf Erträgen seiner Vorgelegen festzustellen, ob Sie erwerbsfähiger geworden seien. 3. Eine Beschwerde an den Minister ist zulässig, aber hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — **M. M. 1000.** Rein.



**Dienstag, den 7. September, abends 7/9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (gr. Saal):**  
**Oeffentliche Versammlung**  
 zu Gunsten der Arbeiter-Bildungsschule.  
 Vortrag des Genossen **Max Grunwald** über:  
 „Materialistische Geschichtsauffassung“  
 mit nachfolgender Diskussion.  
 Um zahlreichen Besuch der Genossinnen und Genossen wird ersucht.  
 4/20

**Tischler-Verein zu Berlin.**  
 (E. H. 80.)  
**Sonnabend, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:**  
**Versammlung**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Herrn **Max Schütte** über: „Lassalle's Leben und Wirken“. 2. Erledigung eines Unterlingsgeschäfts. 3. Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zum 33. Stiftungsfest am 8. Oktober im „Sonsoluc“. Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. — Zahlreichen Besuch sieht entgegen 199/4  
**Der Vorstand.**

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Gips- und Cementbranche (Gruppe Rastspanner).**  
**Sonntag, den 4. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal von Jannasch, Inselstr. 10:**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 148/13  
 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend**  
**Sonntag, den 4. September, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke, Sebastiansstr. 39:**  
**Versammlung.**  
 Mitglieder werden aufgenommen. Tagesordnung wird bekannt gegeben. 83/76  
**Der Vorstand.**  
 NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei August Schröder, Sebastiansstr. 50. Anschläger erhalten dort kostenlos Arbeit nachgewiesen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679**  
**Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.**

**Achtung! Klempner! Achtung!**  
**Sonnabend, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Versammlung**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).  
**Tages-Ordnung:** 120/4  
 1. Bericht über den Stand der Bewegung der Klempner. 2. Diskussion. Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin. — Sektion Putzer.  
**Sonntag, den 4. September 1904, vormittags 10 1/2 Uhr, in den „Arminhaken“, Kommandantenstr. 20:**  
**Mitglieder-Versammlung.**

**Tages-Ordnung:** 1. Unternehmer-Praktiken. 2. Ernennung eines Kandidaten zur Gewerkegerichts-Wahl. 3. Verbandsangelegenheiten.  
 Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet  
 184/7 **Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann.**

**Achtung! Kistenmacher. Achtung!**  
**Sonnabend, den 3. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21:**  
**Oeffentliche Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:** 1. Bericht der Lohnkommission über die fertiggefundenen Verhandlungen mit den Fabrikanten. 2. Diskussion. 103/14  
 Alle Kollegen müssen erscheinen, denn es gilt das Sein oder Nichtsein eines einheitlichen Tarifs. **Die Lohnkommission.**  
 NB. Die Zahlstellen des Vereins bleiben der Versammlung wegen an diesem Abend geschlossen, jedoch können Beiträge vor Beginn der Versammlung einrichtet werden. **D. O.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:**  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.**



**Empfehlen unser helles u. dunkles Tafelbier:**  
**Gambrinusbräu (Münchener)**  
**Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
**Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5068.**  
**Flaschen- „Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.**  
 Unsere **Original-Abzug-Flaschenbiere** in fast allen **Kolonialwaren-Handlungen.** 5960L\*

**Dr. Schönemann**  
 Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. **Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/5.**

**Werneuchenerstr. 2**  
 sind Gartenwohnungen von 2 Zimmern, Küche und Nebengelände sehr billig zu vermieten. 107/2\*

**L. Katz & Co.**  
**Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.**  
 Größtes **Special-Geschäft** sämtlicher **Gastwirtsartikel.**

**Jedes 5 Pfennig.**  
**Wort: 5** Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

**Kleine Anzeigen.**

**Anzeigen** für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
**Wandteppichband** Weidenweg 19 verkauft spottbillig verlassene Wänder. Ferner: Betten, Bettwäsche, Bettinletts, Herrenhemden, Damenhemden, Herrenketten, Damenketten, Schmuckfächer, Trarlinge, Jadedetachable, Damenstiefel, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Regulatoren, Freischwinger, Spiegel.  
**Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Tischdecken, Bilder** spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6. 24/19  
**Betten, Steppdecken, Remontoirhemden, Regulatoren, Wickelbetten, Spiegel, Möbel** spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6. 24/20  
**Teppichlager, Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Vorhänge, Remontoirhemden, Bilder, Spiegel, Möbel, spottbillig, Leihhaus Reanderstraße 6. 24/21  
**Verlässliche Wänder** jeder Art spottbillig, vorzügliche Betten, Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Inletts, Hemden, Uhren etc. Wandteppichhaus, Rüttenbergplatz 7. 24/22  
**Gardinenband** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 73/7  
**Teppiche!** (Lehrstühle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hagedicher Markt 4, Bahnhofstraße. 142/12  
**Steppdecken** billig, Fabrik, Köpferstraße 62. 54/5  
**Zofabehänge, Reste, enorm billig.** Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 69/69 (Wedding) 24/58  
**Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik** Blumenstraße 35 b. 236/12  
**Achtung, Brautleute!** Für Zimmer Kuchbaummöbel billig, auch einzeln zu verkaufen Dresdenerstraße 38, vorn II links. 25/7  
**Möbelverkauf** in meiner Möbel- fabrik Wallstraße 80-81, nahe Spittelmarkt. Infolge des nahen Umzugs befinden sich am Lager viele wunderschöne und verlässliche Möbel, die wie neu sind, Niederpreis, Berlin 27 Mark, Kunstleder 16, Kunstlederbetten mit Federmatratzen und Kissen 36, Leinwand 50, Wäsche 70, Badzettel 20, Kuchentisch 25, ganze Einrichtungen billig! Transport frei. 25/2  
**Fahrräder, Zellulose, handverfertigtes** Holz, Invalidenstr. 148 (Gangway Bergstraße), Stalke Bergstraße 40, Große Frankfurterstraße 29. 24/23**

**Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzählung, Waage 1,00, gebraucht 12,00. Köpferstraße 60/61, Grenzauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 49/7  
**Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson** von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 230/9  
**Broncekrone** 6,00, Zieren 1,50, Bandarm 0,65, Gostocher 1,00, Gasplättchen 2,25, Schröder, Hochstraße 43. 80/8  
**Abfängerbrunnen** 8,00, Druckpumpen, gebrauchte Schläuche und Pumpen billig. Erdbröcher unentgeltlich. W. Wolff, Pumpenfabrik, Nollstraße 113. 24/18  
**Steppdecken** billig, Fabrik, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 73/7  
**Schankgeschäft, etc.** nachweislich gutes Geschäft, sofort veräußert, E. 800 Bohlen 28. 76/4  
**Edelkaffee, südtige** Dampfgänge, sofort zu verkaufen wegen Verzugs nach außerh. Viele Ausländer. Zu erfragen Richard, Reuterstraße 64, Schlächtere. 713/2  
**Sandstein, R. 25 Mark, verlässlich.** Wie wiederkehrende Gelegenheit. Offerten unter F. 1, Expedition des „Vorwärts“. 736/8  
**Möbel, ganze** Wohnungs-Einrichtungen, auch Teilzahlung, sichern Renten bei ganz geringer Anzahlung zu billigen Preisen, liefert die Möbel-fabrik August Krause, Schützenstr. 72, kein Laden, Verkauf vorn I und im Fabrikgebäude. 2418/2  
**Wollschaferei! Einlosgescheher!** 0,80. Zweiloßgeschaferei! 3,00. Dreiloßgeschaferei! Gasplättchen spottbillig! Wollwäcker, Wallnertheaterstraße 32. 24/98  
**Teppiche mit Farbenflecken** Fabrik, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. 73/7  
**Betten** zweifache, Gardinen, Uebergardinen, Stores, Büchschilde, zwei elegante Steppdecken, Teppich, moderne Bilder billig, Postmann, Naumannstraße 52. 84/6  
**Edelkaffee, nachweislich** gutgehend, besteht viele Jahre (Berline, Weißschaferei), ist wegen Krankheit billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Henze, Gärtenladen, Vetschburgerstraße 34. 84/5  
**Umhändehalter** Kuchbaum-Wirtschaft, spottbillig, Meiderberg, Berlin 24, Spiegelbild mit Spiegel, Bettstellen, Kuchentisch, Schokolade, Wärmehülle, Tisch, Stühle, Rosenhaken, Straße 32, I links. 84/56**

**Broncekrone! dreifach!** 6,00. Gostocher 1,50, Schankständer-Gostocher spottbillig. Wollwäcker, Wallnertheaterstraße 32. 24/98  
**Selten wiederkehrende** Gelegenheiten, Polstermöbel 2,50, Küchenrahmen, 2 Kisten 2,00, großer Goldspiegel 4,00, elegantes Tischset 45,00, höchste Salongarnitur 95,00, echt feinereitete Kuchenschrank, Kuchenschrank 38,00, Vertikaleppich 5,00, Amaltheide Steppdecken 6,00, Silber, geschliffener Zinnmann 33,00, für Brautleute nagelneue Kuchentischset, komplett 33,00, Wohnung permieterbar Köpferstraße 129a, I. 83/6  
**Glockenspiel** verkauft billig Richard, Hermannstraße 26. 6-8  
**Galdbrenner, moderner, gut erhalten, 40,00, komplett, Große Frankfurterstraße 14, Hof geradezu. 74/8  
**Chne** Anzählung Spiegel 0,50 wöchentlich, Bettwäsche, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Dorn, alle Schönheitsstücke 59. Postkarte erbeten. 83/2  
**Milchgeschäft** fränkischerbiller billig zu verkaufen Charlottenburg, Grünstraße 21. 113/2  
**Partielllokal** im Dorort Berlin, großer Saal, Garten, zwei Aegoböden, Ausspannung, billige Miete, für billigen Preis 5000 Mark veräußert. Auskunft Leberstraße 7, Gehmer. 74/8  
**Kanarienhöhne** verkauft Schneller, Richard, Kaiser Friedrichstraße 201, vorn IV. 113/2  
**Sportwagen, zweifach, billig, Steinberg, Köpferstraße 26. 74/8  
**Herrenrad, 35,00, Steinberg, Köpferstraße 26. 74/8  
**Günstige** Gelegenheiten! Materialwaren, Obst- und Gemüse-Geschäft in bester Lage Charlottenburgs, fränkischerbiller für 800 Mark zu verkaufen. Geldgrube 1900 Bohlen 26. 85/6  
**Nähmaschinen** aller Systeme, ohne Anzählung, wöchentlich 1,00. Für alle Garantien. Unterricht im Steppen, Stoffen gratis. Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Köpferstraße 113, Beckenhofenstraße 78, Frankfurter Allee 10. 85/6  
**Fahrrad-Reparatur** Umkehr, Zweifach, Dreifach, Große Frankfurterstraße 14. 74/8  
**Fahrräder-Reparaturen** sorgfältig und billig, Große Frankfurterstraße 14. 74/8  
**Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig** getragene Konaisgarbe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurechtgeleitet, läuft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Kirchbergstr., Rosenhakenstraße 15, III. 74/4******

**Möbel, Küchengeschirre, billig** veräußert wegen Auslandsreise. Großlichterfeld, West, Göbenstraße 19, Händler verboten. 25/17  
**Verschiedenes.**  
**Unfallwagen, Rechtsbureau** Vahner Steglitzerstraße fünfundsiebzig. 237/5  
**Patentanwalt** Dammann, Oranienstraße 57, Korkplatz. Rat in Patentfachen. 754/2  
**Rechtsbureau!** (Andreasstr.) Grünberg vierundzwanzig, Langjährige! Erfolgreichste! 748/2  
**Rechtsbureau!** (Alexanderplatz) Kurzstraße achtzehn! Erfahrener Prospektant! Eheschließungen, Interventionen, Strafsachen! Eingabengelage! Anteilung. 119/7  
**Kupferkessel!** Sofa 5,00, Kuchentisch 4,00, auch außern Hause. Badmann, Dammannstraße 35 b. 238/2  
**Fahrräderverkauf, Möbel, Pianino** Verlegung, Kaffee, Schöndorfer Allee 163a. 239/2  
**Sandwärmer** mit Stoff, reich in Spiritus, eventuell Wasser, laufen a 2 Mark. Limmer, Invalidenstr. 105.  
**Vereinshaus, renoviert, vierzig** Personen, Pianino Kommandantenstraße 65. 248/2  
**Klavier** Einzelunterricht billig, Lehrer, Lichtenderstraße 12.  
**Ausbesserer** empfiehlt sich in und außer dem Hause, auch wird jede Art Bekleidung sauber und billig ausgeführt. Sipl. Neue Jakobstraße 10. \*

**Möblierte Schlafzelle, auch** Teilzimmer zum möblierten Zimmer, Dresdenerstraße 58, III rechts. 2741  
**Möblierte Schlafzelle, Flurein-**gang, Wallstraße 35, vorn III. 843/3  
**Mietsgesuche.**  
**Zimmer, leeres, großes, Geb-** einrichtung, Ost, Nordost, Preisangebe, Oktober, sucht Gollong, Grüner Weg 3.  
**Kleines** möbliertes Zimmer in Charlottenburg gesucht. Preisofferten an die Expedition des „Vorwärts“ unter J. 1. 832/2  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
**Volkskassier** „Schmelzer“, Rügenstraße 10. 749/2  
**Volkskassier** Geberdy, Rottbuscherdamm 100. 742/2  
**Stellenangebote.**  
**Einseher** verlangt Richter, Bollanstraße 57. 749/2  
**Kuchmacher, welcher** selbständig arbeiten und einreisen kann, verlangt Senk, Brunnenstraße 43. 8474/2  
**Tüchtigen** Journalisten auf Goldleuten sucht Beckmeyer, Brunnenstraße 194. 840/2  
**Wiederer** Klempner finden sogleich Beschäftigung, Reichsstraße 60, erster Hof, links eine Treppe. 834/2  
**Einlosgescheher, selbständige,** tüchtige, per sofort verlangen B. Reimsfeld u. Co., Leipzigerstraße 97/9. 833/3  
**Jungen** Schriftsteller verlangt Renan, Leipzigerstraße 103. 830/3  
**Weißer** Fleischer verlangt auf Wandarbeit geübt Schmalz u. Belom, Kochstraße 67. 829/2  
**Jungen** Landwirthe für den ganzen Tag verlangt Wilhelm Gutmann, Dresdenerstraße 75. 828/3  
**Barbier** verlangt Paulsenstraße 14. 2 1  
**Bücher** auf Werten verlangt Wald, Lichtbergerstraße 30. 25/18  
**Wandkassier** verlangt Wilke u. Engler, Wilhelmshagenstraße 16.  
**Tüchtiger** Rahmenbinder auf Kreisstraße, nur erste Kraft, Kunst- anhalt 8. Groß, Kriegerstraße 27. 77/2  
**Radschreiber** verlangt Thormann, Waldemarstraße 65. 71/2  
**Wohnungen.**  
**Möblierte** Schlafzelle vermietet Jacobson, Kolbergerstraße 26.  
**Schlafzelle** bei Seder, Kronenstraße 33, Hof rechts. 810/2  
**Schlafstellen.**  
**Möblierte** Schlafzelle vermietet Jacobson, Kolbergerstraße 26.  
**Schlafzelle** bei Seder, Kronenstraße 33, Hof rechts. 810/2

**Bauanschläger** verlangt zu Tarifpreisen Schlosser A. Dums, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 849/3  
**Kassier** (Berlinerinnen) geübt, verlangt Neumann, Stallhändlerstr. 23a.  
**Junge** Mädchen und Frauen, welche das Blätten erlernen wollen, verlangen Dejas u. Rosenthal, Andreasstraße 32. 25/15  
**Zierpferd** und ältere Frau auf Dandarbeit verlangt Schloßauer, Kraußstraße 1. 25/19  
**Geübte** Gelehrten auf Goldleuten sucht Beckmeyer, Brunnenstraße 194. 841/5  
**2** Vogenfängerinnen, 3 Hülfsarbeiterinnen verlangen sofort Friedrich, Fried, Steinrückerei, Reanderstraße 4. 838/5  
**Facharbeiterin, einfache** Sachen, bei hohen Preisen verlangt Scholl, Hochmeisterstraße 15. 803/5  
**Im** Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pfg. pro Zeile.  
**Monteure und Hilfsmonteure**  
 für unsere elektrotechnische Abteilung (sofort gesucht). 135/2  
**Deutsche** Gasglühlicht Aktiengesellschaft Alte Jakobstrasse 139.  
**Tüchtiger** Rohrleger  
 für Installation, Be- und Entwässerungsarbeiten, zur Übernahme von Arbeiten in Accord. Offerten unter A. K. Postamt 8. 820/5  
**Tüchtiger** Cementarbeiter  
 gesucht, der Arbeiten im Accord übernimmt. Offerten unter A. B. Postamt 8. 827/5  
**Mechaniker und Optiker.**  
 Ein tüchtiger Optiker, welcher zugleich Mechaniker ist, zur erste Kraft, findet dauernde und lohnende Stellung. Angabe überlicher Tätigkeits unter V. 602 Pätzner Annoncenbureau, Rosenthalerstraße 42. 144/3  
**Achtung! Achtung!**  
**Holzarbeiter!**  
 In der Pflügerischen Accumulatoren-Fabrik in Ober-Schönweide haben sämtliche Arbeiter wegen Veränderung der Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt. Zutritt ist streng formzuhalten. 88/9  
**Der** Bauvorstand.  
 Singer & Co., Berlin SW.